Nr. 75. 18. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 29. März 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Emile Zola's

neuester Roman

Arbeit

beginnt demnächst im „Vorwärts" zu erscheinen.

Zwing Cölln.

Das Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiment hat heute eine neuerbaute Kaserne in der Prinz Friedrich-Karlstraße unfern dem kaiserlichen Schloß bezogen. Der Umzug wurde zu einer militärischen Festlichkeit, in der der Kaiser hervorragend mitwirkte. Das Regiment nahm im Lustgarten Aufstellung und der Kaiser in militärischem Festkleid und den großen Feldmarschallstab in der Hand führte es von dort in die neue Kaserne. Hier bildeten die Truppen Karree und der Kaiser hielt eine Ansprache.

Ein offizieller Bericht dieser neuesten Kaiserrede liegt nicht vor. Es verlautet, daß die anwesende Preßvertretung aufgefordert worden sei, zunächst über die Ansprache näheres nicht mitzuteilen. In einigen Blättern ist die Ansprache dennoch wiedergegeben. Danach hat der Kaiser vor den Soldaten gesagt:

„Alexander-Grenadiere! Mit dem heutigen Tage beginnt in der Geschichte des Regiments ein neuer Abschnitt. Ihr habt soeben das alte Haus, an welches Euch so viele Erinnerungen knüpfen, für immer verlassen und seid unter meiner Führung in das neue Heim eingezogen, in welches das Regiment die zahlreichen Erinnerungen an die schönen Tage des Friedens, die heißen Tage des Kampfs mitbringt. Wie eine feste Burg ragt dieses neue schöne Regimentshaus in nächster Nähe meines Schlosses. Ihr seid darum **gewissermaßen die Leibwache des preußischen Königs und müßt bereit sein, Tag und Nacht, Euer Leben in die Schanze zu schlagen, Euer Blut zu verspritzen für Euren König!** (Der Kaiser erinnerte nun an den Opfermut des Regiments im Jahre 1848.) Ich bin der festen Ueberzeugung und dessen gewiß, daß Ihr, der Tradition und der Geschichte des Regiments entsprechend, Eure Pflicht allezeit treu erfüllen werdet, wenn jemals wieder schwere Zeiten kommen sollten, wie diejenigen, welche dieses Regiment durchgemacht hat. **Wenn es aber der Stadt einfallen sollte, sich jemals wieder gegen ihren Herrscher zu erheben, dann wird das Regiment mit dem Bajonett die Ungehörigkeit des Volks gegen seinen König zurückweisen.** Ich wünsche, daß dem Regiment im neuen Hause ein glänzendes schönes Dasein beschieden, eine ruhmreiche Zukunft vorbehalten sein möge! Es möge sich seiner ruhmreichen Chefs und vor allem der hehren Gestalt des hochseligen Kaisers Wilhelm des Großen erinnern, für welchen es dereinst auf den Schlachtfeldern sein Blut vergossen hat. Tapferkeit, Treue und unbedingter Gehorsam mögen die Tugenden sein, welche dieses Regiment auszeichnen, dann werden seine Leistungen meine Zufriedenheit, seines Königs und Herrn, finden!"

Der Regimentskommandeur Oberst von Scheffer dankte dem Kaiser, indem er an den Unfall des Kaisers in Bremen erinnerte, in Ausdrücken, die selbst die Scharfmacherworte des Präsidenten des Abgeordnetenhauses übertroffen; er verwandelte den „schmerzlichen Vorfall", wie der Kaiser selbst das Vorkommnis bezeichnet hat, in ein „scheußliches Verbrechen", das die Herzen aller zu heiligem Zorn entfacht".

Nach der sodann abgehaltenen Parade unterhielt sich der Kaiser mit verschiedenen zur Feier geladenen Persönlichkeiten, unter andren mit dem **Berliner Oberbürgermeister Herrn Kirschner.** Ein Frühstück im Offizierkasino beschloß die Feier.

* * *

Die kürzliche Ansprache des Kaisers an das Präsidium des Abgeordnetenhauses, in der er klagte, daß zu viel und zu scharfe Kritik an der Regierung geübt werde, hat eine Fülle kritischer Kommentare hervorgerufen. Es ist zweifelhaft, ob die jetzigen Erinnerungen des Kaisers an das Jahr 1848 und seine Vorbereitung auf ähnliche Möglichkeiten in der Zukunft, zur Milderung und Minderung der öffentlichen Kritik führen werden. Die reaktionssüchtigen Spekulanten auf Straßenrevolten und leicht niederzuschlagende Putsche des Volks werden eifrig Sorge tragen, daß die Melancholie des Kaisers gehörig ausgenutzt werde und also Gegenstand der öffentlichen Kritik bleibt.

Der Vorfall in Bremen scheint auf länger hinaus die Stimmung und Betrachtungsweise des Kaisers zu trüben. Auch nach der Wiedergenesung, auch mitten in dem von ihm so geliebten Soldatenelement bedrücken den Kaiser schwarze Befürchtungen. Klingt auch in der jetzigen Rede ein aggressiver Ton, so spinnt sie im Grunde doch die düsteren Gedanken der voraufgegangenen Ansprache fort. Jüngst klagte der Kaiser, die Autorität von Krone und Regierung habe seit dem Tode seines Großvaters gelitten, und alle Stände trügen daran Schuld. Jetzt versenkt er sich in die Befürchtung, daß Berlin, die Reichshauptstadt, sich in gewaltsamem Aufruhr gegen ihn empören könnte. Für diesen Fall ruft er die Bajonette der Gardegrenadiere zum Schutz der Monarchie auf und erklärt offen, daß die neue Kaserne nicht deshalb gebaut worden ist, weil die alte zu eng, zu brüchig geworden, sondern daß sie ein dem Königsschlosse nahes und festes Bollwerk in künftigen Volksaufständen bilde. Darum also ist diese neue Zwingburg mit Schießscharten und allem Verteidigungswerk gleich einer wirklichen Festung erbaut worden.

Es ist nicht das erste Mal, daß der Kaiser die Soldaten als seinen besten Schutzhort wider „den inneren Feind" anruft. Im Jahre 1891 sprach er das geflügelt gewordene Wort vor den Rekruten: „Ihr habt nur einen Feind, und das ist mein Feind! Und müßte ich Euch einst vielleicht — Gott wolle es verhüten — dazu berufen, auf Eure eignen Verwandten, ja Geschwister und Eltern zu schießen, so denkt an Euren Eid." Im November 1893 sagte der Kaiser ähnlich bei der Rekrutenvereidigung: „Ihr seid berufen, mich in erster Linie vor den äußeren und inneren Feind zu schützen." Und bei gleicher Gelegenheit sagte der Kaiser auch im vorigen Herbst: „Ihr habt den Feind niederzuknupfen, Ihr habt auch im Innern die Ordnung aufrecht zu halten."

Bisher beließ es der Kaiser bei allgemeinen Wendungen. Jetzt aber spricht er von blutiger Straßenrevolution, geradezu als ob er ihr Kommen ernstlich erwarte und befürchte. Auch spitzt er jetzt seine Betrachtung über Zukunftmöglichkeiten unmittelbar auf Berlin zu.

Aber schon die geschichtlichen Erinnerungen an das Jahr 1848, die zur Gemütsbelastung des Kaisers beitragen, beruhen auf irrtümlichen Voraussetzungen. Nicht Berlin trieb zu Straßenkämpfen, und König Friedrich Wilhelm IV. erklärte sich bereit, den zeitgemäßen Forderungen des Berliner Bürgertums entgegenzukommen; nur die militärische Reaktionskamarilla erzeugte das „Mißverständnis" der ersten Schüsse und damit den Aufstand des Volks. Es ist wohl angemessen, eine der zahlreichen Aeußerungen Friedrich Wilhelm IV. zu citieren, welche die Erinnerung daran auffrischen, wie reichlich dieser König der Bevölkerung Berlins, die jetzt als übles Vorbild ausgegeben wird, Lobsprüche zu zollen Veranlassung fühlte. Am 25. März 1848, als er Ursachen, Verlauf und Wirkungen der Märzkämpfe überblicken konnte, erklärte Friedrich Wilhelm IV. in Potsdam vor dem Offiziercorps:

„Ich habe den gesunden und edlen Sinn meiner Bürger kennen gelernt, in Berlin ist bei dem Mangel an städtischen Sicherheitsbehörden die tiefste Ruhe. Ich bin niemals freier und sicherer gewesen als unter dem Schutze meiner Bürger. Was ich gegeben und gethan habe, das habe ich **aus ehrlicher und freier Ueberzeugung** gethan und **längst vorbereitet**; nur die großen Ereignisse haben den Abschluß beschleunigt, und keine Macht kann und wird mich nun bewegen, das Gegebene zurückzunehmen; auch habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß es zu Deutschlands Heil notwendig, mich an die Spitze der Bewegung zu stellen. In Berlin herrscht ein so ausgezeichneter Geist in der Bürgerschaft, wie er in der Geschichte ohne Beispiel ist. Ich wünsche daher, daß auch das Offiziercorps den Geist der Zeit ebenso erfassen möge, wie ich ihn erfaßt habe, und daß Sie alle von nun an ebenso als treue Staatsbürger sich bewähren mögen, wie Sie sich als treue Soldaten bewährt haben."

Diese Mahnung des Königs an die Offiziere verdroß allerdings die konservativen Scharfmacher, die in der Provokation zu Gewaltthaten schon damals das beste Mittel zur Verhinderung des politischen Fortschritts erblickten.

Seit den Ereignissen von 1848 haben zwar sich wiederholt Reibungen allerlei Art zwischen der Krone und den Behörden von Berlin begeben, aber nicht einmal die denkwürdigen städtischen Sendschreiben des Freiherrn v. Mirbach an die Stadtverordneten haben Berlin zur Revolution ermuntert.

Es giebt in der Geschichte Berlins nur eine Periode, in der ein gewaltsamer Kampf zwischen der Bevölkerung und dem Fürsten verzeichnet ist. Es mag sein, daß der Kaiser, da er es liebt, sich in die Thaten seiner Ahnen zu versenken, auf den zweiten Hohenzollern in der Mark, Kurfürst Friedrich II., gestoßen ist. Er kam 1443 nach Berlin, und, um die selbstherrliche Selbständigkeit der adeligen Geschlechter zu brechen, wollte er ein befestigtes Schloß an der Spree bauen. Ehe es noch gebaut war, taufte es der Berliner Witz Zwing Cölln. Bei Streckfuß liest man:

„Die Arbeiter waren fleißig daran, weiter zu bauen, aber das war kein leichtes Stück, denn oft, wenn sie morgens kamen, fanden sie, daß mutwillige Hände in der Nacht eingerissen hatten, was am Tage vorher mühsam vollendet worden waren, die hohen Quadern waren auseinandergeworfen und zum Teil sogar in die Spree gewälzt worden, aus deren morastigem Grunde man sie nicht wieder herausholen konnte. . . . Mit jedem Jahre mehrte sich die Unzufriedenheit in Berlin und Cölln; immer deutlicher und unverhohlener zeigte sie sich, denn die Geschlechter hatten, da sie sich von den Bürgern unterstützt sahen, neuen Mut gewonnen . . . . Willkürliche Renderungen im Stadtregiment wurden vorgenommen, man verjagte die Baulente vom Schloßbau und zog an der Stelle, wo die Festungsmauer von Cölln durchbrochen war, einen Blockzaun auf dem abgetretenen Bauplatz. Dem Markgrafen Johann, dem Bruder des Kurfürsten, wurde der Aufenthalt in Berlin untersagt, jede Kränkung und Verhöhnung, welche man dem verhaßten Kurfürsten zufügen konnte, wurde hervorgesucht. . . ."

Einige Jahre darauf gelang es dem Kurfürsten, die adeligen Geschlechter zu demütigen; nun wurde auf Kosten der Stadt das Schloß gebaut — von welchem Bau jetzt nur noch geringe Reste vorhanden sind — und in der Urkunde von 1451 ist zu lesen:

„Der Kurfürst hat zur besseren Befestigung seines neuen Schlosses in Cölln beschlossen, dasselbe mit Burglehnen zu versehen, damit das Schloß Beistand durch Burgsassen, welche sich lange Zeit hindurch der Herrschaft nützlich und treu erwiesen hätten, nicht entbehren möge. Diese sollten das Schloß nach Burglehnsrecht und Gewohnheit bewachen und im Fall der Not mit aller Macht verteidigen helfen."

So entstand damals Zwing Cölln aus den Kämpfen der Krone gegen die Adelsrebellen.

Gegen wen könnte in unsren Tagen ein andres Zwing Cölln wirksam werden? Fürchtet man, daß eines Tags aus dem benachbarten Cirkus Busch die agrarische Rebellion hervorbrechen werde, nachdem die Nachfahren der einstigen Adelsrebellen die Verweigerung höchsten Kornzolls mit der Empörung der märkischen Bauern bedroht haben?

Oder hat der Kaiser an die Socialdemokratie gedacht, die allerdings die weitaus stärkste politische Partei in Berlin ist und seit dem Regierungsantritt des Kaisers, der einst sagte, „die Socialdemokratie überlassen Sie mir", gewaltig in die Höhe wuchs?

Die Socialdemokratie wuchs trotz aller unablässigen Aufwendungen gewaltigster Machtmittel gegen sie. Sie wuchs trotz Militarismus, Ausnahme- und Umsturzgesetze und alledem.

Für die Socialdemokratie sind die Schießscharten von Zwing Cölln umsonst gebaut.

* * *

Die Worte des Kaisers werden in den Blättern mit geringen Abweichungen wiedergegeben. Wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, hat die wichtigste Stelle der Rede des Kaisers, die sich gegen eine in Zukunft mögliche Empörung Berlins richtet, wörtlich wie folgt gelautet:

„Wenn die Stadt Berlin noch einmal wie im Jahre 48 sich mit Frechheit und Unbotmäßigkeit gegen den König erheben wird, dann seid Ihr, meine Grenadiere, dazu berufen, mit der Spitze Eurer Bajonette die Frechen und Unbotmäßigen zu Paaren zu treiben."

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. März.

Bülow im Herrenhause.

Das Herrenhaus will sich den Ruf, an Volksfeindlichkeit hinter keinem andren Parlament zurückzustehen, nicht nehmen lassen. Wie die edlen und erlauchten Herren seiner Zeit die Regierung ermuntert haben, im Kampfe gegen die Arbeiterkoalitionen auszuharren, so setzen sie jetzt ihren ganzen Einfluß ein, höhere Zölle zu erlangen.

Im Vordergrunde der Etatsberatung, die am Donnerstag begann, stand die Resolution der Finanzkommission, die Regierung aufzufordern, mit größter Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Neuordnung unsrer handelspolitischen Verhältnisse der Landwirtschaft ein wesentlich gesteigerter Zollschutz zu teil werde, und in diesem Sinne dafür zu sorgen, daß baldigst die Vorlage des in Vorbereitung befindlichen Zolltarifs an den Reichstag erfolge.

Der Reichskanzler Graf Bülow hielt es für notwendig, in höchsteigner Person im Hause zu erscheinen und die Debatte einzuleiten. Gesprochen hat er zweimal, gesagt hat er nichts. Seine erste Rede bestand lediglich aus einer Verbeugung vor der Einsicht der Herrenhäusler und einigen Phrasen, wie sie die besseren Tischredner sich nicht zu Schulden kommen lassen. In seiner zweiten Rede äußerte er sich direkt zu der Resolution, um das zu sagen, was man bereits seit Monaten weiß. Er ist bereit, die Einbringung des Zolltarifs zu beschleunigen, doch darf die Beschleunigung nicht erfolgen auf Kosten einer gründlichen und gewissenhaften Prüfung. Der Bundesrat wird so rasch als möglich arbeiten, aber ein Druck auf den Bundesrat darf nicht ausgeübt werden. Einen bestimmten Termin, an dem der Zolltarif eingebracht wird, kann Graf Bülow nicht angeben; er hält aber, wie er bereits im Abgeordnetenhause gesagt hat, es für Aufgabe und Pflicht der Regierung, die Interessen der Landwirtschaft mit allem Nachdruck zu fördern, und erachtet eine „angemessene" Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle für unbedingt notwendig.

Die Agrarier sind nun nicht um einen Deut klüger als bisher, von dem, worauf es ihnen ankommt, über die Höhe des Zolls, vom Doppeltarif wissen sie immer noch nichts; natürlich nahmen sie in ererbter Weisheit die Resolution an, und zwar mit 101 gegen 27 Stimmen in namentlicher Abstimmung. Gegen die Resolution stimmten nur einige Vertreter des Handels, Professoren und Oberbürgermeister. Im Namen der letzteren protestierte Oberbürgermeister Dr. Giese-Altona gegen die beabsichtigte Verteuerung der Lebensmittel, während einige seiner Kollegen unter Leitung des Herrn Zweigert aus Essen mit den Agrariern stimmten.

Von den übrigen Specialetats rief nur der der direkten Steuern eine längere Debatte hervor. Hierzu nahm das Haus nach bewegten Klagen über die zu hohe Belastung der Grund- und Hausbesitzer und über die Lage des Mittelstandes eine Resolution an, worin die Regierung aufgefordert wird, eine baldmöglichste Aenderung des § 9 des Einkommensteuer-Gesetzes nach der Richtung hin vorzunehmen, daß die dem Grundbesitz, Gewerbebetrieb und Bergbau aufliegenden direkten Abgaben von dem der Besteuerung unterliegenden Einkommen in Abzug zu bringen sind. Der Finanzminister Dr. v. Miquel gab zu, daß das Einkommensteuer-Gesetz nach mancher Richtung hin ausgebaut werden kann, z. B. durch größere Berücksichtigung

der Kinderzahl, aber an dem Grundcharakter des Steuersystems will er nicht rütteln.

Die weitere Etatsberatung wurde auf Freitag vertagt.

Offiziöse Tröstungen.

Während auf der einen Seite als sicher behauptet wird, daß der Direktor der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Herr v. Körner, ein Hochschutzzöllner, aus dem Amte scheiden wird, versichert die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in einer ihrer belanglosen offiziösen Beschwichtigungsnotizen, daß in Sachen des Zolltarifs alles in schönster Ordnung und Einigkeit sei. Das Blatt schreibt:

„Auf Grund von Informationen, die von einem Zustand des Schwankens in den Vorbereitungen für den neuen Zolltarif wissen wollen, werden von mehreren konservativen Blättern Besorgnisse geäußert, nach denen sogar Ministerwechsel und schwere innere Krisen wahrscheinlich wären. Einerseits heißt es, maßgebende Kreise gingen für den Fall der Ablehnung des Mittelland-Kanals im preußischen Abgeordnetenhause mit dem Gedanken einer Neugestaltung und Vertagung des Zolltarifentwurfs um, andrerseits wird gesagt, die an der Vorbereitung beteiligten Ressorts seien unter sich nicht einig und betrieben zum Teil Vorschläge, die mit den Erklärungen des Reichskanzlers nicht vereinbar seien.

Nach unsrer zuverlässigen Kenntnis der Dinge können wir solche Betrachtungen nur als blinden Lärm bezeichnen; die Voraussetzungen, von denen sie ausgehen, sind falsch. **Der Reichskanzler denkt weder daran, die Erledigung der für die wirtschaftliche Zukunft des Reichs hochwichtigen Zolltariffrage von dem Ausgange der Beratungen des preußischen Landtags über die Kanalvorlage irgendwie abhängig zu machen, noch ist er geneigt, in den ihm unterstellten Ressorts folgenschwere Meinungsverschiedenheiten aufkommen zu lassen.** Die Ressorts haben denn auch bereits in gemeinsamer Arbeit nach den unveränderten Direktiven des Reichskanzlers die Aufstellung des neuen Zolltarifs so weit vollendet, daß der Zeitpunkt nahe bevorsteht, in dem zunächst das preußische Staatsministerium sein Votum abzugeben hat und demnächst der Bundesrat seine Beschlüsse über den Entwurf fassen wird."

Damit wird natürlich ebenso wenig etwas widerlegt wie aufgeklärt. Die Auslassung gleicht den Heilmitteln, die irgend ein harmloses Wässerchen als wundersame Mixtur empfehlen. Die Agrarier werden auch durch diese Tröstungen aus ihren Aengsten nicht erlöst werden, und die Socialdemokraten werden sich erst recht nicht düpieren lassen.

Inzwischen bereitet das Organ der industriellen Schutzzöllner, die „Berliner Neuesten Nachrichten", sacht darauf vor, daß sich die Agrarier nicht übermäßigen Hoffnungen hingeben sollten. Die vom Grafen Bülow den Agrariern gespendeten Versprechungen seien nach allgemeiner Ansicht so aufgefaßt worden, „daß er damit nur die Wiederherstellung des Fünfmark-Zolls, im äußersten Fall eine Differenzierung zwischen Roggen und Weizen im Auge hatte, keineswegs aber Zölle von 7 oder 8 M." Das war nun allerdings keineswegs die Meinung der Agrarier, denen auch ein Siebenmark-Zoll noch viel zu niedrig schien. Für uns Socialdemokraten aber ist auch der Fünfmark-Zoll, den der bisherige Generaltarif enthält, immer noch um 5 M. zu hoch. —

Oertels Sorgen. Seinen trotzig aufgeregten Leitartikel über die „innere Krisis" hat der Redacteur der „Deutschen Tageszeitung", Oertel, bereits am Montag in einer Versammlung zu Altenbecken geredet. Da hat er der „Köln. Volkszeitung" zufolge erzählt, daß einige Regierungsstellen die Erhöhung der Getreidezölle über 5 Mark hinaus auf das heftigste bekämpfen. Als die Seele dieses Widerstands sieht er den Reichsschatzsekretär v. Thielmann an. Es sei nicht ausgeschlossen, daß unverantwortliche Faktoren wie auch schon bei andren Anlässen dazwischen kämen, die in letzter Stunde noch einen Umschwung herbeiführen könnten. Vor 8 bis 14 Tagen seien die Aussichten für die Anhänger erhöhter landwirtschaftlicher Zölle noch hoffnungsvoller gewesen als heute, in Berlin gingen allerlei vorläufig noch nicht vollständig kontrollierbare Gerüchte um; gewisse Vorgänge ließen befürchten, daß die Versuche verantwortungsloser Kreise nicht ohne Erfolg gewesen seien. Beim Wiederzusammentreten des Reichstags werde man (seitens der agrarischen Abgeordneten) Herrn v. Thielmann sofort „die Pistole auf die Brust setzen."

Das ist eine recht matte Drohung. Dem guten Oertel wird schon nichts andres übrig bleiben, als eine regelrechte Junkerrevolution nach dem Muster der Quitzows, der Köckeritze und Itzenplitze zu organisieren. —

Die Arbeiter gegen das Brotwucher-Centrum.

Der Protest der arbeitenden Bevölkerung gegen die agrarischen Pläne zieht stets weitere Kreise. Täglich laufen aus allen Landesteilen zahlreiche Berichte von Versammlungen ein, in denen der Unwille der Bevölkerung zum Ausdruck kommt. In vielen dieser Versammlungen ist die landwirtschaftliche Bevölkerung stark vertreten, allerdings nicht Junker und Großbauern, sondern die wirklich arbeitenden Kleinbauern und Landarbeiter.

Besonders in den Gebieten der Centrumsherrschaft, im Rheinland und in Süddeutschland, ist die Bewegung gegen die Zollerhöhung eine sehr lebhafte.

•

So wird uns **vom Rhein** berichtet:

In dem im Kreise Mülheim a. Rh. liegenden Landorte Dünnwald fand am Sonntag eine von 700—800 Personen, darunter viele Bauern, besuchte Protestversammlung gegen die geplante Kornzollerhöhung statt. Man erinnert sich nicht, in der dortigen Gegend jemals eine so zahlreiche Versammlung gesehen zu haben. Unter den Versammelten war besonders eine große **Erbitterung gegen das Centrum** bemerkbar. Die einstimmig beschlossene Protestresolution soll dem Vertreter des Wahlkreises im Reichstag, dem Centrumsabgeordneten De Witt, zugesandt werden.

Das oberrheinische Agitationskomitee in Köln hat das vom Parteivorstand herausgegebene Flugblatt in 60 000 Exemplaren im dortigen Bezirk verbreitet. Eine Agitationstour zur Abhaltung von Protestversammlungen im oberen Rheinland wird von dem Komitee vorbereitet.

Aus **M.-Gladbach** wird uns geschrieben: Eine interessante Versammlung fand am Sonntag hier, am Sitze der Centrale des katholischen Volksvereins und der christlichen Arbeiterbewegung, statt. In der Versammlung, die sehr gut besucht war, referierte Genosse Dr. Erdmann-Köln über „die Wirkung der Getreidezölle auf die Arbeiterschaft". Die Herren Professor **Hitze**, Vertreter des Gladbacher Kreises im Reichstag, sowie Arbeitersekretär **Giesberts** waren brieflich zu der Versammlung eingeladen, waren aber nicht erschienen und hatten nicht einmal das Schreiben beantwortet. Der Referent erörterte namentlich das Verhalten des Centrums und der christlichen Arbeiterführer gegenüber der Frage der Getreidezoll-Erhöhung; er kennzeichnete die Haltung des Herrn Giesberts, der wohl in agrarischen Versammlungen auftrete und dort für die Brotverteuerung agitiere, aber nicht den Mut habe, in einer Arbeiterversammlung Rede und Antwort zu stehen. In der Diskussion ergriff ein christlich organisierter Arbeiter das Wort. Er meinte, es sei besser gewesen, wenn die Arbeiter vor drei Jahren genauer zugesehen hätten, wen sie in den Reichstag schickten. Was habe man von Volksvertretern, die **mit der Linken den Arbeitern einen Brocken geben und mit der Rechten es ihnen in Haufen wieder abnehmen.** Auf die Dauer werde sich auch der bescheidenste Arbeiter nicht mit den Kochrezepten à la Hitze begnügen. „Ich kann es nicht anders sagen," so schloß der Redner, „als daß wir vor drei Jahren **rechte Esel gewesen sind.** Bessern wir uns, und handeln wir das nächste Mal vernünftiger."

Nach diesen mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Ausführungen meldete sich der Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftskartells von M.-Gladbach zum Wort. Er nahm Herrn Hitze gegen die Angriffe des Vorredners in Schutz; der Herr Professor sei gewiß ein tüchtiger Socialpolitiker und meine es von Herzen gut mit den Arbeitern. Die Haltung des Centrums gegenüber der Getreidezollfrage **sei allerdings zu verurteilen,** und er trete in dieser Frage vollständig auf Seite des Referenten. Die Getreidezölle verteuern das Brot, verschlechtern die Lebenshaltung und machen zu nichte, was die Arbeiter durch Mühe und Opfer errungen haben. Der Vorsitzende der Versammlung stellte aus eigner Erfahrung fest, daß weite Kreise der christlichen Arbeiterschaft durchaus derselben Meinung wie die Vorredner seien; um so bedauerlicher sei es, daß einzelne Führer der christlichen Bewegung diesen Anschauungen keine Rechnung trügen und nichts thäten, um in offener Aussprache eine Klärung herbeizuführen.

Zum Schluß der Versammlung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, an deren Schluß es heißt:

„Die Versammlung erblickt in der Haltung des Centrums in der vorliegenden Frage einen **Verrat an der Volkssache;** sie fordert den Vertreter des hiesigen Wahlkreises im Reichstag auf, gegen jede Erhöhung der Getreide und Lebensmittel-Zölle zu stimmen oder sein Mandat niederzulegen. Die Versammlung verurteilt das Verhalten der christlichen Agitatoren, die es versuchen, die Arbeiter über ihre Interessen zu täuschen und ihnen die Brotverteuerung mit schwindelhaften socialpolitischen Versprechungen annehmbar zu machen. Die Versammlung gelobt, dafür zu wirken, daß die Arbeiterschaft immer mehr über die wahre Natur dieser angeblichen Arbeiterfreunde aufgeklärt wird, und daß namentlich an Stelle der sogenannten Volksvertreter, die ihr Christentum durch schmählichen Brotwucher dokumentieren, wirkliche Volksfreunde in den Reichstag gelangen." —

Einen tendenziösen Hetzer nennt die „Kons. Korresp." den Prof. Lujo Brentano, weil er die Junker gefragt hat, ob ein Erwerbszweig, der selbst Armenunterstützung aus den Taschen der Aermsten zu benötigen behauptet, im stande sei, die Mittel zur Bezahlung der kolossalen Rüstung aufzubringen, welche Deutschland zur Sicherung seiner Machtstellung nötig habe.

Damit wird die Thatsache nicht aus der Welt geschimpft, daß die Brotwucherpolitik in Wahrheit eine Armenunterstützung der Reichen durch die Armen bedeutet. —

Die Fälschungen der Kirchenbankiers. Wie der fromme Herr Sanden und die Seinen gewirtschaftet, das stellte sich in der außerordentlichen General-Versammlung der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank heraus. Es ergab sich, daß in den drei letzten Geschäftsjahren 1897, 1898 und 1899 entgegen den buchmäßigen Fixierungen kein Reingewinn vorhanden war, und daß ferner alle Dividenden und Tantiemen aus dem Kapital gezahlt wurden.

Volle Klarheit hat man wegen der vielfachen Buchfälschungen noch nicht gewinnen können.

Setzt man die fingierten Posten ab, so ist in den Jahren 1897 bis 1899 nicht nur der herausgerechnete Gewinn und der Reservefonds aufgezehrt, sondern es ergaben sich noch folgende Kapitalverluste:

pro 1897	6 810 640,77	Mark
„ 1898	7 710 432,18	„
„ 1899	8 211 104,99	„

Gegen die Polen. Der Abgeordnete v. Jagow, früher Regierungspräsident in Posen, ist zum Regierungspräsidenten in Marienwerder ernannt worden.

Herr v. Jagow ist für die Polen dasselbe, was für die Socialdemokraten Herr v. Puttkamer war. Er besitzt die vom Grafen Bülow den Polen angedrohte „harte Hand". Eine solche Unterdrückungspolitik muß selbstverständlich die Macht der Unterdrückten nur steigern. —

Pensioniert wurden in der deutschen Armee seit 15. Februar cr.: 3 Generalmajore, 9 Oberste, 4 Oberstlieutenants, 26 Majore, 35 Hauptleute, 14 Oberlieutenants, 11 Lieutenants. In Summa 102 Offiziere. Kosten pro Jahr 305 000 M.

Ohne Pension wurden verabschiedet 4 preußische Lieutenants; ausgeschieden sind 1 preußischer Oberlieutenant und 14 preußische Lieutenants. Der Gesamtabgang an Offizieren beträgt somit in den letzten 6 Wochen 121.

Von den Pensionierten treffen auf Preußen: 8 Oberste, 4 Oberstlieutenants, 24 Majore, 29 Hauptleute, 13 Oberlieutenants, 10 Lieutenants (Summa 88); auf Bayern 2 Generalmajore, 1 Oberst, 2 Majore, 4 Hauptleute (Summa 9); auf Sachsen 1 Generalmajor, 1 Oberlieutenant, 1 Lieutenant (Summa 3); auf Württemberg 2 Hauptleute.

Im eben verflossenen ersten Vierteljahr 1901 wurden im ganzen 137 Offiziere pensioniert. Ohne Pension wurden verabschiedet 8 preußische Oberlieutenants und Lieutenants, sowie 3 sächsische Lieutenants. Ausgeschieden sind 15 preußische Oberlieutenants und Lieutenants. Der Gesamtabgang an Offizieren beläuft sich somit im ersten Quartal d. J. auf 163. —

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom Donnerstag die Beschlüsse des Reichstags zu dem Antrage des Abgeordneten Nißler auf Abänderung der Novelle des Gesetzes vom 22. Mai 1895, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds dem Reichskanzler überwiesen. Dem Entwurfe von Bestimmungen über die Voraussetzungen und Bedingungen der Zulassung von Ausnahmen auf Grund des § 105e Abs. 1 der Gewerbe-Ordnung wurde die Zustimmung erteilt.

Ausland.

Englische Stimmungen.

Man schreibt uns:

Das Scheitern der Verhandlungen des Lord Kitchener mit Louis Botha wird in England von der großen Mehrheit derer, die in der Südafrika-Frage mit der Regierung gehen, fast mit Befriedigung aufgenommen. So lebhaft der Wunsch nach Beendigung dieses kostspieligen Kriegs ist, so groß ist die Abneigung gegen einen Friedensschluß, der nicht unzweideutig die Boeren als die Besiegten erscheinen läßt. Und es war verschiedentlich befürchtet worden, daß den Boeren Zugeständnisse bewilligt würden, die von ihnen und ihren Freunden als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden könnten.

Dieser Furcht giebt unter andern ein Schreiben Ausdruck, das der englischgesinnte Bruder der boerenfreundlichen Dichterin Olive Schreiner, Mr. Theophil Schreiner, als Delegierter der Kap-Loyalisten, unterm 18. März an die Londoner Presse versendet. Es wird darin unter Hinweis auf die Charaktereigenschaften der Boeren und ihre Ideen über Großbritanien dringend davor gewarnt, den Frieden dadurch zu erkaufen, daß man eine allgemeine Amnestie, freie Selbstverwaltung und Beihilfe zur Wiederherstellung der Farmen vor Unterwerfung der Boeren verspreche. Solche Versprechungen würden, auch wenn die Regierung den besten Willen hätte sie auszuführen, hinterher Stoff zu beständigen Klagen über unerfüllte Zusagen geben, während jeder Akt der Großmut nach erfolgter Unterwerfung auf Erkenntlichkeit zu rechnen habe. Aber bevor man daran gehe, diejenigen zu unterstützen, die gegen England gekämpft hätten, solle man darauf bedacht sein, diejenigen, die treu zum Reich gestanden, für ihre Verluste zu entschädigen. England solle sich hüten, die früher gemachten Fehler zu wiederholen und die Loyalisten von neuem mit jener Ungerechtigkeit zu behandeln, die bisher sein Vorgehen in Südafrika verrufen gemacht und den Grund zu dem Sprichwort geliefert habe: „Es zahlt sich nicht, loyal zu sein".

Dieser Schlußsatz bezieht sich vornehmlich auf das Verhalten Englands nach dem Frieden von Pretoria im Jahre 1881. Damals soll die Gladstonesche Regierung die Parteigänger Englands im Transvaal schmählich im Stich gelassen haben, so daß sie zu dem Schaden noch den Spott hatten. Auch hat England wiederholt [illegible] des Friedens mit den Boeren willen loyale Negerstämme preis[illegible] gegeben.

Im übrigen ist das Rundschreiben zu sehr Parteidokument, um als mehr gelten zu können wie ein Meinungszeichen. Aber als solches ist es charakteristisch genug. Ganz im Sinne von Mr. Schreiner schreibt das radikale „Daily Chronicle": „Hätten die Verhandlungen (Kitcheners) Erfolg gehabt, so würden wir in einigen Jahren wahrscheinlich zu hören bekommen, daß wir es waren, die um Frieden nachgesucht haben. Wirklich ist es in dem, was man das Hauptquartier der Boeren in dieser Stadt nennen kann, bereits laut verkündet worden, daß es nicht Botha, sondern Lord Kitchener war, der um Frieden nachgesucht hat. Es folgt daraus klar, daß jedes Zaudern aufgegeben und der Widerstand der Boeren ohne Unterbrechung niedergekämpft werden muß."

Das radikale Blatt macht für das noch zu vergießende Blut diejenigen verantwortlich, welche die Boeren ermuntern, den Kampf fortzusetzen. Das geht an die Adresse des boerenfreundlichen Flügels der Radikalen und dessen Hauptorgan, „Daily News", dem auch der Titel „Londoner Hauptquartier der Boeren" gilt. In der That hat „Daily News" mit dem Uebergang in neue Hände eine gründliche Schwenkung in der Südafrikafrage vollzogen und führt die Sache der Boeren mit einer Leidenschaft, die der der festländischen Boerenfreunde wenig nachgiebt. Ob das Blatt den Boeren damit irgendwie nützt, ist freilich eine andre Frage. Wohl hat die Begeisterung des Volks für den Boerenkrieg bedeutend abgenommen, aber nur bis zu einer Apathie der Ermüdung.

Von einem Umschlag der Stimmung zu Gunsten der Boeren oder wenigstens eines Kompromisses mit ihnen ist dagegen noch sehr wenig zu verspüren. Es überwiegt vielmehr die Meinung, daß nun die Sache sich so lange hingezogen habe, es auf ein paar Monate mehr auch nicht ankomme.

Mit fatalistischer Apathie hat die Masse der Bevölkerung auch die Ankündigung der ungeheuren Mehrforderungen für Heer und Flotte entgegen genommen, mit denen Kriegs- und Marineminister vor das Parlament getreten sind. Man bejammert diese Festlegung eines so großen Bruchteils des nationalen Einkommens und der nationalen Arbeit für Rüstungen, man fühlt ein Grauen vor dem immer näher rückenden Gespenst der allgemeinen Dienstpflicht, man fragt sich besorgt, woher die Geldmittel nehmen, ohne durch drückende Steuern die wirtschaftliche Entwicklung zu lähmen, aber — man geberdet sich dabei, als stehe man vor einem unabwendbaren Elementarereignis. Von irgend welchem tiefgehenden Kampf gegen die Mehrforderungen ist nichts zu verspüren. Abgesehen von der Opposition der Irländer, die hierbei nicht zählt, weil sie partikularistischer Natur ist, und einer kleinen Sektion der äußersten Linken, — darunter die beiden Socialisten — kann von einer principiellen Gegnerschaft gegen die Regierungsforderung nicht die Rede sein. Der ganze Streit dreht sich bis jetzt um Details, und was dabei herauskommt, weiß man zur Genüge. Möglich, daß sich dies ändert, wenn es zur Frage der Aufbringung der Mittel kommt, vorläufig aber fehlt den Debatten über die Rüstungsforderungen durchaus der große Zug.

Aguinaldo gefangen.

Einem Reuter-Telegramm aus Manila zufolge haben die Amerikaner den tapferen Führer des Filipinos Aguinaldo mit seinem gesamten Stabe bei Casiguran, 9 Meilen von Baler, gefangen genommen. Allem Anschein nach haben ihn die Amerikaner nicht in offenem Kampf, sondern durch Hilfe von Spionen in ihre Hände bekommen. Wie es heißt, waren es Leute von dem Stamme der Maccabeles, die dem Oberst Funston als Verräter dienten. Sie hatten, unter dem Vorgeben, Insurgenten zu sein, sich den Filipinos gegenüber erboten, ihnen Funston in die Hände zu spielen. Die List war von Erfolg gekrönt; Aguinaldo wurde gefangen genommen.

Der Filipiner Lopez in Boston äußerte einem Berichterstatter gegenüber, die Gefangennahme Aguinaldos bedeute nicht das Ende des Kriegs; andre Führer würden denselben fortsetzen. —

Frankreich.

Internationales Schiedsgericht. Paris, 28. März. Der ehemalige Präsident der englischen Handelskammer in Paris Thomas Barclay hielt gestern in einer Versammlung der französischen Gesellschaft für Schiedsgerichte eine Rede, in der er dafür eintrat, daß zwischen Frankreich und England ein Vertrag behufs schiedsgerichtlicher Schlichtung aller Streitfälle geschlossen würde.

Afrika.

De Wet hat, wie aus Durban gemeldet wird, 85 Meilen von Standerton entfernt, mit 400 Mann die Grenze Transvaals überschritten. — Aus Kapstadt wird berichtet: Mehrere Bureaus der Randgruben wurden hier geschlossen und in Johannesburg wieder eröffnet. —

Eine revolutionäre Bewegung.

Es kann darüber kein Zweifel mehr sein, die letzten Unruhen in den großen Verkehrs- und Bildungscentren Rußlands sind nicht gewöhnliche Studentenkrawalle, sondern der Ausfluß eines zielbewußten Willens. Alle Vertuschungsversuche der offiziösen russischen Kreise ändern nichts an der Thatsache, daß weite Schichten der Bevölkerung mit den gegenwärtigen Zuständen im Zarenreich aufs höchste unzufrieden sind. Seit einem halben Jahre wisse die Staatspolizei — so heißt es in einem offenbar inspirierten Bericht aus Petersburg —, daß ein Geheimbund der Studenten existiere; auch sei es gelungen, einen nach Odessa einberufenen geheimen Studenten-Kongreß zu vereiteln und eine Anzahl der Veranstalter zu verhaften. Im übrigen aber habe die Staatspolizei die Sache doch nicht ernst genug aufgefaßt, sonst wäre die Bewegung im Keime erstickt worden.

Die absolutistische Regierung bedauert also die allzu große Humanität ihrer Polizei. Die Wünsche der Studenten auch nur zu prüfen, kommt dem terroristischen Regiment nicht in den Sinn. Dabei beschränken sich die Forderungen der Studenten lediglich auf das Gebiet der Universität:

1. Die Freigebung der ins Militär gesteckten Studenten und aller der Kommilitonen, die wegen Beteiligung an früheren Studentenunruhen bestraft worden sind; 2. die Aufhebung der „zeitweiligen Regeln", die die Einstellung von Studenten ins Militär anordnen; und 3. Durchsicht des Universitätsreglements im Sinne des liberalen Statuts Kaiser Alexanders II. von 1863, das die Wahl der Professoren durch das Konseil, eigne Universitäts-Gerichtsbarkeit und freiere Bewegung der Studentenschaft gestattete.

In einem Schriftstück, das gelegentlich einer Demonstration in Moskau verbreitet wurde, wandten sich die Studierenden an die Sympathie des Publikums. In demselben heißt es:

„Im Hinblick auf die entsetzlichen Verfolgungen, die über die russische Studentenschaft verhängt worden sind, indem durch die „zeitweiligen Regeln" mehr als 200 Studenten in Kiew und Petersburg zu Soldaten gemacht, mit Kosakenpeitschen und Faustschlägen ins Gesicht mißhandelt worden, und im Hinblick darauf, daß die Verfolgungen den höchsten Grad erreicht haben und wir nirgends Recht und Gerechtigkeit finden, haben wir, die Moskauer Studentenschaft, beschlossen, gegen diese Maßnahmen zu protestieren. Wir hoffen, daß die Moskauer Gesellschaft sich in unsre Lage zu versetzen weiß und mit unsrem Protest sympathisiert."

Die Studenten, die sich irgendwie vergangen haben oder auch nur socialistischen Tendenzen verdächtigt sind, steckt man einfach in das Militär, wo sie in der scheußlichsten Weise gemißhandelt werden. Es soll sogar die Vorschrift bestehen, die beim Militär erlaubte Prügelstrafe in besonders rigoroser Weise gegen die Studenten zur Anwendung zu bringen.

Stellen aber auch die Studenten jetzt nur Forderungen, die sich auf das Hochschulwesen beziehen, so hat die Bewegung doch noch tiefere Ursachen. Diese sind zu suchen in der ganzen Trostlosigkeit der socialen und politischen Verhältnisse des Landes. Die russischen Studenten stammen meist aus wenig bemittelten Familien, und stehen in enger Fühlung mit den Arbeitern; die Intelligenz und die Arbeiterschaft, das sind in Rußland die revolutionären Elemente. Das Zusammengehen dieser beiden Schichten ist es, was die Gewalthaber am meisten Furcht einflößt. Die Bewegung ist auch nicht auf die zwei Hauptstädte des Landes beschränkt geblieben.

Auch in Kiew fand am 11./24. März eine Demonstration statt, welche, da die Polizei und die Kosaken fern blieben, vollständig ruhig verlief. Es wird uns darüber aus Kiew geschrieben:

Am 11./24. März fand hier eine gewaltige Demonstration statt, wozu die Erschießung des ins Militär gestellten Studenten Piratoff den besonderen Anlaß gab. Um 12 Uhr war der ganze Kreschzatik (Hauptstraße Kiews) von einer immensen Volksmenge überfüllt. Die Studenten, die an der Ecke der Proreskajastraße sich versammelten, rückten mit dem Absingen „Erhebe dich, o Arbeitsvolk" auf den Kreschzatik und entfalteten eine rote Fahne. Von allen Seiten schlossen sich Arbeiter an; die Arbeiter-Marseillaise anstimmend, marschierte der ganze Zug in geschlossenen Reihen zum Rathaus. Der Verkehr war selbstverständlich eingestellt. Es erschien Militär, aber konnte nichts ausrichten. Die Nagaikas wurden nicht angewandt. Es war ein höchst imposanter Anblick zu sehen, wie in der Stadt eines despotischen Landes eine 15000köpfige Menge unter Absingen von revolutionären Liedern und unter begeisternden Rufen: „Es lebe die Freiheit!" sich zum Rathaus begab. Von dort gingen die Demonstranten den ganzen Kreschzatik herunter, und kehrten dann zum Rathaus zurück, von wo um 4 Uhr die Menge auseinanderging. Zu einem Zusammenstoß kam es nicht. Nur ein Herr stürzte auf den Studenten, der die rote Fahne trug und versetzte ihm mit dem Stock einen Hieb auf den Kopf. Die Arbeiter stürzten sich aber auf ihn und es fehlte nicht viel, so wäre er unter ihren Dubinas auf immer liegen geblieben.

Der russische Absolutismus fängt an zu wackeln! —

Den Opfern der Kosakenpeitschen bringt man in der ganzen civilisierten Welt die größte Sympathie entgegen. Das Brüsseler Centralkomitee der belgischen „Liga für Menschenrecht" erläßt einen Protest gegen den russischen Ukas vom 29. Juli 1899 und wünscht der russischen Studentenschaft für ihren mutigen Widerstand Glück. Eine Kopie dieses Protestes wurde dem Zaren übersandt. Der „Frankf. Ztg." wird unterm 27. d. M. von Brüssel gemeldet: Gestern abend zogen nach einem von der hiesigen Studentenschaft veranstalteten Protestmeeting mehrere Hundert, darunter zahlreiche Russen vor die russische Gesandtschaft, wo sie lärmend manifestierten.

Die russische Regierung greift der Bewegung gegenüber wieder nur zu terroristischen Mitteln; sie hat den „Verband der russischen Schriftsteller" in Petersburg aufgelöst.

Wie einem hiesigen Blatte aus Petersburg gemeldet wird, waren beim Ministerrat unter Vorsitz des Zaren über die jüngsten Unruhen Pobjedonoszeff, Justizminister Murawieff und Minister des Innern Sipiagin für strengste Maßregeln und Einsetzung des Direktors der Moskawskie Wjedomosti, eines als Reaktionär bekannten Manns, als Kultusminister. Dagegen waren Finanzminister Witte, Kriegsminister Kuropatkin, und Minister des Aeußeren Lamsdorff für weniger strenge Maßregeln und schlugen Kotwalewski, den Attaché des Finanzministeriums, als Kultusminister vor, ebenso die Abschaffung des Militärgesetzes vom vorigen Jahr, wonach die aufrührerischen Studenten auf zwei Jahre der Armee eingereiht werden sollen. Der Zar ist für die letzteren, milderen Vorschläge, welche daher angenommen werden dürften.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, 28. März, nachmittags 5 Uhr.

Die Wahl des Stadtv. Gymnasialdirektors Schwalbe zum Stadtschulrat ist bestätigt worden. Die Einführung wird in der ersten Sitzung nach Ostern stattfinden.

Für den Fall, daß heute der Etat nicht aufgearbeitet werden kann, ist für Sonnabend eine außerordentliche Sitzung anberaumt.

In die gemischte Deputation für die Vorberatung der Angelegenheit betr. die Einstellung eines Betrages von 5000 M. in den Etat zur Verfügung des Vorstehers sind u. a. Stadtv. Singer und Ewald gewählt.

Die Beratung des Stadthaushalts-Etats

für 1901 wird fortgesetzt. Ueber die Specialetats für Hochbau und Personalbesoldung referiert Stadtv. **Wallach.** Im Hochbau-Etat sind 5200 M. für Veränderung der Direktor- und Schuldiener-Wohnung in der VI. Realschule, Belle-Alliancestr. 80, vom Ausschuß gestrichen worden, da es sich um ein altes, den Umbau nicht mehr lohnendes Gebäude handle. Ebenso sind abgelehnt 3300 M. für Einrichtung einer Ventilation in der Kochküche des Städtischen Obdachs in der Fröbelstraße, da ein Neubau dieser Kochküche ins Auge gefaßt werden müsse. Eine entsprechende Resolution schlägt der Ausschuß vor. Der Hochbau-Etat weist danach eine Ausgabe von 8 786 045 M. auf.

Ohne Debatte wird dieser Etat den Ausschußbeschlüssen entsprechend festgestellt.

Zum Personalbesoldungsetat lag die Petition des Vorstands der Vereinigung geprüfter Magistratssekretäre vor, das Anfangsgehalt auf 2400 (statt 1900) M. festzusetzen und das Höchstgehalt in 21 (statt 27) Jahren erreichbar zu machen. Im Ausschuß wurde der Antrag insoweit unterstützt, als 2400 M. und die Erreichung des Höchstgehalts in 24 Dienstjahren Befürwortung fanden. Der bez. Antrag ist aber schließlich abgelehnt und über die Petition zur Tagesordnung übergegangen worden. Der Petition der Bureau-Hilfsarbeiter um Gleichstellung im Anfangsgehalt mit den Unterbeamten, Verkürzung der Skala, Eintritt in die dem Dienstalter entsprechende Gehaltsstufe ohne Beschränkung und Beseitigung des Titels „Bureau-Hilfsarbeiter" hat der Ausschuß ebenfalls keine Geneigtheit bewiesen, ebensowenig der Petition der Stadtsergeanten um Bewilligung pensionsfähiger Funktions-Zulagen an Stelle der Tantiemen. Den Leitern der Landesversicherungs-Anstalt Berlin, Dr. Freund und Dr. Sträter, sollen Funktionszulagen von je 1000 M., dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts Herrn v. Schulz 1500 (statt bisher 1000) M. Zulage gewährt werden. Diese Vorschläge des Entwurfs haben im Ausschuß zu lebhaften Debatten geführt, sind aber schließlich zur Annahme gelangt.

Auch dieser Etat wird ohne Debatte unverändert festgestellt.

Ueber die Etats der städtischen Werke berichtet Stadtv. **Jacobi:** Zum Etat der Gaswerke sind eine Reihe von Beschwerden der Laternenanzünder und Gasanstalts-Arbeiter im Ausschusse zur Sprache gebracht worden, ohne jedoch zu Ausschußanträgen im Sinne der gegebenen Anregungen geführt zu haben.

Stadtv. **Wallach:** Als der Einheitspreis von 12⅓ Pf. angenommen war, mußte man den Wegfall der Miete für den zweiten Gasmesser für selbstverständlich halten. Es stellt sich jetzt heraus, daß der betreffende Konsument ausdrücklich den zweiten Gasmesser abmelden muß. Zur Aufklärung des Publikums teile ich das mit.

Stadtrat **Ramslau:** Das Publikum ist mit der Sache durchaus vertraut. Auch wenn die Gasmesser erst im Mai weggenommen werden, wird die Miete nur bis zum 1. April berechnet.

Der Gasetat wird darauf unverändert genehmigt.

Am Etat der Wasserwerke sind bei der Ausgabe für Steinkohlen 55 750 M. abgesetzt werden, da der Preis der Tonne bei der Submission von 24 auf 21,50 M. zurückgegangen ist. Der Ueberschuß dieses Etats erhöht sich dadurch um die gleiche Summe auf 2382102 M. Der Etat der Markthallen ist unverändert zur Genehmigung empfohlen, desgl. die Etats der Hauptkasse der städtischen Werke, des Abladewesens und des städtischen Hafens am Urban.

Die Versammlung tritt durchweg den Ausschußanträgen bei.

Zum Etat der Kanalisationswerke und Rieselfelder ist mit 6 gegen 6 Stimmen eine Resolution zur Annahme gelangt, wonach der Magistrat ersucht wird, für thunlichst weitgehende Vermehrung der Milchproduktion auf den Rieselfeldern Sorge zu tragen.

Stadtv. **Maurgold** (A. L.) lehnt die Resolution ab. Die Milchversorgung müsse den Privaten überlassen bleiben.

Stadtv. **Friederici** (A. L.) spricht sich in gleichem Sinne aus.

Stadtv. **Borgmann** (Soc.): Wenn eine Neuerung eingeführt werden soll, so kommt man immer mit dem Einwand, die Stadt könne so etwas gar nicht thun, weil es ihr teurer zu stehen komme, als Privatunternehmern. Zweifellos ist die Milchproduktion in der Umgebung Berlins ganz erheblich beeinträchtigt worden dadurch, daß große weite Terrains ihr entzogen worden sind. Unsre Rieselfelder umfassen ein Terrain von ca. 3 Quadratmeter. In den verflossenen 2 Jahren hat sich unter den Gutsbesitzern und Milchproduzenten speciell der Mark Brandenburg die Strömung Geltung verschafft, die Einwohnerschaft Berlins aufs neue zu Zehnten durch Hinaufschrauben der Milchpreise. Diese Versuche sind bisher an dem entschiedenen Widerspruch der Milchhändler gescheitert. Ob diese aber dem Drängen der Milchproduzenten lange werden widerstehen können, ist fraglich. Die Stadt Berlin hat als größte Grundbesitzerin der Umgebung ein erhebliches Interesse daran, ein namentlich für die Kinder notwendiges Nahrungsmittel nicht verteuern zu lassen. Das ist möglich, wenn wir die Rieselfelder der Milchproduktion erschließen, das liegt auch im Interesse der städtischen Krankenhäuser und andrer Anstalten. Der Einwand, daß unsre Rieselgüter nicht so gute und fetthaltige Milch produzieren könnten, wie sie die Polizei verlange, ist schon im Ausschuß widerlegt worden. Die Seuchengefahr ist auf den Rieselgütern keineswegs größer als bei irgend einem Privatbesitzer. Die Stadt kann noch leichter Einrichtungen treffen, die den Ausbruch und das Umsichgreifen von Seuchen verhindern. Am durchschlagendsten scheint der Einwand, daß wir auf unsren Rieselgütern den Dung nicht verwenden können. Nun sind 35 bis 45 Proz. unsrer Rieselgüter zu Rieselzwecken verwendbar. Der Rest kann nur mit großen Kosten aptiert werden. Ginge man zur Milchwirtschaft über, so könnte man den Dung für diese Ländereien verwenden. Nehmen Sie die Resolution an und überlassen Sie die Ausführung im einzelnen der Verwaltung.

Stadtv. **Lüben** (Fr. Mommsen): Wir haben früher mit der Milchwirtschaft auf den Rieselgütern lediglich eine Kalamität durchgemacht. Es schadet ja die Annahme der Resolution nichts, wir würden sie dann in der Deputation nochmals gründlich durchsprechen. Die Frage der Seuchengefahr ist auch nicht zu unterschätzen.

Stadtv. **Wallach:** Wir können doch unmöglich etwas wieder aufnehmen, was wir 1896 abschafften, nachdem wir an der Viehwirtschaft seit 1883 4 Millionen zugesetzt hatten. Von unsrem Zugvieh haben wir außerdem soviel Dung, daß wir des Dungs wegen gewiß nicht die Milchwirtschaft heranzuziehen brauchen.

Stadtrat **Marggraff:** Der Glaube, daß eine städtische Milchproduktion einen sonderlichen Eindruck auf die Berliner Milchversorgung machen könnte, ist eine Täuschung. Stellen wir 500 Kühe ein, so bedeutet das eine Quantität von 5000 Litern Milch, die spielt auf dem Berliner Milchmarkt keine Rolle. Den Dünger können wir über 20 Pf. pro Centner nicht verwerten. Melker sind nur sehr schwer zu bekommen. Das Melken erfordert auch äußerst saubere Arbeit und peinliche Sorgfalt, die bei dem für eigne Rechnung Arbeitenden, man mag sagen, was man will, mehr zu finden ist als bei dem für den Stadt- oder Staatssäckel Thätigen.

Stadtv. **Borgmann:** In den vier Millionen sind auch die Ausgaben für Pferde und Zugvieh mit eingegriffen. Von dem Milchring hat Herr Wallach wohl überhaupt noch nichts gehört. Wenn die Stadt eingriffe, würde das völlig genügen, um die Heraufschraubung des Preises der Milch zu verhindern. Im Handumdrehen läßt sich selbstverständlich die alte Milchwirtschaft nicht wieder einführen. Genügende Arbeitskräfte werden sich bei ordentlicher Bezahlung schon finden. (Beifall.)

Die Resolution wird abgelehnt.

Stadtv. **Friederici** fragt, wann denn endlich mit dem Ausbau des XI. Radialsystems begonnen werden wird.

Stadtrat **Marggraff:** Die Druckrohr-Durchlegung nach dem Norden ist bisher verhindert worden hauptsächlich durch unerfüllbare Bedingungen, die uns die Anlieger und Nachbargemeinden stellten. Wir haben jetzt die Enteignung zugestanden erhalten und es wird mit dem Bau der Pumpstation demnächst begonnen werden können. Einige kleinere Terrains können wir schon provisorisch an die Entwässerung anschließen. Der Kotauslaß allein aber kostet schon 3 600 000 M. (Bewegung.) Im Jahre 1903 werden wir in der Lage sein, Grundstücke anzuschließen; eine größere Beschleunigung zuzusagen, wäre ein Unrecht.

Der Etat wird genehmigt.

Zum Etat des Viehmarkts beantragt der Ausschuß, die im Vorjahre gefaßte Resolution in folgender Form zu wiederholen:

> Die Versammlung erklärt sich mit der Beantwortung der am 15. März 1900 gefaßten Resolution nicht einverstanden und ersucht den Magistrat nochmals dringend, dafür Sorge zu tragen, daß die Obertreiber und Treiber der Viehkommissionäre auf dem städtischen Viehhof der Unfallversicherung unterstellt werden.

Ferner soll in Zukunft dem Etat eine Erläuterung über die gezahlten Arbeitslöhne beigegeben werden und der Magistrat die Verwaltung entsprechend mit Anweisung versehen.

Zum Etat für den Schlachthof und die Fleischbeschau sind vom Magistrat eine Reihe von Erhöhungen der Schlacht- und Schaugebühren vorgeschlagen, mit denen sich der Ausschuß einverstanden erklärt hat.

Den zum Etat des Viehmarkts beantragten Resolutionen stimmt die Versammlung ohne Diskussion zu, desgl. den Gebührentarifen.

Stadtv. **Pretzel** (Bürgerpartei) bemängelt die ungenügende Respektierung der Sonntagsruhe auf dem Schlachthofe.

Stadtrat **Hübner:** Schon seit Jahren wird Sonntags nur bis 9 Uhr geschlachtet.

Nach einer kurzen Bemerkung des Stadtv. Rast wird der Etat für den Schlachthof genehmigt.

Zum Etat der Fleischbeschau bemerkt

Stadtv. Dr. **Freudenberg** (Soc.): Ich würde hier nicht von den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Fleischbeschauer und Fleischbeschauerinnen sprechen, wenn ich vom Decernenten auf die vorgebrachten Beschwerden im Ausschuß eine genügende Antwort erhalten hätte. Die Beschwerdeführer verlangen nicht eine Erhöhung ihrer Einkünfte, sondern nur die Beseitigung des Accordsystems und ein festes Gehalt, steigend von 12—1800 M. Sie erhalten jetzt für jede Untersuchung 55 Pf. Dafür haben sie 24 Präparate in 18 Minuten zu untersuchen. Wie anstrengend ihre Thätigkeit ist, geht aus einer Bestimmung der Instruktion hervor, daß sie während des Mikroskopirens nicht aufsehen dürfen, auch nicht, wenn ein Vorgesetzter den Saal betritt. Die Fleischbeschauer sind verpflichtet, 20 Tiere im Laufe des Tages zu untersuchen, also sechs Stunden zu arbeiten. Dabei müssen sie in der That, wie der Leipziger Zoologe Leuckart ihnen attestiert hat, verrückt werden. Auch die sogenannten Hilfsbeschauer verlangen etatsmäßige Anstellung mit einem Anfangsgehalt von 1200 M. Das sind durchaus billige Forderungen. Für die Fleischbeschauer sind 10 Abteilungsvorsteher angestellt. Wenn diese auf Sommerurlaub sind, wird ein Fleischbeschauer mit der Vertretung beauftragt. Ebenso liegen die Verhältnisse bei den Hilfsbeschauern, die durch die Vertretung in ihren Einkünften verkürzt werden. Diese Uebelstände müssen beseitigt werden.

Stadtrat **Hübner:** Die etatsmäßige Anstellung der Fleischbeschauer und Fleischbeschauerinnen ist ein Ding der Unmöglichkeit, denn nach der Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts hat bei der Anstellung das Polizeipräsidium mitzusprechen.

Stadtv. **Freudenberg:** Diese Auskunft allein haben wir auch im Ausschuß erhalten und sofort dagegen auf die Verhältnisse der Staatsbeamten hingewiesen, die trotzdem städtische Beamte sind. Wir wollen ja auch bloß, daß sie ein festes Gehalt statt der Accordsätze beziehen sollen.

Der Etat wird unverändert festgestellt.

Ueber die noch ausstehenden Etats der Kapital- und Schuldenverwaltung und der Steuern und der Verschiedenen Einnahmen und Ausgaben referiert Stadtv. **Liebenow** (A. L.).

Zu dem Etat: „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben", und zwar zu der Abgabe von der Großen Berliner Straßenbahn 1 880 000 M. bemerkt

Stadtv. **Bruns:** Nicht der Magistrat, sondern Kollege Jakoby hat im Ausschuß uns Auskunft über unsre dort gestellten Anfragen gegeben, und ich bestehe auf einer Auskunft des Magistrats. Die Hochbahn ist noch immer nicht in Betrieb gesetzt. Man kann nur sagen, daß unberechenbare Umstände die Hinausschiebung verlangen. Es geht uns aber nichts an, welche Verhältnisse für die Gesellschaft außerhalb der Berliner Straßen vorliegen. Ich frage, ob der Magistrat irgend etwas gethan hat, um auf die Innehaltung des Vertrags zu drücken. — Ferner ist 1898 mit Siemens und Halske über den Bau einer elektrischen Bahn von der Warschauer Brücke nach dem Viehhof ein Vertrag geschlossen worden. Diese Bahn ist auch noch nicht im Betrieb, obwohl die vertragsmäßigen Fristen längst abgelaufen sind. Will uns der Magistrat nicht ganz als Stiefschwester ansehen, so muß er, wenn solche Aufschiebungen eintreten, uns doch eine Vorlage, wenn auch nur zur Kenntnisnahme, überreichen. (Sehr wahr!) Die Anhängewagen auf den Straßenbahnen fahren noch mit den alten Laternen. Wir sollen angeblich darauf keinen Einfluß haben. Nun hat doch aber die Gesellschaft vertraglich für ordnungsmäßigen Betrieb zu sorgen, und das ist eben kein solcher Betrieb mehr, wie überhaupt die Anhängewagen ein Spott auf die städtischen Zustände sind. Mitten im Winter läßt die Gesellschaft die großen Deckwagen verkehren und die Wagen so selten gehen, daß das Publikum auch das Verdeck benutzen muß und sich Krankheiten zuzieht. Auch darauf sollen wir keine Einwirkung besitzen. Nach § 33 des Vertrags kann aber doch die Stadtgemeinde eine schnellere Aufeinanderfolge der Wagen fordern; damit ließe sich die Ausscheidung der Deckfitzwagen wohl erzwingen. Man hat endlich seiner Zeit die Bemessung der Bruttoabgabe auf 8 statt auf 10 Proz. damit begründet, daß die Stromzuleitung durch Accumulatoren so viel teurer sei. Ist jetzt, nachdem der Accumulatorenbetrieb beseitigt werden soll, etwas geschehen, um nunmehr die Erhöhung der Abgabe auf 10 Proz. in die Wege zu leiten?

Vom Magistratstisch erfolgt keine Antwort.

Stadtv. **Bruns:** Ich habe eine Reihe von Fragen gestellt, auf die ich eine Antwort zu verlangen berechtigt war. (Zustimmung.) Verweigert man uns diese, so werden wir den Etat ablehnen und die Sachen auf andrem Wege von neuem zur Sprache zu bringen versuchen.

Stadtv. **Borgmann:** Wenn der Magistrat keine Antwort geben will, so können wir ihn nicht zwingen, aber wenn die Versammlung sich das gefallen läßt, so ist das ihrer doch nicht würdig!

Oberbürgermeister **Kirschner:** Die Berechtigung der Anfragen erkenne ich vollständig an, bin aber augenblicklich außer stande Auskunft zu geben. Im Decernat ist bekanntlich in den allerletzten Tagen eine Aenderung eingetreten. (Der Austritt Meubrinks. Redaktion.) Ich werde mich aber informieren und dann präcisere Auskunft geben können.

Stadtv. **Borgmann:** Hätte der Herr Oberbürgermeister diese Erklärung sofort abgegeben, so wären unsre Beschwerden nicht erfolgt.

Gestrichen werden in diesem Etat: 500 M. für die freiwillige Sanitätskolonne Berlin, 120 M. Beihilfe an den Geschäftsausschuß des Wettschwimm-Kartells Berlin, 30 000 M. an die Polizei-Hauptkasse Entschädigung für Ausführung der Arbeiten betr. Aufstellung und Führung der Rekrutierungs-Stammrollen durch das Polizeipräsidium mit 70 Pf. pro Jahr und Kopf jedes Gestellungspflichtigen.

Mit diesen Abstrichen gelangt der Etat zur Annahme, ebenso ohne Debatte die Etats der Betriebssteuer, Hundesteuer, Braumalzsteuerzuschlag und Wanderlagersteuer, Umsatzsteuer, Gemeindegrundsteuer und Gewerbesteuer.

Zum Etat der Gemeinde-Einkommensteuer liegt der Antrag Bruns vor, auch den Censiten von 660 bis 900 M. über die Veranlagung eine Benachrichtigung zuzustellen.

Stadtv. **Bruns:** Gegen den Antrag wird nur geltend gemacht, daß die Kosten zu hoch seien und ein Teil der Steuer dadurch absorbiert werden würde. Es würden aber doch auch zu Unrecht Steuern erhoben, ohne daß den Betreffenden die Möglichkeit der Reklamation offen steht, weil sie gar nicht wissen, daß sie zur Steuer veranlagt worden sind. Sie erfüllen nur eine Forderung der Gerechtigkeit, wenn Sie unserer Resolution zustimmen.

Stadtv. **Wallach:** Die Benachrichtigung würde die Verwaltungsgeschäfte ungebührlich erschweren. Die Einziehung dieser Steuer ist mit so viel Ausfällen verbunden, daß ohnehin von ihr nicht viel übrig bleibt. Es könnten ja die Steuerlisten von den Censiten eingesehen werden.

Stadtv. **Bruns:** Das würde die Kosten der Verwaltung nur vermehren, denn den Censiten müßten eine ganze Anzahl von Beamten zur Verfügung stehen, die die Sache beaufsichtigen. Es ist vorgekommen, daß ein Lehrling, der von seinem eigenen Vater gehalten wurde, zur Steuer eingeschätzt wurde, keine Einschätzung erhielt und darum die Reklamationsfrist versäumte. Auch unsre Steuerdeputation hat bereits einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Wir kommen ihr also entgegen, wenn wir unsrerseits den Magistrat ersuchen, darauf einzugehen. (Beifall.)

Der Antrag Bruns wird abgelehnt.

Der

Gesamt-Etat

balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 109 233 921 M. In dieser Höhe wird er für 1901 endgültig festgesetzt. Die Realsteuern sollen mit 150 Proz., die Einkommensteuer mit 100 Proz. erhoben werden. Die vom Etatsausschuß beantragte Resolution: „Den Magistrat zu ersuchen, für die Folge den Etat spätestens Anfang Februar jeden Jahres

bei der Versammlung einzubringen", gelangt ohne Diskussion zur Annahme.

Der Etat für die Verwaltung des Gesindebelohnungs- und -Unterstützungsfonds hat der Etatsausschuß unverändert genehmigt.

Stadtv. Stadthagen beantragt, diesen Etat einem besonderen Ausschuß zu überweisen, event. den Magistrat zu ersuchen, geeignete Schritte zu unternehmen, um eine Aufhebung des Statuts vom 30. Mai 1864, zum mindesten aber eine Aufhebung der durch dieses Statut den Dienstboten auferlegten Steuer von 50 Pf. für jeden Dienstantritt und für jeden Dienstwechsel herbeizuführen.

Stadtv. **Stadthagen:** Die Rechtsungültigkeit der betreffenden Kabinettsorder von 1864, die sich auf eine Kabinettsorder von 1826 stützt, ist für mich zweifellos, denn das Statut, das den Dienstboten eine besondere Steuer auferlegt, ist nicht von den gesetzgebenden Körperschaften sanktioniert worden. Nach 1872 vollends mußte jeder Zweifel über die Ungesetzlichkeit der Steuer schwinden, denn in dem Gesetz über die Einrichtung der Gesindebücher heißt es ausdrücklich, daß Abgaben für die Befugnis, dieselben zu führen, überhaupt nicht mehr zu entrichten sind. Allerdings können wir ja solche Kabinettsorder nicht einfach beiseite schieben, aber eben darum soll der Magistrat darauf hinwirken, daß sie beseitigt wird. Zwei Wege giebt es dazu: den Weg des Civil- und den des Strafprozesses. Ich wüßte nicht, ob ein Civilprozeß schon geschwebt hat; ein Dienstmädchen wird schwerlich einen Prozeß auf Rückzahlung der 50 Pf. anstrengen. Der Strafprozeß wäre gegeben, wenn ein Dienstmädchen bei der Beitreibung der Steuer Widerstand leistete, angeklagt würde und die Sache zur Kognition des Reichsgerichts käme. Jedenfalls schweben solche Prozesse nicht. Die Steuer ist in hohem Grade ungerecht, sie wirkt wie ein Ueberbleibsel aus dem 16. Jahrhundert. Zur Zeit haben wir vielleicht 65 000 Dienstboten in Berlin. Im besten Falle können davon 114 Personen im Alter von 50—60 Jahren, wenn sie nach redlicher Arbeit, oder wegen zerrütteter Gesundheit dienstunfähig geworden sind, oder außerordentliche Dienste, z. B. bei Feuersgefahr, geleistet haben, unter der Bedingung, daß sie 10 bis 20 Jahre in Berlin im engeren Polizeibezirk gedient haben, eine Rente erhalten. Die Höhe der einkommenden Steuer zeigt, daß sie von dem größeren Teil der Dienstmädchen überhaupt nicht mehr gezahlt wird; die Klugen fallen darauf nicht hinein. Es wäre also die höchste Zeit, sie ganz zu beseitigen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtv. **Ladewig** (N. L.): Für Ausschußprüfung bin ich auch. Für die Aufhebung des 50 Pf.-Beitrags würde ich zu haben sein, nicht aber für die Aufhebung des Fonds selbst.

Stadtv. **Stadthagen:** In dem Hauptpunkte stimmen wir also überein. Daß auch gerichtliche Erkenntnisse die Gültigkeit der Verordnung feststellen, thut uns Herr Ladewig wohl in dem Ausschuß dar.

Der Antrag Stadthagen auf Einsetzung eines Ausschusses wird darauf angenommen.

Die Vorlage betr. den Abbruch der Baulichkeiten auf dem zur Errichtung des neuen Verwaltungsgebäudes in Aussicht genommenen Terrain wird angenommen, ebenso die Vorlage wegen Auswahl der 1901 neu- und umzupflasternden Straßen und Plätze nach den Beschlüssen des Pflasterungsausschusses; sodann die Vorlage betr. die öffentlichen Bedürfnisanstalten mit der Maßgabe, daß die bestehenden Verträge nur um 3 Jahre verlängert werden.

Schluß 9 Uhr.

Krankenkassen und Apotheker.

Der Streit um den Rezeptur-Rabatt, den die Krankenkassen Berlins und der Vororte schon seit längerer Zeit führen, ist nunmehr in ein ernstes Stadium getreten. Am 20. Februar d. J. hat eine sehr stark besuchte Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten stattgefunden, welche die Centralkommission beauftragt hat, noch einen letzten Versuch zu machen, um von den Apothekern einen Rezeptur-Rabatt zu erwirken. In dieser Versammlung waren 87 der bedeutendsten Krankenkassen vertreten. Während sich die Vertreter von 18 Kassen, trotz persönlicher Billigung mangels ausreichender Autorisation zunächst der Abstimmung enthielten, wurde von den Vertretern der übrigen 69 Kassen erklärt, daß wenn auch dieser Versuch fehlschlägt, der Kampf um den Rezeptur-Rabatt mit aller Energie in der von der Centralkommission vorgeschlagenen Form aufgenommen werden soll. Die 69 Kassen — 35 Berliner Orts-Krankenkassen, 2 Vororts-Krankenkassen, 22 freie Hilfskassen, 5 Fabrikkassen, 4 Innungskassen und die Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin — umfassen mit denjenigen Kassen, welche vorher schon schriftlich ihre Zustimmung erklärt haben, insgesamt über 400 000 Mitglieder, also etwa vier Fünftel der Krankenkassenmitglieder Berlins und der Vororte.

Die Centralkommission der Krankenkassen hat ihrem Auftrag gemäß den Beschluß der Versammlung nebst Erläuterung den vereinigten Apothekenbesitzern unterbreitet, ohne eine bestimmte Höhe des Rabatts festzusetzen und noch besonders betont, daß hierüber eventuell noch verhandelt werden könnte. — Trotzdem und trotz aller vorherigen Bemühungen der Centralkommission, diese für alle Krankenkassen so wichtige Angelegenheit auf gütlichem Wege zu regeln, hat am 12. d. M. eine Versammlung der Apothekenbesitzer die Bewilligung eines Rezeptur-Rabatts strikte abgelehnt.

Bei dem Versuch, diese Ablehnung auch nur einigermaßen zu begründen, sind nun allerlei nichtige und den Thatsachen wiedersprechende Einwände gemacht worden. So behaupten die Apothekenbesitzer mit dem Hinweis, daß in der betreffenden Versammlung nur 87 bezw. 69 Krankenkassen den Beschluß gefaßt haben, daß nur ein Bruchteil der Krankenkassen Berlins durch die Centralkommission vertreten wird und daß demzufolge die Mehrheit der Krankenkassen eine Aenderung des bisherigen Zustands nicht wünscht. Sie behaupten ferner, daß sie sich in Widerspruch mit der größeren Mehrheit der Krankenkassen setzen würden, wenn sie der Forderung der Centralkommission Folge geben, und diese selbstverständliche Rücksichtnahme auf die Mehrheit der Krankenkassen sowie die Eigenart der örtlichen Verhältnisse, welche keinen Vergleich mit andern Städten zulassen, wären für ihre Stellungnahme maßgebend. — Die Behauptung der Apotheker könnte noch teilweise als zutreffend erachtet werden, wenn die Zahl der Krankenkassen und nicht die Zahl der Kassenmitglieder bei dieser Frage ausschlaggebend wäre. Allerdings ist die Anzahl der Krankenkassen weit höher, wenn die vielen Betriebskassen, Innungskassen und lokalen Hilfskassen, welche oft nur einige wenige hunderte Mitglieder zählen, in Bausch und Bogen gerechnet werden. Aber daran können die Apotheker doch selbst nicht glauben, daß die Kassen mit ein- und zweihundert Mitgliedern in diesem Fall summarisch gleichbedeutend sind mit solchen Kassen, die 10, 15, 20 Tausend Mitglieder und mehr in sich vereinigen. Bei dieser Frage sind die gesamten Krankenkassen im hohen Maße interessiert. Die Bevölkerung steht auf Seiten der Krankenkassen; außerhalb der Interessensphäre der Apothekenbesitzer muß die Ablehnung mit einer so sonderbaren Begründung jede Wirkung verfehlen.

In der Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und der Verwaltungsbeamten, die gestern, Donnerstag, im Luisenstädtischen Konzerthaus tagte, und in der die Centralkommission über die ablehnende Antwort der Apothekenbesitzer berichtete, wurde nun folgender Kampfplan festgestellt: Vom 1. Mai ab soll eine Liste mit etwa 50 bis 60 Apotheken herausgegeben werden, von denen allein die Medikamente auf Kosten der Kassen hergestellt werden dürfen. In andren Apotheken angefertigte Medikamente werden von den Kassen nicht honoriert. Außer der Apothekenliste wird auch eine Liste der Droguisten aufgestellt, und sollen von diesen alle freigegebenen Arzneimittel bezogen werden. Falls die Apothekenbesitzer den Kassen den Kredit abschneiden, so sollen die Kassenmitglieder den Betrag für die Medikamente bar bezahlen und bei der Kasse liquidieren, event. wird ihnen der notwendige Betrag in den Droguengeschäften vorgeschossen. Mit der Droguisten-Innung sind bereits die diesbezüglichen Vereinbarungen getroffen. Auch mit größeren Aerztevereinigungen haben bereits Verhandlungen stattgefunden, um eine für die Kassen günstigere Verordnungsweise herbeizuführen.

Ferner soll eine rege Agitation unter den Kassenmitgliedern stattfinden und durch die Presse, Flugblätter ꝛc. und in Versammlungen für die notwendige Aufklärung gesorgt werden. Nach kurzer Diskussion im zustimmenden Sinne gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

> Die heute im Luisenstädtischen Konzerthause versammelten Vorstandsmitglieder und Verwaltungsbeamten Berlins und der Vororte erklären sich mit dem entwickelten Kampfplan durchaus einverstanden, und verpflichten sich, mit allen Kräften das Vorgehen der Centralkommission gegen die Apotheker zu unterstützen!
>
> Der Kampf wird sich zunächst auch auf Rixdorf, Charlottenburg und Schöneberg erstrecken, da sich die hier in Betracht kommenden Kassen dem Vorgehen der Berliner Kassen angeschlossen haben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Geschirrsattler erhalten wir folgende Zuschrift: Zu dem Artikel im „Vorwärts" am 26. März cr. betreffend die Arbeiten für den kgl. Marstall, erklären wir hiermit, daß die Sache auf Mißverständnis beruht, da wir seit Jahren die von den Gehilfen verlangten Preise für die Marstallarbeiten gezahlt haben, als auch die geforderte Erhöhung der Preise, soweit sie in den Grenzen der Möglichkeit lag, bewilligt haben.

Auch erklären wir, daß unsere Rechnungen stets in der promptesten Weise ihre Erledigung fanden.

Julius Erb,
Hoffattler Sr. Maj. des Kaisers und Königs.
Rudolf Wetterling,
Hoffattler Sr. Maj. des Kaisers und Königs.

Sattler. Im Streik der Geschirrsattler ist eine weitere Aenderung nicht eingetreten. Im Ausstande befinden sich die Arbeiter folgender Firmen: A. u. W. Schulze, Wilhelmstr. 30/31; Tützer, Alexandrinenstraße 93/94; Nickel, Landsbergerstr. 89; Kunzelmann, Kürassierstraße 15; Weinberg, Dresdenerstr. 99; Hartel, Prinzenstr. 19; Meye, Schillingstr. 14; Fiedler, Friedrichsberg; Warmbdt, Schützenstraße 4; Biedermann, Fennstr. 29; Maier, Sorauerstr. 28; Lippert, Charlottenburg; Bischof, Memelerstr. 26; Robert, Badstr. 30.

Zur Lohnbewegung der Sattler! Neu bewilligt haben die Firmen Weinberg und Häßner; in Unterhandlung stehen Hartel, Nickel und Tützer. Am hartnäckigsten zeigt sich der reiche Sattlermeister Schulze, Wilhelmstraße, obgleich dieser Herr in der Innung, sowie auf dem Innungs-Verbandstage die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung anerkannt hat. Im übrigen ist der Stand der Lohnbewegung ein guter und es ist in den meisten Geschäften gar nicht zum Streik gekommen. Nicht bewilligt haben die Firmen Schulze, Betterling, Meye, Fiedler, Wiedermann, Lippert und Robert.

Deutsches Reich.

Arbeitslose Steinarbeiter. Die Organisation der Steinarbeiter hatte am 15. Januar d. J. eine Arbeitslosen-Zählung vorgenommen. Beteiligt hatten sich an der Zählung 8028 Personen aus 145 Orten. Von diesen standen 4626 in Arbeit.

Arbeitslos waren 3402, und zwar 1174 ledige und 2228 verheiratete Kollegen. Letztere hatten für den Unterhalt von 5062 Kindern zu sorgen. Zu bemerken sei, daß größtenteils die Orte keine Angaben machten, wo Arbeitsmangel nicht vorhanden war. Die Granitarbeiter waren durchweg beschäftigt, wohingegen die Zahl der Arbeitslosen aus den Sandsteingebieten bezw. aus den Betrieben der Groß- und Mittelstädte sich rekrutiert.

Zieht man von den Arbeitslosen die Kranken und die Streikenden ab, deren Zahl auf 300 geschätzt wird, so bleiben 3100 Steinarbeiter infolge von Arbeitsmangel als erwerbslos übrig.

Zur Lohnbewegung der Schneider. Der Ausstand in Bremen dürfte sich auf 600 Gehilfen ausdehnen. Es wird verlangt, daß die Stückarbeit nach Stundenlohn abgeschätzt wird. Der Stundenlohn soll 45 Pf. und 50 Pf. für Heimarbeiter betragen. Außerdem wird die Beseitigung des Kost- und Logiswesens gefordert.

In Mainz kann die Lohnbewegung als beendet angesehen werden, da mit den meisten Geschäften eine Einigung zu stande kam.

In Nürnberg sind über 800 Schneider in den Ausstand getreten. Die Mehrzahl der größeren Geschäfte hat jedoch bereits bewilligt.

Auch in Elsaß-Lothringen sind die Schneidergehilfen in eine Lohnbewegung eingetreten. In Metz finden zur Zeit Unterhandlungen mit den Meistern statt, die eine Lohnerhöhung von 10 Proz. zu bewilligen geneigt sind, während die Gehilfen darüber hinaus Gleichstellung mit ihren Kollegen in Berlin, Frankfurt a. M. ꝛc. fordern. Auf beiden Seiten wird zu der Lage dieser Tage in Versammlungen endgültig Stellung genommen. — Die Straßburger Schneidergehilfen waren am Montag zahlreich versammelt, um gegen die Verstöße der Unternehmer gegen die bei der letzten Lohnbewegung vereinbarten Bedingungen Stellung zu nehmen. Auch zahlreiche Arbeiterinnen der Branche wohnten der Versammlung bei. Die Gehilfen sind entschlossen, den fortwährenden Lohnabzügen und Tarifbrüchen der Unternehmer energisch entgegenzutreten und haben den Vorstand der Zahlstelle in einer Resolution ermächtigt, alsbald die ihm zu diesem Zwecke erforderlich erscheinenden Schritte einzuleiten.

Der Streik der Straßenbahn-Angestellten in Halle wird, so leid es uns auch thut, das konstatieren zu müssen, zu Ungunsten der noch Streikenden verlaufen, indem es der Direktion gelungen ist, wiederum eine Anzahl Arbeitswilliger zu werben. Der Streik hat aber das gute, daß die von der Direktion geduldeten Mißstände einmal öffentlich aufgerollt worden sind. Selbst die liberale „Saalezeitung" geht in der gestrigen Nummer mit dem Direktor Delius ziemlich scharf ins Gericht. Die gestern nachmittag stattgehabte Volksversammlung, die von 800 Personen, Anhängern aller Parteien, besucht war, trat einstimmig zu Gunsten der Streikenden ein. Nach dem Referat des Wagenführers Hahn, der 8 Jahre bei der Gesellschaft beschäftigt war und auseinandersetzte, daß der Streik nicht beabsichtigt wurde, und nur durch das Vorgehen des Direktors Delius verschuldet worden ist, kamen grauenhafte jeder Beschreibung spottende Mißstände zur Sprache. Obwohl die Geldstrafen nach § 134 b der Gewerbe-Ordnung die Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes nicht übersteigen dürfen, wurden an einem Tage Strafen bis zu 5 M. verhängt. Ein Führer, der erkrankte, wurde, weil er während des Dienstes ein etwas dickes Tuch um den Hals gewickelt hatte, mit 25 Pf., ein andrer, weil er gegessen hatte, mit 50 Pf. bestraft. Mehrere Führer wurden bestraft, weil sie bei der Fahrt den Kopf vorschriftswidrig gehalten hatten. Wegen Nichtgrüßens des Direktors wurden Strafen von 50 Pf. bis zu 1 M. verhängt. Von den gesamten Führern wurden durchschnittlich pro Monat 81 M. Strafe bezahlt und keiner von ihnen weiß, wo die Strafgelder hingeflossen sind. Die Versammlung beauftragte eine aus Bürgern aller Parteien gebildete Kommission — Rentner Keil, Direktor Lange, Kaufmann Rosenbaum, Redacteur Thiele und Wagenführer Hahn — zu Gunsten der Streikenden bei dem Oberbürgermeister vorstellig zu werden und event. wenn Direktor Delius die Einstellung der Streikenden ablehnt, öffentliche Sammlungen zu veranstalten, bezw. die Nichtbenutzung der Bahn zu empfehlen.

Tapezierer. Der Stand der Lohnbewegungen in Potsdam und Breslau ist für die Kollegen sehr günstig. In Potsdam haben bis gestern abend 7 Firmen die Forderungen bewilligt, so daß nur noch 21 Kollegen (darunter neun verheiratete) im Streik stehen.

In Breslau arbeiten bis jetzt 110 Kollegen zu den neuen Bedingungen, während sich noch 150 im Ausstand befinden. Der Obermeister von Breslau, Herr Schneider, dessen Gehilfen auch im Streik stehen, hat zwar einem einflußreichen Berliner Arbeitgeber, der ihn darauf hinwies, daß er gut daran thäte, dafür einzutreten, daß die äußerst bescheidenen Forderungen der Arbeiter bewilligt werden, das Versprechen gegeben, in diesem Sinne zu handeln, er selbst hat aber die Hauptpunkte der Forderungen rundweg abgelehnt. Zwischen Wort und That ist eben bei diesen Innungshelden ein breiter Raum.

In Braunschweig befinden sich die Kollegen im Ausstande, um folgende Forderungen durchzusetzen: Minimallohn für Ausgelernte 35 Pf. pro Stunde bei neunstündiger Arbeitszeit. Höherstehende Löhne sollen 10 pCt. Aufschlag erfahren. Dieses Verlangen wurde von den Arbeitgebern kurzer Hand abgelehnt, und am 23. d. M. sämtliche Gehilfen ausgesperrt.

Wir bitten den Zuzug nach diesen Orten fernzuhalten.

Der Verband der Tapezierer.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Altenburg siegte die Gewerkschaftskartell-Liste mit 1437 gegen 51 Stimmen.

Die Malergehilfen in Breslau (560 Mann) haben die Arbeit eingestellt, nachdem seitens der Zwangsinnung die Forderung auf Gewährung eines Mindestlohns von 42 Pf. für Maler und 38 Pf. für Anstreicher abgelehnt wurden.

Der Mandschurei-Vertrag.

Die chinesischen Kommissare haben infolge des kaiserlichen Dekrets die Unterzeichnung des russisch-chinesischen Vertrags endgültig abgelehnt, trotz der Abänderungen, welche Rußland an einigen Artikeln vorgenommen hatte. Aus Petersburg allerdings kommen Nachrichten, die etwas anders klingen. Der New Yorker „Associated Preß" wird von dort gemeldet, daß das russisch-chinesische Abkommen wahrscheinlich bald unterzeichnet werden würde. Die zur Zeit noch schwebenden Verhandlungen beziehen sich nur auf geringfügige Aenderungen. Durch das Abkommen wird Rußland kein neues Gebiet gegeben, sondern nur Garantien für seine bereits bestehenden Interessen und Rechte in der Mandschurei. Keine Macht hat Protest eingelegt, selbst Japan hat keine Einmischung versucht. Die Erklärung des japanischen Ministers des Aeußern, daß Japan notwendigerweise eine Kompensation verlangen werde, habe keinen Eindruck gemacht, da sie bloß eine Drohung sei.

Marquis Ito.

Der japanische Premierminister hielt am 26. d. M. eine Rede, in welcher er auf die auswärtige Politik einging und sagte, Japan habe nunmehr eine Stellung erlangt, die es ihm möglich mache, selbst seine legitimen Interessen zu schützen und die den Anforderungen jeder Lage entsprechenden Schritte zu thun.

Neue Heldenthaten.

Englische Blätter berichten aus Peking, ein deutscher Soldat habe vor einigen Tagen auf der Straße der Gesandtschaft aus bisher unbekannten Gründen drei Chinesen getötet.

Die Europäer richten sich heimisch ein.

Der „Morning Post" wird aus Peking gemeldet: Es gehen Gerüchte um, daß die Deutschen und die Franzosen im nächsten Monat einen großen Teil ihrer Streitkräfte zurückziehen wollen. Durchaus sicher ist jedoch, daß weder Frankreich noch Deutschland seine Garnison in Paotingfu schwächen wird. Die Franzosen und die Deutschen wählen sich auf den Bergen in der Nähe von Paotingfu Plätze für ein Sommerfeldlager aus. — Ferner wird von verschiedenen Eisenbahnbauten berichtet, welche die Engländer und die Franzosen auszuführen beabsichtigen. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 28. März. (W. T. B.) Der Nationalist Denis stellt einen Antrag auf Revision der **Verfassung,** in welchem verlangt wird, daß der Wortlaut der Erklärung über die Menschenrechte der Verfassungsurkunde angefügt werde. Denis fordert für seinen Antrag die Dringlichkeit und verliest denselben unter lärmenden Kundgebungen der Rechten und der Linken. Dpuzon beantragt, daß die Erklärung über die Menschenrechte in allen Schulen angeschlagen werde. Dieser Antrag wird mit 542 gegen 1 Stimme angenommen und der Antrag auf Dringlichkeit der Resolution Denis mit 289 gegen 238 Stimmen abgelehnt. Sodann setzt die Kammer die Beratung des Vereinsgesetzes fort.

Zum Marseiller Streik.

Paris, 28. März. (W. T. B.) Die Vertreter der Marseiller Ausständigen sind von dem Vorschlage des Ministerpräsidenten, mit den Arbeitgebern über gewisse Punkte des Uebereinkommens vom August 1900 zu verhandeln, nicht befriedigt. Sie erklärten, daß sie auf dieser Grundlage bereits vor 14 Tagen hätten in Verhandlungen eintreten können und, da die Lage der Arbeitgeber damals ungünstiger war, zweifellos bessere Resultate für die Ausständigen erzielt hätten.

Zur Gefangennahme Aguinaldos.

New York, 28. März. (H. B.) Ueber die Gefangennahme Aguinaldos wird noch aus Manila gemeldet. Die Gefangennahme fand ohne Kampf statt, indem Aguinaldo mit seinem ganzen Stabe in einen Hinterhalt gelockt und umzingelt wurde. Aguinaldo und seine Offiziere sind nach Manila als Gefangene gebracht worden. Die Führer der Filippinos erklärten, daß trotz dieses Mißgeschicks der Widerstand gegen Amerika fortdauern werde. Die Nachricht von der Gefangennahme hat in New York größte Befriedigung hervorgerufen.

Dortmund, 28. März. (B. H.) Durch das **Platzen eines Kessels** auf der Zeche „Fürst Hardenberg" sind vier Bergleute verletzt worden.

Frankfurt a. M., 28. März. (B. H.) Die „Frankf. Ztg." erfährt aus New York: Die Blätter glauben, daß nunmehr, da Aguinaldo gefangen sei und letzthin eine zahlreiche Insurgenten-Abteilung die Waffen gestreckt hat, die Insurrektion ein schnelles Ende finden werde.

Metz, 28. März. (B. H.) Der **Pfarrer Tilmont,** Direktor der katholischen Knabenerziehungs-Anstalt, gegen den der Staatsanwalt wegen **Sittlichkeitsverbrechen,** begangen an seinen Zöglingen, sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust beantragt hatte, wurde heute von der Strafkammer **freigesprochen.**

Paris, 28. März. (W. T. B.) Der Marineminister erhielt ein Telegramm aus Kapstadt, wonach das **französische Schiff „Psyche"** aus Bordeaux an der **südafrikanischen Küste untergegangen** ist. Sieben Matrosen seien ertrunken, der Kapitän und 10 Matrosen vom norwegischen Schiff „Andromache" gerettet und nach Kapstadt gebracht worden.

Montceau les Mines, 28. März. (B. H.) Die Ausständigen ließen sich heute wieder zu **heftigen Straßenkundgebungen** und Angriffen gegen die Arbeitsfreiheit hinreißen. Die Streikenden feuerten mehrere Revolverschüsse auf die zur Hilfe herbeigerufenen Truppen ab. Die Polizei schritt mit blanker Waffe ein und verwundete mehrere.

Montceau-les-Mines, 28. März. (W. T. B.) Der Redacteur eines nationalistischen Blatts, welches mehrere Artikel gegen das sogenannte rote Syndikat veröffentlichte, wurde in der Nacht von mehreren Ausständigen **überfallen.** Der Journalist setzte sich zur Wehr und verwundete einen der Angreifer durch einen Revolverschuß. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Verantwortl. Redacteur: Heinrich Ströbel in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Herrenhaus.

5. Sitzung vom 28. März 1901.

Am Ministertische: Graf v. Bülow, v. Miquel, Dr. Studt, Freiherr v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Etats.

Ministerpräsident Graf **v. Bülow:**

Ich habe das Wort erbeten nicht zu längeren Ausführungen, sondern weil ich die erste Gelegenheit ergreifen wollte, die sich mir bietet, um mich diesem hohen Hause an der Spitze des königlichen Staatsministeriums vorzustellen. Ich sage, daß ich das Wort nicht zu langer Darlegung ergriffen habe. Vor einer Stunde habe ich allerdings in verschiedenen Morgenzeitungen gelesen, daß ich hier ein längeres Programm entwickeln würde und ich habe mich gefragt, ob ich diesem Lockruf folgen soll. Manches sprach ja dafür, und insbesondere die Versuche, vor dieser hohen Versammlung zu reden. Unter den Gegengründen aber überwog doch insbesondere ein Argument. Ich habe lange in Ländern mit rein parlamentarischer Regierungsform gelebt. Manches habe ich da nicht übel gefunden, aber unter den Dingen, die mir nicht gefielen, war, daß sich dort jede neue Regierung und jeder neue Minister mit einem neuen an Verheißungen und an Versprechungen reichen Programm vorzustellen pflegt. Wenn nun Gott hinterher den Schaden besieht, das heißt, wenn die betreffende Regierung und der betreffende Minister nicht mehr im Amte ist, so pflegt von den Verheißungen und Versprechungen meistens nicht alles erfüllt zu sein. Darum will ich mich lieber darauf beschränken, durch mein thatsächliches Verhalten mir nach und nach das Vertrauen dieses Hauses zu verdienen. (Bravo.)

Das aber möchte ich sagen, daß ich es mir zur Ehre rechne, als Präsident des Staatsministeriums in geschäftliche Beziehung und in dienstliche Verbindung mit diesem Hause zu treten. Die gegenwärtige Session bringt wichtige Vorlagen. Ich bin überzeugt, daß diese Versammlung, in der so viele Erfahrung und so viel Einsicht vertreten sind, mit stets bewährtem Patriotismus und in immer gleicher Hingebung und Treue für Seine Majestät den König die königliche Staatsregierung unterstützen wird in ihrem Bestreben, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Landesvertretung das Wohl der Monarchie zu fördern. In diesem Sinne erbitte ich für gemeinsame Arbeit Ihre vertrauensvolle Mitwirkung und Ihren wohlwollenden Rat. (Lebhaftes Bravo!)

Die Kommission beantragt die Annahme des Etats und folgende **Resolutionen:** a) „Die königliche Staatsregierung aufzufordern, mit größter Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden **Neuordnung unsrer handelspolitischen Verhältnisse der Landwirtschaft ein wesentlich gesteigerter Zollschutz zu teil werde,** und in diesem Sinne dafür zu sorgen, daß baldigst die Vorlage des in Vorbereitung befindlichen Zolltarifs an den Reichstag erfolge.

b) An die königliche Staatsregierung die Aufforderung zu richten, daß eine baldmöglichste Aenderung des § 9 des Einkommensteuer-Gesetzes nach der Richtung hin vorgenommen werde, daß die dem **Grundbesitz, Gewerbebetrieb und Bergbau** aufliegenden direkten Abgaben von dem der Besteuerung unterliegenden **Einkommen in Abzug zu bringen sind."**

Ministerpräsident Graf **v. Bülow:**

Der Herr Berichterstatter hat im Laufe seiner Ausführungen die Resolution berührt, durch welche die Regierung aufgefordert wird, mit größter Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Neuordnung unsrer handelspolitischen Verhältnisse der Landwirtschaft ein wesentlich gesteigerter Zollschutz zu teil werde und auch in diesem Sinne dafür zu sorgen, daß baldigst die Vorlage des in Vorbereitung begriffenen Zolltarifs an den Reichstag erfolge. Ich möchte, was den Schluß dieser Resolution betrifft, konstatieren, daß von meiner Seite und von seiten der mir unterstellten Ressorts alles geschehen ist, um die Einbringung der Zolltarif-Vorlage zu beschleunigen. In dieser Hinsicht ist von allen beteiligten Ressorts maxima diligentia (der größte Fleiß) prästiert worden. Ich weiß mich aber im Einverständnis sowohl mit dem Grafen Königsmarck wie dem hohen Hause, wenn ich sage, daß **die Beschleunigung der Einbringung der Zolltarif-Vorlage nicht erfolgen darf auf Kosten einer gründlichen und gewissenhaften Prüfung einer so tief einschneidenden und so schwerwiegenden Materie.** Sobald die Ressorts, die in Frage kommen, ihre Arbeit beendet haben, wird die Zolltarif-Vorlage an den Bundesrat gehen. Ich bin gewiß, daß der Bundesrat so rasch als nur irgend möglich die Zolltarif-Vorlage verabschieden wird. Andrerseits glaube ich auch darin auf das Einverständnis des hohen Hauses rechnen zu können, wenn ich sage, daß es mir fern liegen muß, in dieser Beziehung irgend welchen Druck auf den Bundesrat auszuüben, der in **Widerspruch stehen würde mit unser aller Achtung vor der Würde und Selbständigkeit der Bundesstaaten.** Ich darf mich also dahin resümieren, daß die Einbringung der Zolltarif-Vorlage beschleunigt werden wird in jeder Weise, daß ich **einen bestimmten Termin für die Einbringung im Reichstag aber noch nicht nennen kann und allen beteiligten Faktoren Zeit zur gründlichen Prüfung gelassen werden muß.**

Was den Eingang der Resolution anlangt, so habe ich sowohl im Abgeordnetenhause wie im Reichstage keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich es als die **Aufgabe,** als die **Pflicht der Staatsregierung** betrachte, **die Interessen unsrer Landwirtschaft mit allem Nachdruck und allem Eifer zu fördern.** (Bravo!) Ich habe gleichzeitig erklärt, daß ich **eine angemessene Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle für unbedingt geboten** erachte. Die königl. Staatsregierung wird bei der Vorbereitung der Zolltarifvorlage an diesen von mir dargelegten Gesichtspunkten festhalten. (Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister **Giese**-Altona:

Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir **gegen die Resolution** stimmen werden. Es ist nicht zu verkennen, daß mit einem erhöhten Zollschutz für Getreide notwendig auch andre Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden, daß namentlich eine erhebliche Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel für das konsumierende Publikum die Folge sein muß. Es wird Aufgabe der Regierung sein, einen billigen Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen herbeizuführen. Ich zweifle nicht, daß die Regierung gewillt ist und im stande ist, diesen Ausgleich herbeizuführen. Aber es kann die Stellung der Reichsregierung dem Auslande gegenüber nicht fördern, wenn seitens einzelner Landesregierungen ein Druck ausgeübt wird zu Gunsten der erhöhten Besteuerung eines einzelnen Landesprodukts. Wir wissen sehr wohl, daß bei der Zusammensetzung des Hauses, der gegenüber nicht einmal der Ministerpräsident es vermocht hat, die Resolution zum Zurückziehen zu bringen, die Resolution angenommen werden wird. Aber wir haben es für unsre Pflicht gehalten, hier zu konstatieren, daß eine immerhin erhebliche Minorität dieses Hauses die Resolution nicht wünscht. (Beifall bei den Bürgermeistern.)

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Die Abstimmung ist eine namentliche.

Die **Resolution a** wird mit **101** gegen **27** Stimmen **angenommen.**

Beim Etat der Handels- und Gewerbe-Verwaltung erklärt

Oberbürgermeister **Zweigert**-Essen:

Bei der Abstimmung über die heute angenommene Resolution betreffend die Getreidezölle ist es für mich und meine Freunde durch den Schluß der Diskussion nicht möglich gewesen, unsere Abstimmung zu motivieren. Ich habe für die Resolution gestimmt; ich habe das in dem Wunsch gethan, um auch in meinen schwachen Kräften dazu beizutragen, daß Landwirtschaft und Industrie bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen Hand in Hand gehen, und um zu zeigen, daß auch alle der Industrie nahestehenden Mitglieder dieses Hauses der Landwirtschaft denjenigen Schutz wünschen, dessen sie bedarf. Wir konnten das um so eher thun, als wir die Ueberzeugung haben, daß die Staatsregierung bei den Zolltarifverhandlungen die Interessen der Industrie und des Handels gleichmäßig wahrnehmen und die Einseitigkeit vermeiden wird, welche der Fassung der Resolution vorgeworfen werden könnte.

Beim Etat der direkten Steuern gelangt die oben mitgeteilte Resolution b trotz des Widerspruchs des Finanzministers v. Miquel zur Annahme.

Um 1/26 vertagt das Haus die Weiterberatung des Etats auf Freitag 11½ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Parteipresse. Aus der Redaktion der „Magdeburgischen Volksstimme" ist der Genosse August Müller ausgeschieden, um Studien halber ins Ausland zu gehen. An seine Stelle ist der Genosse Richard Hauschildt getreten, der bisher in der „Mainzer Volkszeitung" thätig war.

Das Agitationskomitee für den Oberrhein veröffentlicht seinen Bericht für das Jahr 1900. Er wird eingeleitet mit der Klage über den Terrorismus des Centrums, dieser sogenannten Volkspartei, die gegen uns auch kein andres Mittel kennt wie die Reaktionäre aller Schattierungen: die Mundtotmachung. In dem ganzen 19 Reichstagswahlkreise umfassenden Bezirke stehen unsrer Partei nur in neun Orten Versammlungslokale zur Verfügung, in allen übrigen wird es ihnen durch die „geistigen Waffen" des Centrums unmöglich gemacht, Versammlungen abzuhalten. Aber auch über die Lauheit der eignen Genossen klagt der Bericht, wie auch darüber, daß dem Komitee von den einzelnen Kreisen nicht genügend Mittel zur Verfügung gestellt wurden, daß es allen Aufgaben hätte gerecht werden können.

Aus den thatsächlichen Angaben sei mitgeteilt, daß die Genossen der Kreise Köln-Land, Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach, Aachen-Stadt und Oberstein die Institution der Vertrauensleute aufgehoben und die Leitung der Parteigeschäfte dem für den Ort beziehungsweise Kreis bestehenden politischen Verein übertragen haben; in den übrigen Kreisen hat man die Institution der Vertrauensleute beibehalten.

Eine größere Agitationstour wurde vom Agitationskomitee arrangiert. Reichstags-Abgeordneter Cramer-Darmstadt sprach mit gutem Erfolg in allen Orten, in denen ein Versammlungslokal zur Verfügung stand.

In Erfüllung eines ihm vom Aachener Provinzial-Parteitag gegebenen Auftrags gab das Agitationskomitee ein die Annahme der letzten Marinevorlage und namentlich die schofele Haltung der Centrumsfraktion behandelndes Flugblatt heraus, das in 90 000 Exemplaren im Agitationsgebiet verbreitet wurde und bei der Bevölkerung durchweg eine gute Aufnahme fand.

Zur Agitation gegen die drohende Erhöhung der Getreidezölle wurden im Agitationsgebiet etwa 60 000 Exemplare des vom Parteivorstand herausgegebenen Flugblatts „Was kosten unsre Junker" verbreitet, davon 20 000 Stück in Köln-Stadt. Eine Agitationstour zur Abhaltung von Protestversammlungen in den Orten, in denen Lokale hierfür erhältlich sind, wird vom Agitationskomitee vorbereitet.

Der „Rheinische Volkskalender" wurde in 40 000 Exemplaren verbreitet. Die üblichen Schimpfartikel, die ihm, wie in früheren so auch in diesem Jahre die bürgerliche und namentlich die ultramontane Presse widmete, verhinderten ebensowenig wie der Befehl der Geistlichkeit, ihn ungelesen ins Feuer zu werfen, daß der Kalender seitens der Bevölkerung eine immer günstigere Aufnahme findet. Davon zeugt wohl am besten der Umstand, daß die Nachfrage in diesem Jahre so groß war, daß sie bei weitem nicht befriedigt werden konnte und für nächstes Jahr eine wesentliche Erhöhung der Auflage ins Auge gefaßt werden muß.

Insgesamt kamen an Flugblättern und Agitationsschriften, ohne die bei der Reichstagswahl in Aachen verbreiteten Flugblätter, im Agitationsgebiet 192 000 Exemplare im Berichtsjahre zur Verteilung.

Die Maifeier hatte überall eine gute Beteiligung zu verzeichnen. Wo Lokale zur Verfügung standen, fanden stark besuchte Versammlungen statt.

Ein Landes-Parteitag der niederösterreichischen Sozialdemokratie fand Sonntag und Montag in Floridsdorf statt. Es nahmen über 100 Vertreter daran teil. Aus dem Thätigkeitsbericht des Parteivorstands, der sich auf die Zeit vom 1. Oktober 1899 bis 1. Januar 1901, also auf 15 Monate erstreckt, geben wir einige interessante Thatsachen. So wurden in Wien 3833 und in der Provinz 2013 Versammlungen verschiedener Gattung abgehalten. In Wien bestehen 20 politische Vereine, drei Frauenvereine, 28 Bildungsvereine und 226 gewerkschaftliche Organisationen mit zusammen 33 245 männlichen und 2386 weiblichen Mitgliedern und in der Provinz 14 politische Vereine, 2 Frauenvereine, 28 Bildungsvereine und 105 gewerkschaftliche Organisationen mit 7575 männlichen und 145 weiblichen Mitgliedern. Das Resultat der politischen Verfolgungen waren 3 Monate Kerker, 9 Wochen und 154 Tage und 48 Stunden Arrest und 499 Kronen Geldstrafe. Die Parteifinanzen wurden vom Kassierer als wenig erfreulich bezeichnet.

Von den Beschlüssen, die das Resultat der lebhaften Verhandlungen bildeten, seien die folgenden allgemein interessierenden genannt:

„Es wird den Parteigenossen zur Pflicht gemacht, sich an den Wahlen in die Krankenkassen mit Eifer zu beteiligen; insbesondre ist die Eroberung der Bezirks-Krankenkassen eine dringende Notwendigkeit."

Nach einer längeren Debatte über die Landagitation wurde beschlossen:

„In allen Orten, wo Organisationen bestehen, haben die Genossen die Pflicht, zu ihren Besprechungen, Vorträgen, Versammlungen 2c. die landwirtschaftlichen Arbeiter (Tagelöhner, Mägde) einzuladen. Insbesondere ist ein Hauptaugenmerk auf die im Großgrundbesitz beschäftigten Arbeiter zu richten. Dasselbe gilt auch für Orte, wo Frauenorganisationen bestehen."

Sodann wurde der Landesausschuß beauftragt, billige, den Preis von 4 Hellern nicht übersteigende Broschüren herauszugeben, die zur Massenverbreitung unter den Industrie-Arbeitern geeignet sind.

Eine große Debatte entwickelte sich über die Frage des allgemeinen Wahlrechts und das österreichische Parlament. Der Referent Genosse Winarsky wünschte, daß der Kampf um Erringung des allgemeinen Wahlrechts erneut mit vollen Kräften wieder aufgenommen werde. Ihm traten hauptsächlich die Genossen Schuhmeier und Austerlitz entgegen, indem sie geltend machten, daß es jetzt nicht Aufgabe des Proletariats sein könne, das Parlament, dem die fünfte Kurie als allgemeine Volksvertretung angefügt worden sei, von außen zu zertrümmern; man müsse vielmehr den innern Zersetzungsprozeß abwarten, an dem das jetzige Parlament unfehlbar zu Grunde gehen werde. Dann werde das Staatsinteresse der Forderung des Proletariats zu Hilfe kommen.

Schließlich wurde aber doch eine Resolution angenommen, die verlangt, daß der Beschluß des Grazer Parteitags, „sofort an die Organisierung des Kampfs für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zu gehen", mit aller Kraft durchgeführt werde. Die Landes-Parteivertretung wird beauftragt, zu geeigneter Zeit bei der Reichs-Parteivertretung auf die Durchführung des Grazer Beschlusses zu dringen.

Zum Schluß faßte der Parteitag noch eine scharfe Protestresolution gegen die Maßregelung des Abgeordneten Lehrers Seitz und nahm endlich noch folgende Anträge an:

„Die Genossen des Landes Niederöstreich werden aufgefordert, die umfassendsten Vorbereitungen für die bevorstehenden Landtags-Wahlen zu treffen. Ueberall, wo es thunlich erscheint, sind Parteigenossen zu kandidieren."

„Die Parteigenossen werden aufgefordert, sofort an die kräftigste Agitation für die Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. Dasselbe gilt für unsre Parteipresse."

Sociales.

Gegen die Erweiterung der Kompetenz der Gewerbegerichte tritt der hiesige „Bund der Handels- und Gewerbetreibenden" auf. Er hat den Mitgliedern der Gewerbegerichts-Kommission eine Eingabe überreicht, worin er sich namentlich gegen die Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf Entschädigungsansprüche aus gesetzwidrigen Eintragungen in Arbeitsbücher, Zeugnisse, Krankenkassenbücher usw. ausspricht.

Auch die Ausdehnung der Wirksamkeit des Gewerbegerichts als Einigungsamt wünscht er nicht. Er giebt als Grund dafür die Befürchtung an, daß dabei „nichts Gutes" herauskommen werde; die neuen Rechte der Gewerbegerichte könnten „von verhängnisvoller Tragweite für die beteiligten Parteien" sein, weil — die Arbeiterbeisitzer und auch ein Teil der Unternehmerbeisitzer des Gewerbegerichts Socialdemokraten seien. In gemeinverständliches Deutsch übertragen heißt das, die Herren fürchten, daß bei der erleichterten Rechtsverfolgung vor dem Gewerbegericht die Arbeiter mehr als jetzt in der Lage sein werden, die Unternehmer gegen ungesetzliche Schädigungen zur Schadensersatzpflicht heranzuziehen, und daß sie fürchten, sie müßten bei Lohn- 2c. Streitigkeiten öfter als bisher ihre ablehnende Haltung auch vor dem Gericht begründen, während sie jetzt in der Lage sind protzig zu erklären, sie wollten einfach nicht verhandeln. Die Ablehnung der Verhandlungspflicht beweist, daß sie fürchten, nicht genügende moralische Gründe gegen die Forderungen der Arbeiter ins Feld führen zu können. Sonst kann es keinen stichhaltigen Grund geben, da ja das Einigungsamt kein bindendes Urteil sprechen, sondern nur einen Vergleich anbahnen kann. Wer schon die Vergleichsverhandlung im Lohnstreit fürchtet, dessen Sache muß auf sehr schwachen Füßen stehen.

Das Vorkommen der Tuberkulose in den Gefängnissen. Während viele gewerbliche Arbeiter, wie Steinmetzen, Cigarrenarbeiter und Schleifer, infolge ihrer Beschäftigung die Keime der Tuberkulose in sich aufnehmen, erliegen derselben zahlreiche, aus irgend einem Grunde sich in Haft befindliche Mitmenschen infolge der gesundheitswidrigen Einrichtungen der Gefängnisse, obwohl das gegen sie gefällte richterliche Urteil nie auf Schädigung an der Gesundheit, sondern stets nur auf Freiheitsentziehung lautet.

Von Aerzten ist schon mehrfach auf das häufige Vorkommen der Tuberkulose unter den Strafgefangenen auf Grund der an ihnen gemachten Beobachtungen hingewiesen worden. So haben Cornet und Kolle in der „Zeitschr. f. Hygiene", Band 10 und 19, nachgewiesen, daß die Tuberkulose-Erkrankungen unter den Strafgefangenen viel häufiger als unter der freien Bevölkerung sind. Dr. G. Schäfer hat im „Archiv für Hygiene", Band 10, das häufige Vorkommen der Tuberkulose in den Gefängnissen hervorgehoben. Die Erfahrungen, die er in dieser Hinsicht während seiner fünfzehnjährigen Thätigkeit als Arzt in den Strafanstalten in Kaisheim und München gemacht hat, haben ihm gezeigt, daß der früher in Kaisheim besonders häufige Typhus — in den Jahren 1885, 1887 und 1890 waren ihm 60—70 Proz. aller Gestorbenen erlegen — nach endlicher Ausbesserung der schadhaften und inficierten Wasserleitung seltener geworden ist, daß aber dafür die Tuberkulose daselbst an Häufigkeit sehr zugenommen hat. Die größte Sterblichkeit an dieser fällt in die Jahre des kräftigsten Mannesalters und in solche, in denen das Wechselfieber besonders häufig ist. Neben ungenügender Ventilation in den Gefängnisgebäuden und mangelhafter Hautpflege hob Schäfer die Dürftigkeit der Kost hervor. Er bewies dies, indem er mitteilte, daß während seines Aufenthalts in Kaisheim unter den Gefängnisköchen und Bäckern kein einziger Fall von Tuberkulose und andren Athmungskrankheiten vorgekommen ist. „Die Ursache", sagte Schäfer, „liegt sehr nahe. Wer an der Quelle sitzt, braucht keinen Durst zu leiden, und so versorgen sich Köche und Bäcker bei ausgiebiger körperlicher Bewegung in sehr reichlicher, wenn auch nicht zu rechtfertigender Weise." Auch die pflegenden barmherzigen Brüder und Beamten erkranken sehr selten an Tuberkulose, weil sie „beste Fleischkost in hinreichender Menge" genießen.

In den „Blättern für Gefängniskunde" kommt der inzwischen nach München übergesiedelte Dr. Schäfer auf die Tuberkulose-Erkrankungen in den Strafanstalten in Kaisheim und München zurück und stellt fest, daß die Verbreitung der Tuberkulose unter den Strafgefangenen noch viel größer ist, als bisher angenommen wurde. In das Lazarett des Zuchthauses in Kaisheim kamen wegen Tuberkulose dreizehn Prozent der Gefangenen. Aber eine planmäßige Durchmusterung aller Gefangenen in Kaisheim ergab, daß fast die Hälfte von ihnen an Tuberkulose in den verschiedensten Formen litt. Für die Verschleppung der Tuberkulose innerhalb der Strafanstalt führt Schäfer als neuen Grund noch an, daß die Tuberkelbacillen mit dem Essen in den Körper der Gefangenen gelangen. Es ist ihm gelungen, in den umgebogenen Rändern der Eßschüsseln, selbst nachdem sie abgespült worden waren, keimfähige Tuberkelbacillen nachzuweisen. Deshalb empfiehlt Schäfer zur Bekämpfung der Tuberkulose in den Gefängnissen neben Anlage ländlicher Kolonien für tuberkulöse Strafgefangene und Absonderung der tuberkulösen Strafgefangenen von den andren, auf größte Sauberkeit aller Eß- und Trinkgeschirre zu achten. — Wäre nicht auch eine Verbesserung der Kost als das wichtigste Vorbeugungsmittel zu empfehlen, wenn deren Mangelhaftigkeit gerade als die Hauptursache der Massenerkrankungen erkannt ist?

14. General-Versammlung des Centralverbands deutscher Zimmerer.

Nürnberg, 27. März.

Die zum Vorstandsbericht vorliegenden Resolutionen werden einer Kommission zur Verschmelzung mit den eingereichten Ergänzungsanträgen überwiesen. Dem Vorstand wird Decharge erteilt! Einstimmig angenommen wird eine Resolution, die es jedem Mitgliede zur Pflicht macht, für die Ausbeutung und Kräftigung der Organisation einzutreten und dafür zu sorgen, daß die Mitgliederzahl zur Zeit eines wirtschaftlichen Niedergangs nicht nur erhalten, sondern noch möglichst erhöht werden. Den agitatorisch thätigen Kameraden wird es zur besonderen Pflicht gemacht, in allen Zahlstellen tüchtige Kameraden heranzubilden, die befähigt und ernsthaft gewillt sind, die Organisation auch in schweren Zeiten zu leiten und zu verteidigen. Der Centralvorstand hat die Agitation in Wort und Schrift in ausgedehntem Maße zu unterstützen, Mittel und Wege werden ihm von der Generalversammlung in unbeschränktem Maße zur Verfügung gestellt.

Bezüglich der Tarifverträge wurde folgende Resolution ebenfalls einstimmig angenommen:

„In Erwägung dessen, daß gemeinschaftliche Verträge über Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Organisation der Bau-Arbeitgeber nur im Interesse beider Parteien, der Arbeitgeber sowohl als auch der Arbeitnehmer, liegen, stellt die Generalversammlung folgende Grundsätze auf:

Die Generalversammlung sieht in der Vertragschließung zwischen zwei sich auf wirtschaftlichem Gebiet gegenüberstehenden Interessen-Organisationen bezw. -Gruppen einen Akt gegenseitiger Anerkennung und Achtung und die Gewähr des wirtschaftlichen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Nach dem Zustandekommen eines solchen Lohntarifs, bezw. einer Arbeitsordnung haben die beiderseitigen Organisationen für die strikte Innehaltung derselben mit allen anwendbaren Mitteln einzutreten. Bei Forderungen, die über die Vereinbarungen hinausgehen, dürfen die Organisationen, ohne ein specielles Abkommen getroffen zu haben, nicht mitwirken. Die Erhaltung dieses Verhältnisses hängt jedoch einzig und allein von einer starken, finanziell gut fundierten Organisation auf seiten der Arbeiter ab, die eventuell auch in der Lage ist, dem Vertrag durch einen Kampf den gehörigen Respekt bei solchen Arbeitgebern zu verschaffen, die denselben nicht achten. Außerdem hänge die Verbesserung des Vertrags zu Gunsten der Arbeiter im wesentlichen von der Straffheit und finanziellen Leistungsfähigkeit der vertragschließenden Arbeiterorganisation ab.

Repräsentanten sind die modernen Gewerkschaftsverbände, — die sich aus Mitgliedern solcher Verbände rekrutierenden Gesellen-Ausschüsse vertreten nur insofern die Gesellschaft und deren Organisation und sind nur dann berechtigt, im Auftrage der letzteren auf Lohn- und Arbeitsbedingungen Bezug habenden Innungsbeschlüssen ihre Zustimmung zu geben, wenn sie von Fall zu Fall von der Organisation der Zimmerer dazu ermächtigt werden oder sich vorher die Gewißheit verschafften, daß die Organisation ihre Zustimmung zu diesen Beschlüssen erteilen wird.

Die Generalversammlung macht es ferner jedem Delegierten zur Pflicht, dahin zu wirken, daß alle dem Centralverband der Zimmerer noch fernstehenden Berufsgenossen sich demselben anschließen und darin jene Pflichten erfüllen, die das Vertragsverhältnis für einen jeden Zimmerer zur unabweisbaren Notwendigkeit machen.

Rude-Berlin berichtet über den Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. Hierzu liegt ein

Antrag Rose-Leipzig vor: „Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sind von seiten des Verbands die Beiträge zu streichen." Rose begründete die Resolution mit dem Hinweis auf die Haltung der Generalkommission in der Leipziger Buchdrucker-Angelegenheit.

Bringmann-Hamburg meint, man dürfe den beklagenswerten Leipziger Konflikt nicht auch in das übrige Deutschland hinaustragen. Es liege kein Anlaß vor, den Buchdrucker-Verband nicht mehr als Vertretung der Buchdrucker anzuerkennen.

Rösch-Köln: Die Haltung der Generalkommission resp. die Berichte des „Korrespondenzblatts" in der Leipziger Angelegenheit seien nicht ganz objektiv gewesen. Die Delegierten des Zimmererverbands zum Gewerkschaftskongreß sollten der Generalkommission und dem Buchdrucker-Verband ins Gewissen reden. Der Buchdrucker-Verband habe den größeren Fehler gemacht.

Bringmann erklärt, die Berichte im „Korrespondenzblatt" seien nicht die Meinung der Generalkommission, sondern die subjektive Meinung des Redacteurs gewesen.

Es wird hierauf eine Resolution angenommen, worin sich die Versammlung mit der Thätigkeit des Gewerkschaftskongresses einverstanden erklärt und weiter erklärt, daß sie die dem Verband vom Kongreß auferlegten Verpflichtungen übernehme.

Der Antrag Leipzig ist abgelehnt. Zum nächsten Gewerkschafts-Kongreß sollen 9 Delegierte entsendet werden.

Versammlungen.

Im Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis sprach am Dienstag Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil über das Thema: „Kann das Centrum tolerant sein?" Der Redner streifte in seinem mit Beifall aufgenommenen Vortrage die gesamte parlamentarische Geschichte des Centrums, ging aber namentlich auf den von dieser Partei eingebrachten Toleranzantrag ein. Eine Diskussion knüpfte sich an den Vortrag nicht. Vor Schluß der Versammlung wies der Vorsitzende noch besonders auf die am Karfreitag stattfindende Partie des Vereins nach Birkenwerder hin.

Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenverein hielt am Sonntag, den 24. d. M., seine letzte Generalversammlung ab, in welcher die Kassiererin Frau Keller folgende Abrechnung gab: Einnahme 118,85 M., Ausgabe 102,50 M. Mit dem letzten Bestand von 808,95 M. verbleibt ein Gesamtbestand von 324,80 M. Die Gewerkschaft scheidet damit ehrlich und schuldenfrei aus der Welt. Die Versammlung unterließ es nicht, schärfsten Protest zu erheben gegen einen vorschnell urteilenden ungerechten Artikel, welcher in der „Einigkeit" erschienen ist.

Der Verband der Graveure und Ciseleure hielt am 19. März eine gut besuchte Versammlung ab. Unter Geschäftlichem wurde eine vom Filialvorstand eingebrachte Resolution angenommen, die von der Firma Lewy entlassenen drei Kollegen als gemaßregelt zu betrachten und ihnen so lange Maßregelungs-Unterstützung zu zahlen, bis dieselben wieder anderweitig Arbeit gefunden haben. Hierauf sprach Reichstagsabgeordneter E. Rosenow über: „Brotwucher und Lebensmittel-Verteuerung." Lebhafter Beifall wurde dem Referenten nach seinem 1½stündigen Vortrage zu teil. Eine Diskussion fand nicht statt. — Unter Verschiedenem wurde das Verlangen des Centralvorstands, die Sperre über die Firma Fismer aufzuheben, als verkehrt verurteilt. Nach längerer Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich für Aufrechterhaltung der Sperre ausspricht.

Eine Versammlung des Centralverbands der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter tagte am Sonntag, den 24. März, bei Cohn in der Beuthstraße. Als Delegierte zu dem Kongreß der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter in Nürnberg wurden Schumann, Schultzke, Kaßler, Dreher, Strante, Werner, Rathmann, Meyer, Dentel, Mohr, Gebauer, Black, Kubat, Bachmann, Albold und Hoffmann gewählt. Als Ersatzmann für die Gewerkschaftskommission wurde Rathmann als Straßenbahner bestimmt. In der Frage eines Central-Arbeitersekretariats wurde folgende Resolution angenommen: „Die öffentliche Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Berlins ist mit der Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats einverstanden, ist jedoch der Meinung, daß es dazu keiner Neueinrichtung bedarf, sondern daß das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission den Charakter eines Arbeiter-Sekretariats schon besitzt, es sich höchstens um eine Aenderung des Namens handelt. Zu der Errichtung eines Central-Arbeiter-Sekretariats ist die Versammlung der Meinung, daß die Angelegenheit bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß zurückgestellt werden kann.

Herzfelde. Am 17. März d. J. fand im H. Henzeschen Saal hierselbst eine bis auf den letzten Platz gefüllte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Arthur Stadthagen-Berlin einen Vortrag über: „Nieder mit dem Brotwucher" hielt. Eine Diskussion fand nicht statt, weil sich kein Gegner zum Wort meldete und wurde eine gegen den Brotwucher gerichtete Resolution einstimmig angenommen. Zum Schluß sprach Genosse Fritz Wislang über die Massen-Arbeiteraussperrung in Herzfelde. Mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Socialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Verein „Heilstätte für Nervenkranke, Haus Schönow" in Zehlendorf bei Berlin. Am Sonnabend, den 30. März, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des kaiserl. Gesundheitsamts zu Berlin, Klopstockstr. 20: Dritte ordentliche Mitglieder-Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Dölte. Der Kaiser von Rußland ist Chef des in Paderborn garnisonierenden 8. Husaren-Regiments. Die Berliner Schutzleute sind Beamte des Staats, die Stadt Berlin genießt nur die Ehre, die Kosten für die Erhaltung der Schutzmannschaft zu tragen.

Korn. Der Spandauer Bock liegt, wenn man von Berlin kommt, an der linken Seite der Chaussee, rechts, neben der Brauerei liegt die Zibbe.

G. H. Ein Gesuch an die Direktion eines der städtischen Krankenhäuser würde vielleicht Erfolg haben.

E. H., 90003. 1. Ja. 2. Auch Fraktion. Wenden Sie sich wegen der Details direkt an die Buchhandlung. 3. Wenn amerikanischer Bürger, dann keine Scherereien. Wenn deutscher Bürger, würden Schwierigkeiten nicht ausbleiben. 4. Was die letzte Frage anlangt, wenden Sie sich an einen erprobten Fachmann.

M. H. Schreiben Sie an den Abgeordneten. Wir können Ihnen darüber nichts sagen.

O. W. „Deutscher Postbote." Verlag und Geschäftsstelle: E. Brückmann, Berlin W., Wilhelmstr. 47.

E. G. 100. Beantragen Sie bei der Polizeibehörde Ersatz der verloren gegangenen Karte und stellen Sie nach der Heirat bei der Versicherungsanstalt den Antrag auf Rückerstattung, demselben kann auch wenn ein Ersatz nicht eintreten sollte, in vollem Umfange stattgegeben werden. — **B. Br. in Münster.** Ausländer können leider ohne jeden Grund „weil sie sich lästig gemacht haben" ausgewiesen werden. — **60.** 1. In der Regel in 3 Jahren. 2. Ja, in 5 Jahren. 3. Anwaltskammer im Bezirk des Kammergerichts, Kronenstr. 76. — **Fischer.** Nein, Sie sind nicht erbberechtigt, falls Sie nicht testamentarisch bedacht sein sollten. — **F. N. 8.** Falls kein Testament vorliegt, steht der Frau der Anspruch auf ¼ des Nachlasses ihres Mannes zu. Ist sie wärtische Gattin, und zwar bereits vor dem 1. Januar 1900, so kann sie statt dessen die Hälfte des gemeinsamen Vermögens in Anspruch nehmen. — **Böttcher.** Soweit aus Ihrer Frage ersichtlich, ist Ihr Sohn invaliden- und krankenversicherungspflichtig. Sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde gelegentlich vor. — **L. W. 406.** Wenn nicht Accordlohn vorliegt, auch nichts andres vereinbart ist, so ist mit einer Kündigungsfrist von 6 Wochen zum Quartalsersten zu kündigen. — **L. B. 59.** 1. Das gehört der Frau. 2. In 30 Jahren vom Urteil oder dem letzten Pfändungsversuch ab gerechnet. — **M. W. 111.** Nein. — **C. L.** Nein. Sprechen Sie eventuell mit der Klage und dem Mietsvertrag in der juristischen Sprechstunde vor. — **R. W.** 1. Unerheblicher Fehler. 2. Ja. — **M. P.** Sie haften nicht für die Schulden Ihres Mannes. — **R. J. 60.** 1. 3/32 des Nachlasses. 2. Ja. — **R. 24.** War Wochenlohn oder Monatslohn vereinbart, so muß, falls keine entgegenstehende Vereinbarung vorliegt, auch für die in die Woche oder in den Monat fallenden Feiertage Lohn gezahlt werden. Denn der Lohn war für eine längere Zeit ohne Rücksicht darauf festgesetzt, welcher Art Tage in diesen Zeitraum fallen. Fällt in diesen Zeitraum ein Feiertag, so ändert dies die Lohnhöhe ebenso wenig wie etwa der Umstand, daß wenn in die 14tägige Kündigungsfrist ein Feiertag fällt, die Frist auf 15 Tage verlängert wird. Die Praxis der Gerichte, auch des Gewerbegerichts, schwankt aber hin und her. Insbesondere wird aus früheren Duldungen eines Abzugs vom Lohn auf eine stillschweigende Vereinbarung, daß Lohn für Feiertage nicht gezahlt werden solle, geschlossen.

P. 100. Die Erteilung der Konzession an Sie könnte abgelehnt werden. — **H. L. Kuesebeck.** Zahlen Sie oder einigen Sie sich mit den Liquidatoren. Vor länger als Jahresfrist ist an dieser Stelle und im lokalen Teile des „Vorwärts" vielfach, vielleicht ein Dutzend Mal, den Mitgliedern der A. B., E. H. 126, der dringende Rat erteilt, mittels eingeschriebenen Briefs auszutreten und sich nicht dem irrigen Glauben hinzugeben, daß sie durch Nichtzahlung ausgeschieden seien. — **M. T. 29.** 1. Die Mietsäußerer wird vom Januar zum Januar berechnet. In Ihrem Fall beträgt sie jährlich 50 Pf. 2. Wenden Sie sich an Hoffmann, Blumenstr. 14. — **H. K., Müllerstraße.** Die Wirtin ist im Recht. — **H. B. 36.** Nein. — **W. L. 25.** Die Schulpflicht hört nicht ohne weiteres mit vollendetem 14. Lebensjahre auf. Ihr Kind muß, falls es nicht vom Schulbesuch dispensiert wird, bis zum Schluß des Halbjahrs, und, wenn es nach Ansicht der Schulbehörde dann die erforderlichen Kenntnisse noch nicht erworben hat, noch länger zur Schule gehen. — **E. O. 30.** Die zu Zuchthaus Verurteilten müssen zu den in der Strafanstalt eingeführten Arbeiten angehalten werden, die zu Gefängnisstrafe Verurteilten können in einer ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessenen Weise beschäftigt werden, die Strafe der Haft besteht in einfacher Freiheits-Entziehung. — **Efg.** 1. Ungefähr 10 M. 2. Ungefähr die Hälfte: die Gebühren bleiben dieselben, ob Sie den Vertrag gerichtlich oder notariell aufnehmen. — **Wilh. D.** 1. Weder die Polizisten, noch die Feuerwehrleute sind städtische Beamte. Sie werden von der Polizei angestellt. Die Polizei ist staatlich. Nur muß Berlin für sie Gehälter zahlen. 2. Uns nicht bekannt. — **H. N.** 1. und 2: Ja. 3. Kleine Nebenbahnen. — **J. 150 Stregliß.** Zweihundert. — **N. Lauterberg.** Er muß die Miete für die Mietszeit zahlen. Ist der Vertrag nur mündlich geschlossen, so gilt als Mietszeit bei dem Mangel andrer Vereinbarungen ein Jahr. — **H. 100.** Sie können auf Herstellung des ehelichen Lebens klagen. Der Klage muß ein Sühneversuch vorausgehen. — **Lichtenberg.** Ja. — **Z. T. 50.** Am 31. Dezember 1902. — **G. R.** Das Arbeitsbuch, nicht aber die andren Papiere. — **E. Jonas 21.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — **R. R. 100.** Die mündliche Vereinbarung ist gültig. — **Minna.** Klagen Sie Ihre Forderung beim Amtsgericht ein und beauftragen Sie nach Erlaß des Urteils einen Gerichtsvollzieher mit Vornahme der Zwangsvollstreckung; Lohnbeschlagnahme ist wegen einer Darlehnsforderung nicht zulässig. — **G. M., Gr.-Lichterfelde.** Sie können Beseitigung der Mängel und nach fruchtlosem Ablauf der von Ihnen zur Beseitigung der Mängel gestellten Frist Aufhebung des Vertrags und Schadensersatz verlangen. Für die Klage ist das Amtsgericht zuständig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 29. März.

Opernhaus. Die Zauberflöte. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Macbeth. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Der Erbförster. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die versunkene Glocke. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Flachsmann als Erzieher. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Glück. Hierauf: Im Schatten. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Leontinens Ehemänner. Vorher: Teremteie. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Der Ausflug ins Sittliche. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Der Kadetten-Vater. Im 5. Bild: Das Ueberbrettl. Anfang 7½ Uhr.
Central. San Toy. Anfang 7½ Uhr.
Lutzen. Der Verschwender. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Der Waffenschmied. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Der Leibarzt. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Secessions-Gesänge. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Die beiden Wenzel. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Rosendienstag. Anfang nachm. 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: „Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung".
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr: **Der Erbförster.** Trauerspiel in 5 Aufzügen von Otto Ludwig.
Sonnabendabend 8 Uhr: **Der Erbförster.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Wilhelm Tell.**
Sonntagabend 8 Uhr: **Ein Schritt vom Wege.**

Central-Theater.
San Toy
Anfang 7½ Uhr.
Sonnabend: **Die Puppe.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr, zu halben Preisen: **Der Bettelstudent.**
Abends 7½ Uhr: **Die Puppe.**

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Vorletztes Opern-Ensemble-Gastspiel unter Leitung des Dir. J. Darmer:
Der Waffenschmied
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: **Einer von unsre Leut.**
Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung. Kleine Preise: Max und Moritz.
Sonntag, Oper: Der Waffenschmied.
Sonnabend, den 6. April cr.: **Eine russische Hazeppa.** (Menschikoffs Tochter.)

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Der Kadetten-Vater.
Posse mit Ges. u. Tanz in 5 Bildern. Anfang 7½ Uhr.
Herren: Thomas, Thielscher, Helmerding, Junkermann, Paulmüller.
Damen: Milton, Miani, Boié, Mannopius.
Im 5. Bild: **Das Ueberbrettl.**

Passage-Panopticum
Neu! Neu!
Yvette Guilbert
in Lebensgrösse.
Neu! Neu!
Singhalesen-Truppe
Entree (inkl. Theater soweit der Raum reicht) 50 Pf.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater Freitagabend 8 Uhr:
Unser Rhein
von der Quelle bis zur Mündung.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Friedrich-Strasse 165
Castans Panoptikum
Entree 50 Pf.
Kinder die Hälfte.

Passage-Theater
Anfang Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
Letzte Woche das glänzende März-Progr.
Fortsetzung der
Damen-Ring-Kämpfe
Ringkämpfe nachm. 6 und abends 10 Uhr.
Rosendienstag.
17 erstklass. Nummern.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Die Blinde von Paris.
Drama in 5 Akten von F. Herrmann.
Sonnabend:
Kabale und Liebe.

Apollo-Theater.
Nur noch 3 Tage!
– Dyas-Rosé-Laszky –
Secessions-Gesänge
Rob. Steidl
Ueberbrettl-Parodie
und das grosse März-Programm.
Anf. 8 Uhr. Sonntags 7½ Uhr.

Cirkus Busch
Freitag, 29. März, 7½ Uhr:
Ausserordentl. Abend!!
Ferner: Auftreten des berühmten amerikanischen **Pferdebändigers** Professor Norton B. Smith. Besonders hervorzuheben: **Die gefährliche Fahrt unter der Teufelsbrücke.**
Außerdem: „Troika", russisches Dreigespann, ger. von Herrn Heh. Miß Lala Lee, Schulreiterin. Vorführung der vorzüglichsten Programm-Nummern.
Zum Schluß: Zum 122. Male:
Die eiserne Maske.
Le masque de fer.
Großes historisches Manege-Schaustück in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Unter anderm: **Die Jagd bis in die Cirkuskuppel hinauf.**
Sonntag, 31. März cr., nachmittags 4 Uhr: **Große Extra-Gala-Vorstellung.** Auf allseitigen Wunsch: Auftreten des berühmten amerikan. **Pferdebändigers Professor Norton B. Smith!**

Palast-Theater
früher **Feen-Palast,** Burgstr. 22.
Das pomphafte
5 März-Programm! 5
Ab 16. cr. noch bedeutend vergrößert!
The 4 Sisters Burleighs, das amerik. Grazien-Quartett.
Brothers Lington, Excentric-Akrobaten.
Mac Kean, neu für Europa!
8½ Uhr Neu! 8½ Uhr
Die beiden Wenzel.
Schwank in 1 Akt von G. Felsch.
Anfang 7½ Uhr. Entree 50 Pf.
Mittwoch, den 27. März:
Benefiz für Robert Dill.
Der Walzerkönig.
Große Posse in drei Akten.

Metropol-Theater
Behrenstr. 55/57.
Man lebt ja nur einmal.
Große Gesangsposse in 5 Bildern.
Vorher:
Das neue März-Specialitäten-Progr.
Anf. ½8 Uhr, der Posse ½9 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Jede Taschenuhr reinigen od. Feder einl. 1,50 M. unt. Gar. Goldene Damenuhren 15—100 M. Getragene silberne Uhren 5,50 M. Teilzahlung gestattet.
G. Paetzel,
Wallstraße 14. nahe Spittelmarkt.

Riesen-Walfisch
21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer.
Vollständig geruchlos!
Zu besichtigen im großen amerikanischen Riesenzelt von morgens 10 bis abends 10 Uhr. — Entree 20 Pf.
Kottbuser Damm, Ecke der Boppstraße.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hätt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Die imitierten Tyroler.
Siehe sämtliche Säulen.

Sanssouci
Donnerstag, Sonntag, Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Neu! Neu!
Kanalfeier.
Nach jeder Soiree: **Tanz.**
Wochentags Tanz frei und Vereinsbillets gültig.
In Vorbereitung: **Stiefbrüder.**

Deutsche
Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
Täglich grosse Specialitäten-Vorstellung.

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46. Preisliste kostenfrei. Viele Anerkennungsschreiben.

Musikwerke
selbstspielend mit auswechselbaren Platten, sowie Zithern, werden bei geringer Teilzahlung vergeben. [9882*
L. Kurzberg, Landsbergerstr. 13, part. Kein Laden

Streng feste Preise!

Theodor Büsing

am Stadtbahnhof „Börse“. **Spandauer Brücke No. 2,** nahe Hackescher Markt.

Vor Beginn meines Umbaues stelle ich meine reichhaltigen Läger in **Garderobe, Schuhwaren, Cigarren, Cigaretten, Spirituosen** und **Weinen** zu ausserordentlich billigen, bedeutend herabgesetzten Preisen zum

Räumungs-Ausverkauf

wegen Vergrösserung und Neubau durch Hinzunahme sämtlicher Parterre-Lokalitäten.

Garderoben für Herren für Knaben.

Burschen-Anzüge	früher M.	10,00	13,50	15,50
	jetzt „	7,00	9,75	12,00

Jackett-Anzüge für Herren		früher	jetzt
1- u. 2-reihig	M.	10	9
do.	„	12	10
do.	„	16	12
do.	„	21	16
do.	„	26	21
do.	„	29	24

		früher	jetzt
Rock-Anzüge für Herren	M.	29	23
do.	„	33	26
do.	„	38	32
Gehrock-Anzüge	„	30	22
do.	„	36	28
do.	„	42	34

Paletots für Herren		früher	jetzt
Frühjahr, Sommer	M.	15	11
do.	„	18	14
do.	„	22½	18
do.	„	28	22½
Havelocks	„	10	7
do.	„	15	11

Herren-Beinkleider

früher Mk.	3,00	3,50	4,50	5,50	6,50	8,50	10,25
jetzt Mk.	2,60	2,80	3,90	4,60	5,40	7,25	8,75

Arbeitshosen

früher Mk.	1,75	2,75	4,50	5,50	6,50
jetzt Mk.	1,10	2,15	3,60	4,50	5,25

Seltene Gelegenheit: **Regenpaletots für Herren** früher Mk. 14,00 21,00 jetzt Mk. 9,00 18,25

Joppen für Herren früher Mk. 3,50 9,50 jetzt Mk. 2,60 6,90

Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder.

Damen.

	früher	jetzt
Echt Ziegenl. Strand-Spangenschuhe M.	4,50	3,75
Braune Lederhausschuhe, durchgenähte Ledersohle und Lederabsatz	2,50	1,90
Rossleder Knopfstiefel, sehr preiswert	6,75	5,75
Echt Ziegenled. Strand-, Schnürstiefel	7,90	6,90
Chevreaux-Strand-, Schnür- u. Knopfstiefel, elegante Form	10,75	9,25
Rossleder-Zugstiefel, fest. Strapazierstiefel	4,50	3,90
Kalbleder-Knopf- u. Schnürstiefel	8,75	7,50
Schwarze Chevreaux-Knopfstiefel, elegante Façon	9,75	8,75
Glacé-Knopf- und Schnürstiefel, mit russisch Kalblederbesatz	10,00	8,90

Herren.

	früher	jetzt
Rindspalt-Zugstiefel, unverwüstlich Mk.	5,50	4,90
Rindleder-Zugstiefel, aus einem Stück	6,00	5,40
Spiegelrossleder-Zugstiefel, Handarb.	7,50	6,90
Spiegelrossleder-Zugstiefel, genäht, aus einem Stück, in verschiedenen Façons, enorm preiswürdig	8,75	7,75
Rossleder-Schnür-Stiefel, sehr billig	7,00	5,90
Rossleder-Schnürstiefel, spitze und eckige Form	8,50	7,50
Goodyear-Welt-Kalbl.-Schnürstiefel	12,50	10,75
Echt Ziegenled.-Strandschnürschuhe	6,75	5,90
Echt Ziegenled.-Strandschnürstiefel	10,50	8,50

Kinder.

	früher	jetzt
Rossleder Knopf- u. Schnürst. bis 18 cm M.	3,25	2,95
Rossleder Knopf- u. Schnürst. bis 22 cm „	4,25	3,90
Echt Ziegenleder-Strand-, Schnür- und Knopfstiefel, bis 18 cm M.	4,90	4,40
Derselbe bis 22 cm „	5,90	5,40
Segeltuch-Schnürschuhe mit Absatz und fester Ledersohle, 18 cm	2,40	2,00
Segeltuch-Schnürschuhe mit Absatz und fester Ledersohle, 22 cm	2,85	2,85
Rossleder-Zugstiefel für Knaben, besonderer Gelegenheitskauf, auf Rand genäht, Grösse 36 und 37	6,25	3,90
Rossleder-Schnürstiefel für Knaben, Handarbeit	5,75	5,25

Spirituosen und Weine.

Diese Artikel werden wegen gänzlicher Aufgabe vollständig ausverkauft und mache ich **Wiederverkäufer, Gastwirte** und **Private** auf diese nie wiederkehrende Gelegenheit zu billigen Einkäufen noch besonders aufmerksam.

		früher	jetzt
1/1 Fl. Deutscher Cognac *	Mk.	1,25	0,90
1/1 „ „ „ franz. Verschn. **	„	1,75	1,20
1/1 „ „ „ „ ***	„	2,25	1,50
1/1 „ echt frz. Cognac Roubilliac & Co.*	„	2,50	2,25
1/1 „ „ „ „ „ **	„	3,50	3,00
1/1 „ „ „ „ „ ***	„	4,50	3,75
1/1 „ Rum	„	1,00	0,80
1/1 „	„	1,40	1,15
1/1 „ Jamaica-Rum (Liter)	„	2,50	2,00
1/1 „ „ „ „	„	3,00	2,50

		früher	jetzt
1/1 Fl. Eiercognac	Mk.	1,65	1,40
1/1 Liter „	„	2,00	1,75
1/1 Fl. Stonsdorfer	„	0,80	0,70
1/1 „ Halb und Halb	„	0,85	0,70
1/1 „ Ingber-Magenwein	„	1,00	0,85
1/1 Liter „ „	„	1,25	1,10
1/1 Fl. Getreide-Kümmel (Liter)	„	0,90	0,75
1/1 „ Pommeranzen (Liter)	„	1,00	0,85
1/1 „ Aquavit (Liter)	„	1,25	1,00
1/1 „ Samos-Wein	„	1,00	0,80

		früher	jetzt
1/1 Fl. Portwein	Mk.	1,25	0,95
1/1 „ Sherry	„	1,50	1,20
1/1 „ Madeira	„	1,25	0,95
1/1 „ Rotwein	„	0,60	0,40
1/1 „ „	„	0,80	0,65
1/1 „ Pur Bordeaux	„	1,25	1,00
1/1 „ Moselwein	„	0,75	0,60
1/1 „ „	„	0,85	0,70
1/1 „ Deutscher Schaumwein	„	1,25	0,90
1/1 „ „ „	„	1,50	1,10

Bei Abnahme von 10 Flaschen von einer Sorte 3 Proz., bei 20 Fl. 5 Proz., bei 50 Fl. 8 Proz. Rabatt.

Cigarren u. Cigaretten

werden ebenfalls wegen Aufgabe dieser Artikel ganz besonders billig ausverkauft.

			früher	jetzt
Betty	per 100 Stück	Mk.	2,00	1,80
Elida	„	„	2,25	1,90
No. 40	„	„	2,50	1,95
Tanga	„	„	2,50	2,25
Dr. Qualm	„	„	2,75	2,45
Gloria	„	„	3,00	2,65
Gusti	„	„	3,50	2,75
Flor de Cuba	„	„	4,00	3,00

			früher	jetzt
Deliciosa	per 100 Stück	Mk.	4,50	3,50
Saxonia	„	„	4,50	3,90
Rita	„	„	5,00	4,40
Nanni	„	„	6,00	4,80
Flor de Mexico	„	„	7,00	5,90
San Pareil	„	„	7,50	6,50
Merkado	„	„	8,00	6,50

Cigaretten.

			früher	jetzt
Krone	pro Mille	Mk.	4,50	3,70
Stambul	„	„	7,50	6,25
Eiramos mit Mundstück	„	„	12,50	9,50

Echt importierte ägyptische Cigaretten von M. Simeonides, Alexandrien.

					früher	jetzt
Qual.	2	100 Stück		Mk.	1,75	1,35
„	3	„		„	2,75	1,55
„	4	„		„	3,50	1,75
„	5 u. 6	„		„	4,00	1,95

Bei Abnahme von 500 St. Cigarren von einer Sorte 3 Proz., bei 1000 St. 5 Proz. Rabatt.

Ausgenommen sind die Preislagen unter Mk. 2,45 per 100 Stück.

Wochentags bis 9, Sonnabends bis 10, Sonntags 8—10, 12—2 geöffnet.

Früherer und jetziger Preis ist an jedem Stück vermerkt.

Bitte meine grossen Schaukästen im Hausflur zu beachten.

Einsegnungs-Anzüge,

neueste Façons in blau und schwarz Kammgarn u. Cheviot

Julius Lindenbaum,
Große Frankfurterstraße Nr. 141, Ecke Fruchtstraße. 9092*

Schlafmöbel-Bazar „Baby“.

1. Invalidenstr. 160.
2. Oranienstr. 31.
3. Friedrichstr. 18.
4. Gr. Frankfurterstr. 115
5. Brunnenstr. 92.
6. Reinickendorferstr. 2d-e.
7. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55.

[538L*

Für **Kinder** und **Erwachsene.** 8,15—100 M.

9, 12 bis 75 Mk.

Polster-Betten 6,50—21,00.

Lieferant des Post-Spar- und Vorschuss-Vereins.

Compl. Bett-Einrichtungen

Betten, Stand: 10, 15—90 Mk.

Bettfedern. Auch Teilzahlung 1,00 pro Woche.

Hierdurch die ganz ergebene Anzeige, daß ich am **31. März cr.** das in **Rummelsburg, Hauptstraße 83** belegene [11109*

Ball-Lokal und Garten-Restaurant

eröffne. Es wird jederzeit mein Bestreben sein, die mich mit ihrem werten Besuch beehrenden Gäste mit guten Speisen und Getränken aufzuwarten. — Empfehle meine Räumlichkeiten zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten. — Angenehmer Familien-Aufenthalt. — **Kaffeeküche** wie **Kegelbahn** steht den geehrten Besuchern zur Verfügung. — 5 Minuten vom Bahnhof. — Jeden Sonntag von 4 Uhr ab: **Grosser Ball.** — Um zahlreichen Besuch bittet

Robert Ziebarth,
Gastwirt.

Maschinisten-Anzüge

in allen Grössen.
Anzug 3,00 und 5,50 Mk.
Jacken 1,50 und 2,75 Mk.
Hosen 1,50 und 2,75 Mk.

Carl Stier,
7852*] **Oranienstr. 166.**

Cigaretten-Fabrik Palo

Palo-Cigaretten sind die besten!

Hermann Korn
Reichenbergerstr. 130.

Teilzahlung!!

Herren- und Knaben-Garderoben-Specialgeschäft.
Woche 1 Mt. an. [11272*
Charlottenburg, 55, I. Wilmersdorferstr. 55, I.

Filzhüte für Herren

fehlerfrei, **neueste Form, 1,50 und 2,00,** hochfeine Qualität 2,50 und 3,00, extra feine 3,50—4,50 [9329*
Einzelverkauf im **Hut-Engros-Lager,** Prenzlauerstrasse 20, 2 Tr.
Cylinderhüte, Chapeaux claques und Knabenhüte in großer Auswahl.

Charlottenburg.
M. Schmerberg [4922*
Wilmersdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen

---

für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. *
Knabenfilzhüte 1—3 M.
Herrenfilzhüte, weich 1,75—5,25 „ steif 2,00—5,25 „
Cylinderhüte 4,00—12,00 „
Chapeaux claques 8,00—10,00 „
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert
Hut-Engros-Geschäft
Waldemarstr. 44, part., Kein Laden.

Tel. Amt III. 1767.

Kinderwagen, Sportwagen, Leiter- und Ziegenbockwagen, Polsterbetten, Kinderklappstühle, Triumphstühle, Krankenwagen für Erwachsene und Kinder, auch leihweise. Eiserne Bettstellen in jeder Größe. Größte Auswahl. Preise außergewöhnlich billig, auch Teilzahlung.

A. W. Schulz,
N. Brunnenstr. 95 bis a bis Humboldthain a. Bahnhof Gesundbrunnen.

Verkauf 2. Hof im Fabrikgebäude. Musterbuch gratis.

Honig!

Oldenb. Bienenhonig beste Qualität, versendet 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. netto zu 4 M. fr. Nachn. Gar. Zurücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, **Oldenburg.** [10072*

Herren-Anzüge

u. Paletots, eleg. Ausführung, auch nach Maß, geg. Kasse u. Teilzahlung.
J. Kurzberg, Landsbergerstr. 15, part., kein Laden.

Metropole der Heils-Armee.

Alleinstehende Mädchen finden gutes und billiges **Logis,** pro Woche 2,00 M. inkl. Kaffee; Wohn- u. Lesezimmer sowie Bad zur freien Benutzung. 10682*
Nähere Auskunft erteilt die Leiterin **Oranienstr. 51.**

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Freitag, den 29. März, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Hübner, Swinemünderstraße 42:

Partei-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Junkertum und Bauerntum im Lichte der Geschichte und Kampf gegen den Getreidezoll." Referent Reichstags-Abgeordneter **Rosenow.** 2. Diskussion. 219/8

Der Vertrauensmann.

Central-Verband der Maurer

Deutschlands. Zahlstelle I (Putzer).

Sonntag, den 31. März, vormittags 11 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20,

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg. 2. Bericht über die letzte Bautenaufnahme. 3. Beschlußfassung über die Stellung zum 1. Mai. 4. Abrechnung der Unterstützungskommission.

Im Auftrage der örtlichen Verwaltung.
134/8 Franz Schulz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag abends 8¼ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15,

Sitzung der Ortsverwaltung.

Zur Beachtung! Bezirk Osten. Auf der Zahlstelle Frankfurter Allee 70 (Georgi) werden diesen Sonnabend die Beiträge noch kassiert. 79/16

Achtung! Einsetzer!

Die Bezirks-Sitzungen finden am Sonntag, den 31. März, vorm. 10 Uhr, in den bekannten Lokalen statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Kommission.

Verein der Bauanschläger

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 31. März 1901, vormittags 10½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal IV)

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Vergnügungskomitees und Neuwahl desselben, sowie Festsetzung der Vergnügen. 3. Bericht der 21er-Kommission. 4. Verschiedenes.

Beiträge werden nur zwischen ½10—11 Uhr angenommen.

33/9 **Der Vorstand.**

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter

und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zahlstelle Rixdorf.)

Grosse öffentliche Versammlung

für Nieder-Schöneweide und Umgegend

am Sonnabend, den 30. März 1901, abends 6 Uhr, im Lokal des Herrn Ackermann, Baumschulenweg, Baumschulenstr. 78.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Unternehmer-Organisation. Referent Genosse Kloeel-Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen der Firmen Anton und Alfred Lehmann, Blackburn (Inh. Müller), G. Schulz u. Co., Armaturenfabrik, Kuhnheim u. Co. sind speciell hierzu eingeladen. Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.

64/8 J. A.: E. Bennewitz.

Radfahrer!

und solche, die es werden wollen, werden ersucht, sich **Sonntag, den 31. März,** präc. 12 Uhr vorm., im **Gewerkschaftshause,** Engel-Ufer, zur Gründung einer Produktions- und Einkaufs-Genossenschaft einzufinden. 99/2

Versammlung

Die Kommission.

Achtung! Bau-Arbeiter. Achtung!

Sonntag, 31. März, vormittags 10 Uhr, im Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstr.-Ecke:

Grosse Versammlung

aller zum Streikgebiet Berlins und Umgeg. gehörigen Verbandszahlstellen.

Tages-Ordnung:
1. Wahl der Lohnkommission und Revisoren. 2. Wahl des Ausschusses. 3. Bericht der Gewerkschaftsdelegierten und Neuwahl derselben. — Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dieses kein Eintritt. Die Versammlung wird präcise eröffnet. Regen Besuch erwartet

J. A.: O. Böttcher.

Deutsch. Textilarbeiter-Verband.

Sonntag, den 31. März, nachm. 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 4)

Versammlung der fünf Filialen.

Vortrag des Herrn Dr. Kronecker über „Die Reise durch Japan". Nach der Versammlung **gemütliches Beisammensein und Tanz.** Eintritt 20 Pf. Zu zahlreichem Besuch laden ein **Die Vorstände.**

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Droschkenkutscher.

Am Freitag, den 29. März, abends 9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20,

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Agitationskomitees. 2. Entlastung des Komitees auf Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl des Agitationskomitees, der Revisoren und Gewerkschaftsdelegierten.

NB. Zu dieser Versammlung hat nur Zutritt, wer sich durch Streikbuch legitimiert. **Das Agitationskomitee der Droschkenkutscher Berlins und Umgegend.**
376b

Mecklenburg. Schwarz- u. Brandenburg. Landbrote
empf. Brotfabrik Wittler, Müllerstr. 34. Niederlag. d. Plakate erkenntlich.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Metallarbeiter-Verband, dem Gesangverein „Ephen", dem Wahlverein des 6. Reichstags-Wahlkreises und den Kollegen der Firma Rudolf u. Kühne für die rege Teilnahme und reiche Blumenspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Emil Engel** meinen herzlichen Dank. 377b

Bertha Engel.

Otto Schneider & Co. G.m.b.H.

FÄRBEREI, APPRETUR U. DRUCKEREI

Nieder-Schöneweide

Sedan-Strasse No. 10

2 Min. von den Dampferstationen KYFFHÄUSER und CAFÉ SEDAN. — 2 Min. von der Bahnstation OBERSPREE.

Detail-Verkauf in der Fabrik

Cattune • Weisswaaren • Leinen
Woll- und halbwollene Kleider- und
Confections-Stoffe
Plüsch • Krimmer und Astrachan
Shawls • Tücher • Teppiche • Gardinen

Reste in allen Gattungen.

J. Wandts Kleiderhandlung für Alt und Neu!

Prinzenstrasse 17, an der Wasserthorstraße.

Täglicher Eingang von Monatsanzügen, Monatspaletots, Monatshosen, in den feinsten Werkstätten gearbeitet, auch für korpulente Figuren passend, zu staunend billigen Preisen. [1128L*

Pflanzenfleisch-Extrakt OVOS

wohlschmeckend — kräftig — billig — geruchfrei

verstärkt Bouillon, Suppen, Saucen, Gemüse etc.

nicht zu verwechseln mit Suppenwürzen

Vergleichende Analyse von	thierischem Extrakt	Ovos
Wasser	28,30	7,36
Reine Asche (kochsalzfrei)	12,30	10,92
Eiweiss	21,07	40,27
Phosphorsäure	5,39	8,31
Extractivstoffe ohne Nährkraft	31,31	21,49

Unter ständiger Controlle des Herrn Dr. Lebbin, gerichtl. vereidigter Nahrungsmittelchemiker beim Kgl. Landgericht I Berlin, langjähriger Chemiker beim Kgl. Kriegsministerium und Kgl. Polizeipräsidium, Berlin.

Fest:		Flüssig:	
1 Pfund (500 gr)	M. 3.75	½ Liter (Inhalt 600 gr)	M. 2.25
½ „ (250 „)	„ 2.00	¼ „ („ 300 „)	„ 1.20
¼ „ (125 „)	„ 1.10	⅛ „ („ 150 „)	„ 0.65
50 gr	„ 0.50	1/16 „ („ 75 „)	„ 0.35

Man achte auf Gewicht und Preise.

Zu haben in allen Drogen-, Colonial- und Delikatess-Geschäften.

Sonntag 1½ Uhr: Brandenburger Thor nach Spandau, Frobenstraße 12. **Donnerstag: Versammlung** bei **Wilke, Andreasstr. 26.**

Kranke jeder Art

speciell

Frauenleiden

heilen prakt. Naturheilkundige

O. Grundmann u. Frau.

Kurbadeanstalt

Köpnickerstr. 72 Brücken-, Neanderstr.

Sprechst. 11-2, 6-8. Sonntags 10-12.

Jede Dame lese!

Reisemuster, ausschließlich Modelle.
Jacketts, schwarz u. farb. v 5,— M.
Jacketts, a. Futter prim. Verarb. [1165*] von 8,— M.
Capes, kurz und lang, mit Stickerei von 4,50 M.
Capes, hochelegant, feinstes Genre, von 12,50 M.
Kostüms, Rock und Jackett, alle Farben, von 10,50 M.
Kostüms, Rock und Jackett, hochelegant, von 15,— M.
Alles nur chic, bessere Konfektion.

Seltene Gelegenheit!

Damenmäntel-Fabr. en gros, Seydelstraße 2, 1 Treppe (am Spittelmarkt) Sonntags 8—10 u. 12—7 geöffnet.

Einsegnungs-Anzüge von 12—27 Mk.

M. Schulmeister, Schneidermeister, **Dresdenerstr. 4** am Kottbuser Thor. [*

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Milchgeschäft mit Rolle, Fuhrwerk, Straßenkunden, krankheitshalber verkäuflich Maxstraße 14. †65*

Stehbierhalle. Destillation preiswert zu verkaufen. Weberstraße 36, Reinerz. 342b

Destillations- Fenstereinsatz, gut eichen, billig zu verkaufen Weberstraße 36, Reinerz. 341b*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †43*

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Kleiderstoffe, reinwollene und seidene, staunend billig im Konkursmassen-Ausverkauf, Münzstraße 7. *

Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig, Leihhaus Neanderstraße 6.

Teppiche, Divandecken, Bettvorleger, Portieren, Remontoiruhren, Regulatoren spottbillig, Leihhaus Neanderstraße 6. 67/17*

Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 62. 52/12*

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft, billig verkäuflich. Boxhagenerstraße 38 I, rechts. 533R*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Fahrräder, Teilzahlung, coulante Bedingungen. Fabrik, Oranienstraße 170. 616R*

Kinderwagen, spottbillig, Andreasstraße 23. 553R*

Restauration wegen Todesfalls zu verkaufen. Auskunft: Pasewaldt, Wienerstraße 56, abends nach 6 Uhr.

Möbelverkauf zu soliden Preisen, Römer, Sebastianstraße 81. 134b

Nußbaummöbel Einrichtung preiswert verkäuflich Gartenstraße 148 I links (Stettiner Bahnhof). †141*

Möbel auf Teilzahlung Stargardt, Dresdenerstraße 107—108, Kleiderschränke, Vertikos, Sofas, Taschensofas, Paneelsofas, Plüschgarnitur, Säulentrumeaux, Garderobenschränke, Salonschränke, Ankleideschränke, Muschelbettstellen, Pfeilerspiegel. Alle Arten Küchenmöbel, Stühle, Schreibtische, Bücherschränke, Ruhebetten, Waschtoiletten, Tische, Teppiche, ganze Einrichtungen. 58/13*

Umzugshalber verkauft billig Trumeau Fruchtstraße 65, Hof I, rechts. 354b

Trauerfall. Empfehle Fremden, Genossen Sargmagazin. Rosinnel, Neue Hochstr. 13, billigste Preise. †65*

Damenbüsten, Schneiderplatten, Regale, Glasspinden, Ladentische, Kastenregale spottbillig Hälk, Weinbergsweg 13b. 100b

Laubenbau! Gebrauchtes und neues Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, Teer, billig. Kottbuser Damm 22.

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †43*

Fahrräder. Teilzahlung, mäßige Anzahlung. Lager 400 Tourenmaschinen Straßenrenner Damenräder Zweisitzer Kinderräder Anhängewagen gebrauchte Fahrräder von Mark 40,00 direkt aus Imperial Fahrradwerke, Dieffenbachstraße direundreißig. K*

Fahrräder, nur gute selbstgemachte, sowie Reparaturen und Zubehör zu soliden Preisen bei Carl Wiethe, Große Frankfurterstraße 123. [29625

Dürrkop-Rad 45,00. [Schadel, Schmidstraße 8. 148/16*

Kindersportwagen spottbillig, Andreasstraße 23. 551R*

Nähmaschinenlager anerkannt bester Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher, vor- und rückwärtsnähend, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Lieferung sofort. Postkarte. Louis Landsberger, jetzt Landsbergerstraße 82. Verkaufsstelle für Norden Brennemann, Müllerstraße 169. [†149*

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Gaskocher! Sparsysteme! 1,50, Zweiflochkocher 6,— Dreiflochkocher 10,— Gas-Plätteisen, Bügelapparate billig! Gas-Bratöfen 12,—. Wohlauer, Weißenburgerstraße 32. 389*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †43*

Maurersitz vorrätig, Hutgeschäft, Potsdamerstraße 61. (Hausnummer beachten.) 583R*

Seifengeschäft, Steingut, Rolle, verkäuflich Wasserthorstraße 8. 379b

Restauration, nachweislich gut, preiswert verkäuflich. Erfragen Urbanstraße 108, Hof, bei Donat. 380b

Gutgehende Restauration, nachweislich 225 Tonnen Bier Jahresumsatz, ist für den Inventarpreis zu verkaufen, 5½ Jahr bestehend. Paul Kobus, Rigerstraße 127. 385b

Kanarienhähne und -Weibchen kauft Vogelhandlung Flottwellstraße 6.

Mentzenhauer-Zither 6,00, Harfen-Zither 5,00. Kastanien-Allee 37, Strabel. 372b*

Kleiderspind, Vertiko, Kommode, Spiegel mit Spind, Küchenmöbel, Tisch, alles neu, billig zu verkaufen Mariannenstraße 18, Hof III. [375b*

Vermischte Anzeigen.

Français Leçons 0,75. Professeur Parisien Pommeret, Breitestr. 19.

Patentanwalt Daumann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun

Zahnatelier E. Gedicke, Stargarderstraße 3. [†73*

Augustabad. Köpenickerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 471R*

Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstr. 20. *

Eröffne am 1. April Schlitemannstraße 46 eine Färberei und chemische Waschanstalt. Um freundlichen Zuspruch bittet O. Pinkinelli. †59*

Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Rottnicks Färberei, Andreasstraße 78 parterre, Eisenbahnstraße 18.

Kunststopferei von Frau Kokosky Steinmetzstraße 48.

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 23875

Goldscheide-Anstalt, Zimmerstraße 32, zahlt höchste Preise für Platin, Gold- und Silbersachen, Kehrgold, Treffen. 2150b

Sommerfrische. Sommernachtsbälle, Saal 500, Garten 1500 Personen, mit Theaterbühne, des Sonnabends mein Lokal bestens empfohlen. Wernau, Schwedterstraße 23/24. [†59*

Saal und Vereinszimmer empfiehlt Jannasch, Inselstraße 10. [2062*

Vereinszimmer zu vergeben Skalitzerstr. 25, Schüler. †22*

Vereinszimmer mit Pianino empfiehlt Hinze, Blumenstraße 35 a.

Vereinszimmer, neu renoviert, Grünstraße 21, Weihnacht. 518R*

Phonographen aller Systeme repariert billig Manteuffelstr. 123 II, Hecht. 378b

Saal, Vereinszimmer, Kegelbahn, Telephon, empfiehlt Pinzer, Schützenstraße 18/19. 381b

Vermietungen.

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle, separat, zwei Herren, Oranienstraße 186, vorn 3 Treppen, Petigk. †22

Möblierte Schlafstelle, Herren, Oranienstraße 2, vorn IV, Neuwzella.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Farbigmacher verlangt Engel-Ufer 9. 318b

10 tüchtige Tischler auf gute fournierte und weiße Möbel nach Zeichnung sofort gesucht. M. H. Wegner, Möbelfabrik, Suhl in Thüringen.

Sinecateur-Behrling verlangt Lande, Adlershof, Hoffmannstraße 3.

Versilberer verlangt G. Natow, Elisabethstraße 24. 383b

Sattler auf Musterkoffer verlangt Kommandantenstraße 33. 382b

Marmorschleifer verlangt Sasse, Gartenstraße 157. 375b

Kolonnenführer auf Gitterarbeit für dauernde Beschäftigung gesucht Sophie Charlottenstraße 108. [582R*

Bügler, tüchtiger, sofort verlangt Akazienstraße 20, vorn I. 58/16

Tüchtige Färbigmacher und Bestegerinnen verlangt Max Leonhard, Goldleisten-Fabrik, Schlesischestr. 31.

Hausdiener gesucht, der mit Gaskronen und Löten Bescheid weiß. Jonas, Lindenstraße 101. 388b

Ein anständiges Mädchen für alles. Zu erfahren bei Thiel, Skalitzerstraße 35, parterre. [†22

Gesucht.

Ein tüchtiger

Kunstschmied,

auch für **Treibarbeiten,** welcher selbständig und flott **Schablonen schneidet** und **Fertigkeit** im **Aufzeichnen** derselben besitzt, als

Vorarbeiter,

nebst 105/7*

3 bis 4 Gehilfen

(eingearbeitete Kolonne) bei **guten** Lohn und **dauernder** Beschäftigung **sofort gesucht.** Reise wird vergütet.

Aktiengesellschaft für Eisen- und Bronzegießerei vorm. Karl Flink, Mannheim.

Grundierer gesucht.

Ein guter Grundierer, tüchtig im Eisenfeilen und Maschinenfeilen, welcher sich als Vorarbeiter besonders eignet und früher oder später eine ganze Grundiererei im Accord zu übernehmen fähig ist, findet sofort dauernde Stellung bei Handschke u. Ladisch, Goldleistenfabrik, Arnsdorf bei Haida, Böhmen. 384b

---

Achtung! Achtung!

Parkettbodenleger! Bauhandwerker!

Die Firma **Adolf Pleck,** Niederwallstraße 15, Zwischenmeister **O. Schüttke,** ist für Parkettbodenleger **gesperrt** wegen Nichtanerkennung des Tarifs. Die Bauten befinden sich Preußische- u. Uhlandstraßen-Ecke, Güntzelstr. 28 und Seestraße. *

Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Verantwortlicher Redacteur: **Heinrich Ströbel** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Gewerkschaftliches.

Ausland.

Die Centralorganisation der Arbeiter Kopenhagens hat an die Bürgerrepräsentation und den Magistrat das Ersuchen gerichtet, gründliche Untersuchungen darüber anzustellen, welche Veranstaltungen von der Gemeindeverwaltung getroffen werden könnten, um der immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Es wird darauf hingewiesen, daß von den Mitgliedern ihrer Organisation im Dezember vorigen Jahrs 6428 oder ca. 16 Proz. arbeitslos waren, während im Februar dieses Jahrs bereits 13 212 oder 33 Proz. Arbeitslose gezählt wurden. Ferner wird darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Gemeinde-Arbeiten, so weit es nur irgend thunlich, sofort in Angriff genommen würden.

In Wien ist der Streik der Angestellten der „Singer Company" durch wesentliche Zugeständnisse an die Ausständigen beigelegt.

Der Verbandstag der Textilarbeiter, der Sonntag und Montag in Wien tagte, hat die Auflösung des Verbands und aller ihm angehörenden selbständigen Organisationen beschlossen. An ihre Stelle tritt die Union der Textilarbeiten: ein Centralverband mit Ortsgruppen im ganzen Reich, die direkt von der Centrale geleitet werden.

Der Hafenarbeiter-Streik in Marseille scheint eine Wendung zu Ungunsten der Ausständigen zu nehmen. Am Donnerstag arbeiteten 300 Mann an den Quais.

Minister-Präsident Waldeck-Rousseau und Handelsminister Millerand hatten am Donnerstag im Ministerium des Innern eine lange Konferenz mit einer Deputation der Ausständigen in Marseille. Die Delegierten besprachen die Verletzungen der zwischen den beiden Parteien abgeschlossenen Konvention vom August 1900. Waldeck-Rousseau erwiderte, es sei Sache der Unterzeichner des genannten Abkommens, dasselbe zu interpretieren und, falls über gewisse Punkte eine Einigung nicht zu erzielen sei, an das Urteil eines Schiedsgerichts zu appellieren. Waldeck-Rousseau fügte hinzu, die Regierung sei, getreu ihrer versöhnlichen Rolle, gern bereit, diese Lösung beiden Parteien vorzuschlagen, aber es sei nicht ihre Sache, zu intervenieren, um ihnen neue Bedingungen aufzuerlegen.

In Neapel haben die Schiffsauslader und die Hafenarbeiter nahezu vollzählig die Arbeit wieder aufgenommen.

Lohnabzüge in der englischen Eisenindustrie. Da der Durchschnittspreis für fertiges Eisen im Norden Englands im Januar und Februar um 14 Schilling 5 Pence per Tonne niedriger war als in den zwei vorhergehenden Monaten, werden die Arbeitslöhne am 1. April um 7½ Proz. reduziert werden. Dies ist die erste Lohnreduktion seit Februar 1898 und die größte Lohnreduktion seit der Einführung der Lohnskala im Jahre 1889.

Lokales.

Wilhelm Liebknechts Geburtstag.

Heute, am 29. März, werden es fünfundsiebzig Jahre, daß eine der markantesten und — im höheren Sinne der historischen Betrachtung — einflußreichsten politischen Persönlichkeiten des verflossenen Jahrhunderts geboren wurde: Wilhelm Liebknecht. Noch zittert im Proletariat der tiefe Schmerz um den jähen Verlust nach, noch stehen wir, als habe sich das beinahe Unfaßliche erst gestern ereignet, unter dem erschütternden Eindruck der Todeskunde. Das Proletariat ganz Deutschlands würde heute mit dem „Alten" innerlich den hohen Festtag seines fünfundsiebzigsten Geburtstags begangen haben. Es hat nicht sein sollen, und so gedenkt es in dankbarer Rührung des schlichten Helden, der mitten im Kampf gefallen, der während eines langen Lebens voller Unrast so Außerordentliches erduldet, aber auch so Ungewöhnliches erreicht hat. So Unersetzliches das trauernde Proletariat am 7. August vorigen Jahres auch ins Grab bettete, die Ideale Wilhelm Liebknechts sind nicht fort, sie leben unauslöschlich in Millionen von Köpfen und Herzen. Ist auch der Säemann gefallen, auf gutem Boden fiel die Saat. Aus dem schmerzlichen Gedenken an den Verstorbenen ersteht uns neue Kampfbegeisterung. Seinem Vorbild nachzuleben, allen Stürmen ohne Wanken standzuhalten sei das Teil der Nachlebenden, die so oft seines Geistes Hauch verspürt. —

Zum Liebknecht-Denkmal. Zu dem Konkurrenzausschreiben vom 12. März d. J. teilen wir ergänzend mit, daß das Komitee — durch verschiedene Anfragen veranlaßt — eine photographische Aufnahme der Grabstätte mit der nächsten Umgebung hat anfertigen lassen. Bild und nähere Angabe von Maßen werden von dem Unterzeichneten auf Wunsch zugeschickt. Im Auftrage des Komitees: Johann Pfarr, Putlitzstr. 10.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat in ihrer gestrigen Sitzung die Etatsberatung in flottem Tempo zu Ende geführt. Zu einer längeren Debatte kam es namentlich bei der vom Ausschuß vorgeschlagenen Resolution betreffend die Milchwirtschaft auf den Rieselfeldern. Genosse Borgmann begründete die Forderung, daß die Stadt in großem Umfange Milchwirtschaft treiben solle, mit dem Hinweis auf die Preissteigerungsgelüste der privaten Milchproduzenten. Der Magistratsvertreter erklärte die Sache für in der That durchführbar, aber die Stadt werde dabei schwerlich auf die Kosten kommen. Die Mehrheit der Versammlung konnte daraufhin den beabsichtigten Eingriff in die Ausbeutungsfreiheit der Produzenten mit guter Manier ablehnen. — Beim Etat „Verschiedene Einnahmen usw." rügte Genosse Bruns die Unverfrorenheit, mit der die Hochbahn-Gesellschaft und die Straßenbahn-Gesellschaft sich über die mit der Stadtgemeinde geschlossenen Verträge hinwegsetzen, und fragte an, was der Magistrat dagegen gethan habe oder zu thun gedenke. Die Antwort des Magistrats bestand zunächst in verlegenem Schweigen. Erst hinterher gab Oberbürgermeister Kirschner in einem Tone, dem man den Schmerz um Herrn Meubrink anmerkte, die Erklärung ab, daß infolge des plötzlich eingetretenen Wechsels in der Besetzung des betreffenden Decernats augenblicklich kein Magistratsmitglied über die Sache genügend informiert sei. — Zur Gemeinde-Einkommensteuer wurde von unsren Genossen eine Resolution beantragt, die auch für die Censiten mit einem Einkommen von 660—900 M. eine besondere Benachrichtigung über ihre Veranlagung fordert. Bruns hob hervor, daß diese Censiten sonst kaum die Möglichkeit einer Reklamation haben, da nur wenige Zeit haben, die ausgelegten Listen einzusehen. Die Forderung ist so selbstverständlich, daß man hätte erwarten sollen, es werde von keiner Seite Widerspruch dagegen erhoben werden. Aber Herr Wallach, der Unvermeidliche, hatte den nicht beneidenswerten Mut, dagegen zu sprechen, und die Mehrheit der Versammlung stimmte ihm bei, indem sie die Resolution ablehnte.

Jugend und Autorität.

Ein gefundenes Fressen für die Rückschrittler beider Konfessionen ist das in den letzten Tagen gefallene Wort von der Demoralisation der Jugend. Ein Geistlicher plädierte gestern in den zur Förderung der Kruppschen Profite unterhaltenen „Berliner Neuesten Nachrichten" für noch mehr Religion als bisher, und ein mehrfach in Berliner Blättern abgedruckter Artikel der „Köln. Volksztg." behauptet, daß etwas ähnliches wie z. B. die Demoralisation der Jugend in Berlin in der ganzen Geschichte des deutschen Volks noch nicht dagewesen ist."

Damit ist vornehmlich die Jugend der „unteren Stände" gemeint, während es doch nahe läge, bei solcher Betrachtung auch der gebildeten Jugend, vom kneipenden und revolvertragenden Gymnasiasten bis zu dem durch die moralische Wüstenei des Corpsstudentums zur Staatsretterei emporstaumelnden germanischen Heldenjüngling ein wenig zu gedenken.

Es ist gewiß auch an der sittlichen Verfassung der proletarischen Jugend sehr viel zu bessern; obgleich der thörichten Ansicht widerstritten werden muß, daß es früher zu irgend einer Zeit besser gewesen wäre. Die unglücklichen Kinder z. B., welche heute der Straße überantwortet sind, während beide Eltern in der Fabrik fronden, können nur unter ganz besonderen Umständen zu sittlich einwandfreien Menschen heranwachsen.

Nun würde in der Aera des Kapitalismus vor allem in der Großstadt wahrscheinlich viel Schlimmes über die Folgen dieser sittlichen Verwahrlosung zu berichten sein, wenn die klassenbewußte Arbeiterschaft nicht selber zeitig ihr Erziehungswerk begönnen und schon den Lehrling, den jugendlichen Arbeiter auf den hohen sittlichen Wert der Solidarität, wie sie in den Gewerkschaften geübt wird, bei jeder passenden Gelegenheit hinwiese. Ohne Uebertreibung darf auch gesagt werden, daß der proletarischen Organisationsbewegung auch eine Stärkung der Autorität zu verdanken ist, nur daß selbstverständlich die Autorität heute Wissenschaft heißt. Wo in früherer Zeit ist jemals ein solches Maß von Achtung vor dieser Autorität in den „niederen Volksschichten" beobachtet worden, wann war im Proletariat jemals ein solcher Heißhunger nach Wissen und Bildung anzutreffen als in der gerade dieserwegen von den Dunkelmännern soviel geschmähten Gegenwart?

Daß hierbei die alten Autoritäten zu kurz kommen, ist natürlich richtig, aber durch ihr Verhalten haben diese Autoritäten ja auch sehr viel dazu beigetragen, daß sie mehr und mehr die Beachtung im Volk verlieren. Bedauerlich bleibt da allerdings die Erscheinung, daß Männer der Schule, die doch alles daran setzen sollten, die Achtung vor ihrer Autorität in würdiger Weise zu wahren, anscheinend den alten Autoritäten zu Gefallen überaus bedenkliche Sprünge riskieren. Wir führen ein Beispiel an, das eben jetzt die Runde durch verschiedene Blätter macht. In dem Büchlein „Kleines Realienbuch. Für einfache Schulverhältnisse bearbeitet von Fr. Polack, kgl. Schulrat und Kreis-Schulinspektor, 100. Auflage, Gera 1896" heißt es Seite 47 von Friedrich Wilhelm II.:

„Friedrich Wilhelm II. war der Neffe des großen Friedrich. Sein Wahlspruch hieß: „Aufrichtig und standhaft." Den Umfang des Lands erweiterte er durch die 2. und 3. Teilung Polens. Aber die Größe des Lands macht nicht das Glück des Volks aus. Der Hof liebte das Vergnügen mehr als die Arbeit und gab dem Volke kein gutes Beispiel."

Man vergleiche damit, was in der 124. Auflage, Gera 1901, Seite 46 ff. an die Stelle dieser Ausführungen getreten ist:

„Friedrich Wilhelm II. war der Neffe des großen Friedrich. Es war eine schwere Aufgabe, der Nachfolger eines so großen Geistes zu sein. Sein Wahlspruch hieß: „Aufrichtig und standhaft!" Tapfer scherzte er im Kugelregen: „Das hat nichts zu bedeuten, wir schießen wieder!" Mild und gütig verbot er die harte Behandlung der Soldaten. Wohlthätig half er den Armen. Das schöne Brandenburger Thor am Eingange des Tiergartens ließ er erbauen, die erste Chaussee zwischen Berlin und Potsdam anlegen und das Allgemeine Landrecht herausgeben. Den Umfang des Landes erweiterte er durch die 2. und 3. Teilung Polens."

Das erste, was die Kindesseele von der Autorität verlangt, ist Aufrichtigkeit. Was soll nun die heranwachsende Schuljugend von einem Pädagogen denken, der zuerst einigermaßen die Wahrheit über Friedrich Wilhelm II. sagt, bei einer späteren Gelegenheit aber, irgendwelchem Druck nachgebend, den König nunmehr als edle Blüte des Menschengeschlechts feiert?

Merkwürdige „Schulorganismen!"

An den Gemeindeschulen soll die Klassenbezeichnung geändert werden. Bisher wurden die Parallelklassen durch Hinzufügung der Buchstaben a, b usw. zu den Zahlen VII, VI usw. unterschieden (also VII a, VII b usw.). Künftig soll durch die Zusätze O und M (Ostern und Michaelis) der Aufnahme- bezw. Versetzungstermin jeder Klasse erkennbar gemacht werden (also VII O, VII M usw.).

Die Neuerung ist praktisch und ist übrigens an den meisten andren Schulen längst eingeführt. Gleichwohl würden wir diese sich eigentlich doch nur auf die Signatur der Klassenthüren, der Censurformulare usw. erstreckende „Reform" herzlich gern noch weiter entbehren, wenn nur erst das erreicht wäre, daß an allen Gemeindeschulen jede Klassenstufe oder zum mindesten jede der unteren und mittleren Klassenstufen wirklich ihre Parallelklasse hätte. Das ist nämlich keineswegs der Fall, trotz der hohen Gesamt-Klassenzahl unsrer Gemeindeschulen. Die Stufen sind weder alle mit doppelten Klassen, noch überhaupt alle mit der gleichen Zahl Klassen besetzt. Die Art, in der sich die Berliner Gemeindeschulen aus den einzelnen Klassenstufen aufbauen, ist so eigentümlich, daß da manchmal ganz wunderliche Schulgebilde herauskommen. Vielfach ist für eine Stufe nur eine einzige Klasse vorhanden, während daneben eine andre Stufe mit drei oder vier oder noch mehr Klassen besetzt ist. Wir nennen nur drei Beispiele: In diesem Winter hatte die 219. Schule 2 siebente Klassen, 3 sechste, 1 fünfte, 2 vierte, 4 dritte, 2 zweite, 2 erste. Die 177. Schule verfügte über 3 siebente Klassen, 2 sechste, 3 fünfte, 6 vierte, 3 dritte, 2 zweite, 2 erste. An der 241. Schule bestanden 3 siebente Klassen, 4 sechste, 3 fünfte, 6 vierte, 1 dritte, 1 zweite, keine erste.

Nicht immer ebenso schlimm, aber doch sehr ähnlich sind die Verhältnisse an den meisten Berliner Gemeindeschulen. Daß sämtliche Stufen bis zur obersten hinauf mit der gleichen Zahl Klassen besetzt werden, das halten zwar auch manche Pädagogen nicht für unbedingt nötig, und bei den Berliner Verhältnissen mag das auch für einzelne Schulen in der That nicht möglich sein. Aber gegenwärtig kommt dieser im Princip wünschenswerte Zustand der gleichmäßigen Besetzung aller Stufen bei den Berliner Gemeindeschulen nur als Ausnahme vor. In diesem Winter fand es sich, wenn man von der Klasse Ober-I als einem gesondert zu betrachtenden Anhängsel absieht, nur bei 15 Schulen. Wir wollen jedoch erwähnen, daß an einer dieser Schulen an der 30. (Rüdersdorferstraße) nicht nur für sämtliche Klassen von VII bis I, sondern sogar für Ober-I Doppelcöten vorhanden waren. Hier ist also das Ideal erreicht, das schon in der Mitte der 80er Jahre vom Stadtschulrat Bertram aufgestellt, aber von der Stadtverordneten-Versammlung verworfen wurde: acht Stufen und für jede Stufe zwei Klassen.

Welcher Kontrast zwischen dieser Schule und solchen, wie die weiter oben angeführten, die man eigentlich überhaupt nicht als Schulen, nicht als einen lebendigen Organismus, sondern nur als ein Konglomerat von Klassen ansprechen kann! Es ist klar, daß in einer solchen „Schule" bei jeder Versetzung Schwierigkeiten für die Unterbringung der Kinder entstehen müssen, daß vorübergehende Klassen neugebildet und alte Klassen eingezogen werden müssen, und daß trotzdem noch tüchtig umgeschult werden muß.

Die Hoffmannsche Flugmaschine. In der März-Versammlung des Deutschen Vereins für Luftschiffahrt sprach Regierungsrat Josef Hofmann über eine Flugmaschine. Das bis zu dem letzten Unglücksfall schon oft im Fluge gezeigte Modell ist nicht schwerer als 3½ Kilogramm, obgleich es mit einem regelrechten kupfernen Wasserröhrenkessel von 72 Röhren und einer betriebsfähigen stählernen Verbunddampfmaschine ausgestattet ist, eingerichtet für Dampf von 11½ Atmosphären Ueberdruck. Es ist begreiflich, daß bei solcher Kleinheit der Abmessungen für den jedesmaligen Betrieb nur ein Minimum von Dampf zur Verfügung stand und deshalb der Flug selbst nur von kurzer Ausdehnung sein konnte. Das hob in einem Schlußwort der Vereinsvorsitzende, Geheimrat Busley, besonders hervor. Er hat, wie wir seiner Zeit mitteilten, mit einem Kreise kompetenter Beurteiler das im Saal vorhandene Modell etwa 10 Meter weit fliegen sehen, lobt die gelungene Konstruktion des Propellers und glaubt, daß der Erfinder sich auf richtigem Wege befinde. — In der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion wurden verschiedene Einwände erhoben, deren gewichtigster sich in die Warnung kleidete, die Stabilität bei Ausführung in größerem Maßstab nicht dadurch für genügend gesichert zu halten, daß man alle Teile in genauem Verhältnis ihrer Größe verstärke, die Stabilität wachse nicht in diesem Verhältnis. Von einer Seite wurde auch an die Behauptung, daß die Flugmaschine in den Bedingungen ihrer Gleichgewichtslage in der Luft dem Schiff im Wasser vergleichbar sei, die Bemerkung geknüpft, das sei nicht zutreffend, denn vor jeder in der Luft bewegten Fläche bilde sich ein Luftkissen, das ganz unberechenbar von Zeit zu Zeit bald über, bald unter, bald rechts, bald links explosionsartig sich Bahn an der Fläche vorbei mache und ihr damit einen unberechenbaren Zickzackweg aufnötige. Dies Verhältnis sei noch in hohem Grad der Aufhellung bedürftig.

Vom Wetter. Ein heftiges Schneetreiben setzte gestern früh bei 8 Grad Kälte ein. Gegen Mittag brach die Sonne durch, worauf die Spuren des diesmal besonders hartnäckigen Winters wenigstens oberflächlich verwischt wurden. Von auswärts liegen über die abnormen Witterungsverhältnisse folgende Meldungen vor: Posen: Bei scharfem Südost zeigte das Thermometer heute früh 10 Grad unter Null. Frankfurt a. M.: Heute früh betrug die Temperatur 4 Grad Kälte nach reichlichem Schneefall. Würzburg: Seit früh herrscht starker Schneefall. Nürnberg: Seit vormittag 10 Uhr herrscht hier Schneegestöber bei 1 Grad unter Null.

Das Korsett im Kultusministerium. Eine Audienz im Kultusministerium hat der Verein deutscher Korsettindustrieller nachzusuchen beschlossen, um gegen das geplante Verbot des Korsettragens in den Schulen vorstellig zu werden. Seitens der Korsettfabrikanten wird behauptet, durch die Erörterungen im Abgeordnetenhause seien ganz falsche Vorstellungen über die Schädlichkeit des Korsettragens in der Schule entstanden. Die von Schülerinnen unter 16 Jahren getragenen Korsetts seien durchaus unschädlich, zumal sie keine festen Einlagen, sowie keine Vorrichtungen zum Einschnüren enthielten. Das dürfte doch zweifelhaft sein.

Der Pfandleiher Marcus Scheyer ist gegen 20 000 M. Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Scheyer war unter dem Verdachte, bei den großen Hamannschen Diebstählen den Hehler gemacht zu haben, festgenommen worden.

Wegen Mordversuchs ist Donnerstagmorgen der Arbeiter Stanislaus Dlougaß aus der Urbanstr. 25 verhaftet worden, nachdem er gestern abend seine Geliebte durch zwei Schüsse und sich selbst gestern morgen mit einem Rasiermesser schwer verwundet hatte. Dlougaß ließ vor sieben Jahren seine Frau mit fünf Kindern im Stich und ging ein Liebesverhältnis mit der unverehelichten Wilhelmine Bollmack ein. Seit 2½ Jahren wohnte das Pärchen in dem Hause Urbanstraße 25, in dem die Bollmack die Hausreinigung besorgte. Dlougaß, der früher Straßenbahnführer war, arbeitete in der letzten Zeit nur gelegentlich, weil er stark trank; seine Geliebte verdiente den Lebensunterhalt durch Austragen von Zeitungen. In der letzten Zeit hatte der Mann durch seine Trunksucht schon häufigen Zwist und heftige Auftritte verursacht. Am schlimmsten war es am Sonntagmorgen. Dlougaß kam schwer betrunken nach Hause und schlug alles kurz und klein, als er Vorwürfe erhielt. Die Bollmack lief schließlich davon und fand ein Unterkommen bei einer ihr befreundeten Frau Krause in der Dieffenbachstraße. Mit dieser kehrte sie Donnerstagabend nach der Urbanstraße zurück, ohne zu wissen, daß ihr Geliebter in der Wohnung war. Kaum hatten die beiden Frauen die Küche betreten, da stürzte Dlougaß aus der Stube, richtete einen sechsläufigen Revolver auf seine Geliebte und feuerte vier Schüsse ab, von denen je einer sie in die Stirn und den Unterleib traf, während zwei Geschosse fehlten und in eine Wand einschlugen. Die Getroffene brach schwer verwundet zusammen. Während die Hausgenossen und Frau Krause sich ihrer annahmen und für einen Arzt sorgten, schlich sich Dlougaß davon und entkam einstweilen. Die Verletzte wurde mit einem Anstaltswagen nach dem nur wenige Schritte entfernten Krankenhaus Am Urban gebracht. Hausgenossen und Kriminalbeamte suchten Dlougaß die ganze Nacht hindurch, fanden ihn aber nicht. Gestern morgen vermuteten Kriminalbeamte, daß er in seine Wohnung zurückgekehrt sein werde. Diese Vermutung erwies sich als richtig. Als man die verschlossene Thür öffnete, fand man den Gesuchten blutüberströmt in der mit Blut stark besudelten Stube auf seinem Bette liegen. Der Mann hatte sich mit einem Rasiermesser, das vor dem Bett lag, die Pulsader an der linken Hand geöffnet und infolge des starken Blutergusses das Bewußtsein verloren. Ein Arzt rief ihn in das Leben zurück und ließ ihn in das Krankenhaus bringen, wo er als Polizeigefangener gehalten wird. Dlougaß ist, ebenso wie sein Opfer, lebensgefährlich verwundet.

Nur Kleinigkeiten. Zu den Mitteilungen über große Unterschlagungen, welche in einem Warenhause, das übrigens nicht am Spittelmarkt liegt, stattgefunden haben, wird dem „Konfektionär" von der beteiligten Seite mitgeteilt, „daß es sich im ganzen nur (!) um Unterschlagungen im Betrage von 25 000 M. handelt, die aber durch den untreuen Angestellten, der sich in geregelten (!) Vermögensverhältnissen befindet und der keineswegs verhaftet worden ist, gedeckt worden sind". Die Unterschlagungen seien dadurch entstanden, daß der Angestellte Baumwollwaren, die aus England bezogen sind und beim Spediteur lagerten, durch Anweisung, die er diesem zukommen ließ, weiter verkaufte und die hierfür eingekommenen Beträge von den betreffenden Abnehmern sich überweisen ließ unter der Vorspiegelung, daß er die Beträge direkt an die Kasse des Hauses abführen werde. Die betreffenden Boten brachten dem Angestellten auch diese Summen, mit denen er sich angeblich zur Kasse begab und dann mit einer regelrecht ausgestellten Quittung zurückkam, die aber gefälscht war.

Eine ausgedehnte Betriebsstörung bei der Großen Berliner Straßenbahn, von welcher fast der ganze südwestliche und südliche Bezirk der Verkehrswege betroffen wurde, gab es gestern morgen gegen ¾8 Uhr. Infolge eines Maschinendefekts in der Centrale in der Mauerstraße wurde die Stromzuführung unterbrochen, und die sämtlichen Motorwagen blieben in den oben genannten Bezirken sofort stehen. Diese Störung wurde um so unangenehmer empfunden, als sie zu einer Zeit erfolgte, als die Wagen von Geschäfts- und Bureaupersonal gefüllt waren, und die jungen Leute infolge dessen zum größten Teil mit bedeutenden Verspätungen nach den Geschäften kamen. Die Störung wurde später dadurch beseitigt, daß der stromlos gewordene Hauptkabel an eine Reservemaschine angeschlossen wurde.

Friedrich Spielhagen, der bekannte Romandichter, liegt, wie eine Korrespondenz meldet, seit drei Wochen in seiner Wohnung Kantstraße 165/166, an akuter Gicht so schwer darnieder, daß er das Bett kaum noch verlassen kann. Tag und Nacht wird er von furchtbaren Schmerzen gepeinigt, so daß er nicht schlafen, sich aber auch nicht geistig beschäftigen kann. Niemand erhält Zutritt zu ihm, da er infolge seiner unerträglichen Schmerzen sich mit niemand zu unterhalten vermag.

Ein ersticktes Kind wieder ins Leben zurückgerufen hat die Feuerwehr gestern (Donnerstag) nachmittag in der Steinmetzstr. 5. Hier wohnt im Quergebäude der als Hausdiener in einer Apotheke beschäftigte F. Heese, der noch jung verheiratet ist und einen 10 Monate alten Knaben besitzt. Frau H. war kurz nach 2 Uhr ausgegangen und hatte das im Wagen schlafende Kind allein in der Küche zurückgelassen. Auf dem Rohr des geheizten Ofens war Wäsche aufgehängt, die sich entzündet und den Raum total verqualmt hatte. Bei ihrer Heimkehr traf Frau H. mit ihrem zum Mittagessen heimkehrenden Mann auf der Straße zusammen und beide schritten in heiterer Stimmung über den Hof. Plötzlich wurden die übrigen Hausbewohner durch Hilferufe erschreckt, die aus der H.'schen Wohnung kamen. Es stellte sich heraus, daß die jungen Leute beim Oeffnen ihrer Küche dieselbe total verqualmt und das Kind leblos vorgefunden hatten. Den anhaltenden Bemühungen der Samariter der Feuerwehr gelang es zwar, das Kind, dessen Leib schon stark angeschwollen war, wieder ins Leben zurückzurufen (durch Einflößen von Sauerstoff), doch dürfte es schwerlich mit dem Leben davon kommen. Die untröstliche Mutter konnte nur mit Mühe davon abgehalten werden, sich aus dem Fenster zu stürzen. Das Feuer konnte schnell abgelöscht werden.

Vier Personen vom Erstickungstode gerettet hat die Feuerwehr bei einem Wohnungsbrande, der gestern früh in der Insterburgerstr. 19 wütete. Hier bewohnt im ersten Stock des Vorderhauses der Tischler Müller eine aus einer großen Vorder- und Hinterstube nebst Küche bestehende Wohnung. Bald nach 1 Uhr wurde die im zweiten Stock wohnende Familie Groß durch ein Knistern aus dem Schlafe geschreckt. Zu ihrem Schrecken gewahrten sie, daß ihre Wohn- und Schlafstube in dicken Rauch gehüllt war. Während Groß zur Straße hinaus „Feuer!" rief, eilte seine Frau, um die auf demselben Korridor wohnende Frau Conrad zu wecken, die mit ihrem 1¾jährigen Kinde fest schlief. Ein Passieren der Treppe war unmöglich, da diese in Rauch eingehüllt war. So blieb den beiden Familien nichts weiter übrig, als sich in die Küche des Gr. zurückzuziehen, deren Verqualmung jedoch ebenfalls in wenigen Minuten so stark war, daß die Lampe erlosch. Als die Feuerwehr erschien, stellte diese sofort Leitergänge her, von denen aus zunächst die Fensterscheiben des Treppenhauses bis zur Dachhöhe zertrümmert wurden, um dem Rauch Abzug zu verschaffen. Einige Wehrmänner drangen durch die Küchenfenster vor, um die bedrängten Personen zu retten, was schließlich auch über die Treppe hinweg geschah. Doch hatten Groß und seine Frau, sowie das Kind der Frau Conrad so viel Rauch geschluckt, daß ihnen durch die Samariter der Wehr reiner Sauerstoff eingeflößt werden mußte, worauf sie sich wieder erholten.

Eine der üblichen Straßensperrungen gab es gestern vormittag in der elften Stunde, weil das Alexander-Regiment von der alten Kaserne in der Alexanderstraße nach der neuen am Kupfergraben umzog. Der Kaiser ritt an der Spitze des Regiments. Ueber die für die Berliner Verhältnisse im allgemeinen und für den anwesenden Oberbürgermeister im besonderen sehr merkwürdige Rede, die Wilhelm II. bei dieser Gelegenheit gehalten hat, werden unsre Leser an andrer Stelle unterrichtet.

Straßensperrungen. Das Luisen-Ufer wird von der Rampe der Luisenbrücke bis zum Wasserthor-Platz, einschließlich der Kreuzung mit der Wasserthorstraße, behufs Umpflasterung vom 28. d. Mts. ab, die Liegnitzerstraße von der Reichenberger- bis zur Wienerstraße vom 29. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Todessturz. Der 42 Jahre alte Schankwirt Ernst Walther, der seit fünf Jahren in der Alten Jakobstraße 9 sein Geschäft betrieb, wollte am Dienstag abend um 12 Uhr seinen Laden schließen. Dieser liegt im hohen Erdgeschoß, acht Treppenstufen führen vom Eingang auf die Straße hinab. Die Eingangsthür pflegte Walther von außen abzuschließen, um dann durch den Hausflur nach der im Hofe gelegenen Wohnung zu gehen. Am Dienstag glitt er auf der obersten Stufe aus und stürzte auf den Bürgersteig hinab. Eine Patrouille vom 30. Revier, ein Wachtmeister, ein Schutzmann und ein Nachtwächter, fanden ihn bewußtlos daliegen und ließen ihn, nachdem ein Arzt ihm die erste Hilfe gebracht hatte, mit einer Droschke nach der Charité bringen. Dort starb er, während er äußerlich gar nicht verletzt war, an einer Gehirnerschütterung.

Unentgeltliche Kurse in Elektrotechnik und Chemie beginnen am Montag, den 1. April, an der 7. städtischen Fortbildungsschule und werden abends von 7½—9¼ Uhr gehalten. Die Teilnahme ist jedermann gestattet und bedingt keine Vorkenntnisse. Anmeldungen werden täglich abends im Amtszimmer der 176. Gemeindeschule, Gräfestr. 85—88, entgegengenommen.

Aus den Nachbarorten.

Der Polizeidirektor von Rixdorf hat den Vorstand des Rixdorfer Mietervereins empfangen, um dessen Anschauungen über die Wohnungsnot kennen zu lernen. Die Konferenz, zu der der Polizei-Bauinspektor hinzugezogen wurde, dauerte länger als eine Stunde. Der Polizeidirektor stellte dem Mieterverein anheim, ihm eine ausführliche Darstellung der vorhandenen Mißstände im Wohnungswesen Rixdorfs zugehen zu lassen. Außer einer gesteigerten Aufmerksamkeit der Sanitätspolizei konnten positive Maßnahmen wegen Mangels einschlägiger Gesetzesbestimmungen nicht zugesagt werden. Der Polizeidirektor soll ferner erklärt haben, daß er stets für den Mittelstand, der eine Grundbedingung zum Gedeihen einer Gemeinde sei, eintreten werde. Hiernach scheint sich ja der Vorstand des Mietervereins als eine Vertretung des Mittelstands aufgespielt zu haben. Der großen Masse der Bevölkerung Rixdorfs kann das schon recht sein, denn sie hat bei den letzten Wahlen bewiesen, daß sie auch ihre Interessen als Mieter durch die socialdemokratischen Stadtverordneten für ausreichend vertreten erachtet.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung ging es am Mittwoch recht lebhaft zu. Beim Etat der Gasanstalten brachte Stadtv. Hirsch (Soc.) eine Reihe von Beschwerden der Gasarbeiter vor. Redner bemängelte die zu niedrigen Löhne, indem er unter Bezugnahme auf die Berichte der Fabrikinspektoren nachwies, daß infolge der Steigerung der Preise für Lebensmittel und Wohnungen eine Lohnaufbesserung durchaus notwendig wäre. Des weiteren tadelte er es, daß den Feuerarbeitern, sobald sie als Hofarbeiter beschäftigt werden, ihr Lohn erheblich gekürzt werde, daß die Hofarbeiter, die bereits früher auf der Anstalt thätig waren, aber wegen Arbeitsmangel entlassen sind, bei ihrer Neueinstellung mit dem Mindestlohn anfangen müssen. Auch die Entlassung von Arbeitern brachte Redner nochmals zur Sprache und führte Beispiele an, aus denen hervorgeht, daß selbst solche Arbeiter, die bereits 1½ Jahre ununterbrochen im Dienst der Stadt thätig waren und sich gut geführt hatten, aufs Pflaster geworfen sind. Ein weiterer Fall betraf einen Eingriff eines Betriebsingenieurs in das Koalitionsrecht der Arbeiter. Endlich befürwortete Redner eine Petition der Gasarbeiter, in der höhere Löhne, ein Arbeiterausschuß, ein Sommerurlaub und Regelung der Accordarbeit gefordert wird.

Als freiwilliger Kommissar des Magistrats bestritt Stadtv. Dr. Frank rundweg die Berechtigung der Arbeiterforderungen und vertrat den krassen Unternehmerstandpunkt. Nach seiner Ansicht liege keine Veranlassung vor, den Anregungen des Stadtv. Hirsch Folge zu geben. Dieser hätte besser gethan, nicht mit so hochgespannten Forderungen hervorzutreten, wie denn überhaupt seine Ausführungen nicht geeignet gewesen seien, die Interessen der Arbeiter zu fördern. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Wöllmer (frs. Vp.) stellte sich demgegenüber auf denselben Standtpunkt wie Stadtv. Hirsch.

Stadtv. Baake (Soc.) rechnete gehörig mit Herrn Dr. Frank ab und verlangte vor allem den Beweis für die Behauptung, daß die Gasanstalts-Arbeiter besser gestellt seien, als die entsprechenden Arbeiter der Privatindustrie. Die Gründe für die Arbeiterausschüsse habe sich jeder Socialpolitiker bereits an den Schuhsohlen abgelaufen. Er hoffe, daß der Versuch eines untergeordneten Beamten, das Koalitionsrecht der Arbeiter einzuschränken, allseitig gemißbilligt werde. Verwunderlich sei nur das Schweigen des Magistrats. Wenn Stadtv. Frank damit drohe, daß im Falle die Forderungen der Arbeiter zu hochgespannt würden, eine Betriebsänderung eintrete, die Arbeiterentlassungen zur Folge habe, so zeige das nur, daß Herr Frank mit unsren Grundsätzen wenig vertraut sei. Die Socialdemokraten seien keine Maschinenstürmer. Mit solchen Drohungen könne man uns nicht schrecken; wir würden das thun, was wir stets gethan haben, das gute Recht der Arbeiter wahren.

Stadtrat Cassirer bemerkte, daß die Lohnhöhe der Gasanstalts-Arbeiter zu keinerlei berechtigten Klagen Anlaß gebe; die Verwaltung sei bemüht, die Arbeiter möglichst günstig zu stellen. Was den Fall vom Eingriff in das Koalitionsrecht betreffe, so habe der Beamte die bündige Erklärung abgegeben, daß er niemals einen Arbeiter gefragt habe, ob er organisiert sei.

Unmittelbar hierauf machte die Mehrheit durch einen Schlußantrag der Debatte ein Ende, um unsren Genossen die Möglichkeit einer Erwiderung zu nehmen. Infolgedessen versuchte Stadtverordneter Hirsch bei einem andern Etatstitel, nämlich beim Gehalt desjenigen Betriebs-Ingenieurs, der sich den Angriff auf das Koalitionsrecht erlaubt hatte, auf die Sache zurückzukommen. Der Vorsteher Dr. Jaffé jedoch ließ das nicht zu. Die Frage des Stadtv. Baake, auf Grund welcher Bestimmung der Geschäftsordnung der Vorsteher dem Stadtv. Hirsch das Wort entziehe, gab Veranlassung zu einer einstündigen Geschäftsordnungs-Debatte. Im Verlauf derselben verstieg sich der Vorsteher zu der seltsamen Bemerkung, daß Beschwerden von Stadtverordneten für ihn durch die Erwiderung eines Magistratsmitgliedes widerlegt seien. Um eine Klärung darüber herbeizuführen, ob der Vorsteher die Geschäfte nach diskretionärem Ermessen leiten dürfe, oder ob auch für ihn die Geschäftsordnung maßgebend sei, nahm Stadtv. Baake nach Erledigung der Tagesordnung nochmals das Wort und richtete an den Vorsteher, der inzwischen den Vorsitz abgegeben hatte, die Frage, ob auch in dem Exemplar der Geschäftsordnung, das er besitze, der für diesen Fall maßgebende Paragraph enthalten sei. Hieran knüpfte sich eine neue einstündige Geschäftsordnungs-Debatte, an der sich die Stadtv. Dr. Crüger, Wöllmer, Hirsch, Baake und Dr. Jaffé beteiligten. Letzterer suchte sein Verhalten mit der Bemerkung zu rechtfertigen, es sei seine Pflicht gewesen, den Stadtv. Hirsch daran zu hindern, daß er „unter höhnischem Lächeln" eine eben geschlossene Debatte wieder zu eröffnen suche. Schließlich verlangte Dr. Jaffé noch die Ansicht der Versammlung darüber zu hören, ob sein Verhalten dem Stadtv. Hirsch gegenüber berechtigt gewesen sei oder nicht. Der stellvertretende Vorsitzende Ströhler ließ jedoch diesen Appell an die Versammlung als mit der Geschäftsordnung in Widerspruch stehend nicht zu. Bemerkenswert ist, daß die Parteifreunde des Vorstehers sich an der Debatte nicht beteiligten.

Wie der Verein der Gast- und Schankwirte von Mariendorf und Umgegend die Interessen seiner Mitglieder wahrt, geht aus einer an dieselben gerichteten Drucksache hervor: Bezugnehmend auf die von der Volksversammlung verhängte Sperre über die Lokale in Tempelhof von Gerth und Wienicke und Mariendorf von Graß'l und Haack kommt der unterzeichnete Schriftführer G. Hallwitz zu folgendem, zu den schönsten Hoffnungen berechtigenden Schluß: „Um der geschäftlichen Vergewaltigung des socialdemokratischen Wahlvereins entgegenzutreten, haben wir Gast- und Schankwirte von Mariendorf und Umgegend beschlossen, den „Vorwärts" vom 1. April ab in unsren Lokalen nicht mehr auszulegen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, sich den Beschlüssen zu fügen und zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns Zwangsmaßregeln, wie die obigen, gefallen zu lassen."

Wenn, wie wir hier sehen, der Gastwirtsverein gegen die „gesellschaftliche Vergewaltigung des socialdemokratischen Wahlvereins" Front macht, so haben wir absolut nichts dagegen und wird der nächste Schritt des Vereins wohl sein, der Behörde geschlossen entgegenzutreten durch Hergabe sämtlicher Lokale zu politischen Versammlungen. Wenn aber der Gastwirtsverein zu diesem Entgegenkommen glaubt nötig zu haben, unser Organ, den „Vorwärts", abzubestellen, so wird er wohl die Rechnung ohne den Konsumenten gemacht haben, und wir können uns auch wieder obigen Ausführungen anschließen, daß es Pflicht eines jeden Genossen ist, darauf zu achten, daß in dem Lokal, wo er verkehrt, die Blätter ausliegen, die ihm zusagen.

Dieser Krämergeist der Gast- und Schankwirte kann nicht niedrig genug gehängt werden. Glaubt denn etwa besagter Verein, daß, wenn wirklich die in Frage kommenden Wirte den „Vorwärts" abbestellen würden, durch den Verlust von 5—6 Abonnenten das Unternehmen irgendwie in Frage gestellt wird oder die Arbeiterschaft den geringsten Schaden erleidet?

Die Arbeiterschaft geht über sociale Phantasien zur Tagesordnung über; ihr wird es auch nicht schwer fallen, die genügende Würdigung für diese Handlungsweise zu finden.

Gerichts-Zeitung.

Polizeikampf gegen die Streikposten. Der Tapezierer Gustav Heise war angeklagt, am 21. Dezember 1900 an der Ecke der Flieder- und Gollnowstraße während des Tapeziererstreiks bei der Firma Birnbaum als Streikposten patrouilliert und der wiederholten Aufforderung eines Aufsichtsbeamten, sich zu entfernen, nicht Folge geleistet zu haben. Heise erhielt deshalb einen polizeilichen Strafbefehl, gegen den er richterliche Entscheidung beantragte. Vor dem Schöffengericht wurde Heise verurteilt. Aus der Vernehmung des Schutzmanns ergab sich in der Beweisaufnahme der folgende Sachverhalt:

Etwa um 9 Uhr morgens trat der Schutzmann an den Angeklagten heran und verbot ihm, sich in der Nähe des Streiklokals während des Streiks wieder sehen zu lassen. Dennoch sei der Angeklagte etwa zwei Stunden später in der Nähe des Streiklokals, wenn auch an einer andern Straßenecke betroffen und deshalb sistiert worden.

Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte durch seinen Verteidiger, R.-A. Dr. Heinemann, Berufung ein. Derselbe führte aus, daß eine Aufforderung, sich während des ganzen Streiks nicht wieder an den Streikort zu begeben, für eine im Sinne des Gesetzes zulässige Aufforderung nicht anzusehen sei. Ueberdies sei der Angeklagte der an ihn ergangenen Aufforderung nachgekommen. Wenn er, nachdem er aufgefordert war, weiter zu gehen, dies gethan habe, dann aber 2 Stunden später wiederum in die Nähe des Ortes gekommen sei, an dem die Aufforderung zum Weitergehen an ihn ergangen war, so könne darin ein Ungehorsam gegen die an ihn ergangene Aufforderung nicht gefunden werden. Obwohl in der zweiten Instanz die Beweisaufnahme genau dasselbe Ergebnis hatte wie vor dem Schöffengericht, beantragte diesmal der Staatsanwalt selbst die Freisprechung, auf die der Gerichtshof auch erkannte. Derselbe nahm an, daß allerdings die Aufforderung des Schutzmanns zulässig gewesen sei, aber der Angeklagte habe bei dem Inhalt der an ihn ergangenen Aufforderung annehmen können, daß er derselben nachgekommen sei, wenn er sich einige Stunden später an eine andre Stelle als die, an der die Aufforderung an ihn ergangen sei, begeben habe. Da der Schutzmann dem Angeklagten nicht ganz bestimmte Straßen bezeichnet hatte, in denen er sich nicht aufhalten durfte, konnte in dem Verhalten des Angeklagten eine Verletzung des Straßenpolizei-Reglements nicht gefunden werden.

Drei jugendliche Rowdies, die ihrer Rauflust in der empörendsten Weise die Zügel haben schießen lassen und dabei ein Menschenleben vernichtet haben, standen gestern vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I. Es waren dies der Tischlergeselle Karl Rölle und die Arbeiter Max Schmidt und Theodor Heinrich. Ihnen wurden 8 Fälle vorgeworfen, in denen sie in der Nacht des 3. Februar ohne Sinn und Verstand in der Schulstraße eine ganze Reihe harmlos auf der Straße gehender Personen angegriffen und zu Boden geschlagen haben. Die Sache begann damit, daß sie einen jungen Mann, der vor dem Hause Schulstr. 29 stand, nach dem daselbst belegenen Tanzlokal befragten. Der junge Mann gab die erwünschte Auskunft, erhielt aber zur Belohnung mehrere Faustschläge ins Gesicht. Auf sein Hilfegeschrei kam seine Mutter aus dem Keller herbeigeeilt, sie wurde aber von den drei Angeklagten so energisch zurückgestoßen, daß die alte Frau die Kellertreppe hinabstürzte. Nun schrie die Frau wieder um Hilfe und ihr Ehemann eilte zu ihrer Unterstützung herbei. Er wurde sofort mit Schlägen empfangen und so verprügelt, daß er im Gesicht blutete. Als er sah, daß Rölle ein Messer aus der Tasche zog, es aufklappte und Miene machte, auf ihn loszugehen, rief der Bedrohte seiner Frau zu, ihm schleunigst die Feuerzange zuzureichen. Dies genügte, um die drei „Helden" in die Flucht zu treiben. Auf der Straße fanden sie ihren Mut wieder. Einen ihnen entgegenkommenden jungen Mann schlugen sie ohne weiteres ins Gesicht, warfen ihn zu Boden und traten ihn mit den Stiefelabsätzen ins Gesicht. Mehrere junge Männer bearbeiteten sie gleichfalls ohne jede Veranlassung mit den Fäusten. Sehr traurig erging es dem 16jährigen Arbeiter Alfred Kellner, der ein Tanzlokal besuchen wollte und auf dem Flur des Hauses auf die Angeklagten stieß. Er trat mit dem Rufe „ich bin gestochen worden" auf die Straße, konnte sich aber nicht lange aufrecht halten, sondern brach zusammen und lag bald in einer gewaltigen Blutlache. Er hatte einen tiefen Stich in den linken Oberschenkel erhalten und mußte nach der Unfallstation in der Lindowerstraße gebracht werden. Aerztliche Hilfe war aber vergebens. Der Stich hatte die Schlag- ader durchschnitten und der furchtbare Blutverlust hatte den Tod des jungen Menschen zur Folge. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat Rölle den verhängnisvollen Messerstich geführt, es hat sich aber in dieser Beziehung nichts feststellen lassen, da die Angeklagten sich dumm stellten und einer den andern nichtverriet. Der Staatsanwalt beantragte gegen den am meisten belasteten Rölle 2 Jahre, gegen die beiden andern je 1½ Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof hielt diese Strafen angesichts der empörenden Roheiten, die diese jungen Burschen in gemeingefährlicher Weise verübt haben, für viel zu milde. Rölle wurde zu vier Jahren, Schmidt und Heinrich zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Prozeß gegen den Frauenmörder Kost in Bremen schreiten die Verhandlungen nur langsam vorwärts. Interessant waren die Aussagen der Mutter des Angeklagten. Sie bestätigt, daß ihr Sohn ihr den Tod seiner Frau angezeigt und mitgeteilt habe, daß er seinen Hausstand auflösen und wieder nach Oestreich kommen würde. Während er in Wien Arbeit suchte, seien bereits zwei Briefe der Vodicka bei ihr, der Mutter des Kost, eingelaufen, die an sie, die Mutter, adressiert, aber für Kost bestimmt gewesen seien. Der erste der Briefe habe eine heiße Liebeserklärung der Vodicka an ihren Sohn enthalten. Die Vodicka habe u. a. geschrieben, sie müsse ihn haben, er sei der einzige Mann, den sie lieben könne, auch sei sie doch ganz begehrenswert, denn sie besitze 1000 Gulden, eine schöne Aussteuer und habe noch eine Erbschaft zu erwarten. In dem andren Briefe habe die Vodicka geschrieben, sie würde sich das Leben nehmen, wenn Kost sie nicht erhöre. Beide Briefe habe sie Kost nach Wien nachgesandt. Die Vodicka habe sie nie gesehen, sie könne nur sagen, daß sie mit ihren Nachstellungen ihren Sohn unglücklich gemacht habe. Sie, Frau Kost, habe nie etwas anderes gewußt, als daß Kost die Schimera heiraten werde, denn diese habe er allein geliebt. Desgleichen habe die Schimera ihn sehr lieb. — Präs.: Stehen Sie denn mit ihr in Verbindung? — Zeugin: Ja, sie dient jetzt in Chicago und hat mir erst in diesen Tagen geschrieben, daß sie sehnsüchtig auf die Rückkehr ihres Mannes, meines Sohnes, wartet.

Versammlungen.

Die Stuccateure hatten am Sonntag eine stark besuchte Versammlung, in der Link über den „Niedergang der Konjunktur und deren Auswüchse" referierte. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine längere und sehr rege Besprechung, die sich namentlich gegen die Accordarbeit und die zu diesem Zweck mit Begünstigung der Unternehmer neugegründete „Freie Vereinigung" richtete. Wie der Vorsitzende Daschütt bemerkte, waren die Mitglieder derselben zu dieser Versammlung eingeladen, und auch erschienen, ohne indessen auf die gegen sie gerichteten, oft sehr heftigen Angriffe auch nur einmal zu antworten. Auch die Poliere bekamen mancherlei Vorwürfe zu hören. Röhr, Grünberg, Scholz, Rösner und der Zimmerer Knüpfer ergänzten noch einige Aeußerungen des Referenten über die gegenwärtige Krise im Baufach, die nach ihrer Meinung hauptsächlich durch Ueberspekulation, die Kriegswirren in Transvaal und China und die daraus entstandene Versteifung des städtischen Hypotheken- und Geldmarkts entstanden ist. Die Versammlung nahm dann einstimmig die bereits veröffentlichte, schon im Centralverband der Stuccateure zur Annahme gelangte Resolution an. Mittels einer andren Resolution wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, die Maifeier wie bisher durch Arbeitsruhe zu begehen. Von der Firma Hampel u. Vogt wurde noch mitgeteilt, daß sie die Arbeiter zum Austritt aus dem Verband und zum Beitritt zur „Freien Vereinigung" aufgefordert habe. Es wurde vorläufig erwähnt, daß alle aus solchem Anlaß eventuell Entlassene als Gemaßregelte unterstützt werden. Auch die Frage der Arbeitslosenunterstützung soll später in der Organisation besprochen werden.

Eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Vergolder, die am 25. März stattfand, wählte zunächst Carl Stellmacher als Kassierer. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der Maßregelung des Werkstatt-Vertrauensmanns bei der Firma August Werkmeister. Diese Maßregelung ist um so verwerflicher, als der Betroffene nicht weniger als 9 Jahre bei der Firma thätig ist. Die Versammlung nahm denn auch folgende Resolution an: „Die heute in den Arminhallen tagende außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Vergolder und Berufsgenossen sieht in der Entlassung des Kollegen Heinke eine Maßregelung und behält sich für die Zukunft die weiteren Schritte vor." — Die Versammlung überwies dann noch den streikenden Glasarbeitern 100 M. Der 1. Mai wird wie in den Vojahren durch Ruhenlassen der Arbeit gefeiert.

Marktpreise von Berlin am 27. März 1901

*) Weizen, gut	D.-Ctr.	15,95	15,93	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	7,—	5,—
„ mittel	„	15,91	15,89	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	15,87	15,85	do. Bauch	„	1,30	1,—
*) Roggen, gut	„	14,25	14,24	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	14,23	14,22	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
„ gering	„	14,21	14,20	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
Gerste, gut	„	15,60	14,80	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,70	13,90	Eier	60 Stück	4,—	2,80
„ gering	„	13,80	13,10	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
Hafer, gut	„	15,90	15,40	Aale	„	2,80	1,—
„ mittel	„	15,30	14,90	Zander	„	2,80	1,20
„ gering	„	14,80	14,40	Hechte	„	2,20	1,20
Richtstroh	„	7,—	6,66	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	7,80	5,50	Schleie	„	3,—	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schock	12,—	3,—
Linsen	„	70,—	30,—				

*) ab Bahn.

Produktenmarkt vom 28. März. Getreide. Die Tendenz für Getreide blieb fest, aber es fehlte nach wie vor an Unternehmungslust und das Geschäft blieb daher sehr still. Im Preise war Weizen anfangs eine Kleinigkeit fester, nachher leicht abgeschwächt, Roggen unverändert. Das effektive Angebot erstreckte sich hauptsächlich auf Walla-Walla-Weizen und bedeutende Mengen inländischen Roggens, der jedoch kaum unterzubringen war, da die Mühlen auf Grund des schlechten Mehlabsatzes selbst die Lieferungspreise unterbieten. Mehl war sehr still. Hafer und Mais fest, aber ruhig. Rüböl matter auf niedrigere Saatenpreise in England.

Spiritus 20 Pf. abgeschwächt, 70er loco 44,30 M.

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Ströbel in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.